Mittwoch, 19. September 1984 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 220 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Andreotti: Die Ablösung des italienischen Außenministers als Vorsitzender der Europäischen Union der Christdemokraten hat der CSU-Landesgruppenchef Waigel in Bonn gefordert. Der Grund: Andreotti habe mit seinen Äußerungen seine politischen Freunde in der Bundesrepublik „desavouiert". (S. 4)

Arbeitslose: Einen Rückgang der Arbeitslosen in der Bundesrepublik um 50 000 für den Monat September meldet dpa. Ursache sei die übliche Herbstbewegung nach dem Ende der Urlaubszeit.

Wahlprogramm: Überwindung der Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Wahrung der sozialen Gerechtigkeit sowie die Wohnungspolitik sind Schwerpunkte des Programms der Berliner SPD für die Wahl am 10. März. (S. 10)

Zivil-Späher: Mit Hilfe ziviler Lastwagen und Schiffe späht der Warschauer Pakt die Herbstmanöver in der Bundesrepublik aus, teilte Verteidigungsminister Wörner mit. Moskau hatte eine offizielle Einladung zur Manöverbeobachtung abgelehnt.

Nicaragua: Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Sandinisten hat der Chef der Junta in Managua, Ortega, an einer kirchlichen Feier, der Weihe des katholischen Geistlichen Pablo Mith zum Bischof, teilgenommen.

Streik: Die britischen Hafenarbeiter haben ihren seit dem 24. August andauernden Ausstand beendet. Zuletzt hatten nur noch 60 Prozent der Arbeiter an der Aktion zur Unterstützung des Bergarbeiterstreiks teilgenommen.

Sacharow: Der US-Chefdelegierte Goodby bei der Stockholmer KVAE-Konferenz erinnerte gestern an das Schicksal des Bürgerrechtlers Sacharow und dessen Frau Jelena Bonner und erklärte, für die USA seien Menschenrechte, Frieden und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden.

Fluchthilfe: Wegen Fluchthilfe wird in Ungarn gegen zwei Deutsche, eine Ungarin und einen Niederländer ermittelt. Sie sollen von Ungarn aus Rumänen und Tschechoslowaken in die Bundesrepublik geschleust haben.

Sowjet-Botschafter: Nach der Ankunft des UdSSR-Botschafters Belongonow gestern in Kairo sind die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder vollständig normalisiert.

Entführung? Als „absurd" bezeichnet die britische Regierung die Behauptung des sowjetischen Journalisten Bitow, 1983 vom britischen Geheimdienst in Venedig entführt worden zu sein. (S. 6)

Heute: Kabinett beschließt Kaufbonus für Katalysator-Autos.

ZITAT DES TAGES



„Wenn es gelänge, im Saarland eine Koalition links von der Mitte zu etablieren, hätte das Auswirkungen auf die ganze Bundesrepublik"

Saarlands Ministerpräsident Werner Zeyer bei einem Besuch der WELT (S. 5) FOTO: F. HARTUNG

WIRTSCHAFT

US-Außenhandel: Ein Rekorddefizit von 24,4 Milliarden Dollar weist die Leistungsbilanz im zweiten Quartal 1984 aus. Damit ergibt sich für das erste Halbjahr ein Minussaldo von 44,07 Milliarden Dollar, rund 2,5 Milliarden Dollar mehr als im gesamten Jahr 1983. (S. 11)

Währungstagung: Die USA haben angekündigt, daß sie auf der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Washington eine Ausweitung der globalen Liquidität durch die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte („Papiergold") ablehnen werden. (S. 11)

Autoindustrie: Auch im August konnte die Autoproduktion deutlich gesteigert und damit ein weiterer Teil des Verlustes durch den Metallarbeiterstreik wettgemacht werden. Es wurden insgesamt 300 400 Kfz hergestellt – rund 30 000 mehr als im Vergleichsmonat 1983. (S. 11)

Börse: Hausseartige Kurssteigerungen erlebte der deutsche Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 152,6 (150,0). Am Rentenmarkt bröckelten die Kurse teilweise ab. Dollar-Mittelkurs 3,0980 (3,0621) Mark. Goldpreis je Feinunze 336,75 (335,25) Dollar.

KULTUR

Wim Wenders: Der Münchener Filmverlag der Autoren will die Verleihrechte für den Wenders-Film „Paris, Texas" verkaufen, wie aus zuverlässiger Quelle verlautete. Der Verlag verhandelt mit dem Constantin-Filmverleih, mit Tobis und Scotia. (S. 19)

Kritik: Der vom ZDF ausgestrahlte Film „Ich töte, wenn Satan es befiehlt" ist auf scharfe Kritik der Kirchen gestoßen. Er sei unkritisch, mißverständlich und überflüssig sowie möglicherweise schädlich für psychisch labile Menschen. (S. 3)

SPORT

Fußball: Franz Beckenbauer, Team-Chef der Nationalmannschaft, hat sein Aufgebot für ein Sonder-Trainingslager bekanntgegeben. Wieder dabei: Allofs und Herget. (S. 9)

Schach: In einem seiner schwächsten Spiele der letzten Jahre unterlag Garri Kasparow in der dritten Partie der Weltmeisterschaft gegen Titelverteidiger Anatoli Karpow. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Premiere: Als erster Mensch hat der Amerikaner Joe Kittinger den Atlantik allein in einem Ballon überquert. Der pensionierte Oberst der Air Force, der in Caribou im US-Bundesstaat Maine gestartet war, erreichte nach drei Tagen Biarritz in Südfrankreich.

Konsum-Rekord: Rund 66 Milliarden Mark wurden in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr für Alkohol und Tabak ausgegeben. Der Konsum reinen Alkohols lag mit 12,41 Liter pro Einwohner um 1,4 Prozent höher als 1982. Der jährliche Zigarettenverbauch stieg auf 1930 von 1816 im Vorjahr. (S. 20)

Wetter: Stark bewölkt, vereinzelt Regen. 14 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mitterrands Erfolg in Tschad und der Kontakt mit Radikalen. Von J. Liminski S. 2

Okkultismus: Wenn der Teufel zum Herrn und Meister wird – Fernsehkritik von J. Neander S. 3

Hamburg: Wirtschaftsförderung soll kein Stiefkind mehr sein – Bericht von U. Bahnsen S. 5

Frankreich: Fabius – „Unser Freiheitsraum ist nicht identisch mit unseren Grenzen" S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Fernsehen: Günter Kunert erfand Geschichten um den „Blinden Richter" John Fielding S. 8

Sport: Interview mit VfB-Trainer Benthaus – „Nicht wie die Lämmer auf den Platz gehen" S. 9

Weltwirtschaft: Liberalisierung wichtigste Zukunftsaufgabe – Probleme, Perspektiven S. 12

Kultur: Ist Khadhafi ein Ketzer? – Ein neues deutsches Handbuch des Islam S. 19

Autobahngebühren: Bonn pocht in Bern auf einen Verkehrs-Vertrag von 1928 S. 20

Steuernachlaß für abgasarme Autos schon Mitte 1985

Koalition folgt FDP-Vorstellungen / Kapitalisierung bleibt noch offen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Einen Tag vor der Entscheidung des Bundeskabinetts über die Einführung abgasarmer Autos haben sich gestern in einem Spitzengespräch die Koalitionsparteien über noch offene Fragen geeinigt. In der rund dreistündigen Sitzung wurde festgelegt, daß vom 1. Januar 1989 an nur noch Autos mit Katalysatoren zugelassen werden dürfen. Für Fahrzeuge mit mehr als zwei Liter Hubraum soll dies bereits vom 1. Januar 1988 an gelten. Außerdem verständigte sich die Koalitionsrunde, die unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl tagte, darauf, daß Katalysator-Autos auf freiwilliger Basis nicht erst ab 1. Januar 1986, sondern bereits in der zweiten Hälfte 1985 steuerlich begünstigt für den Verkehr zugelassen werden können. Die Vorverlegung auf den 1. Juli nächsten Jahres war insbesondere von der FDP gefordert worden.

Gleichzeitig kamen die Vertreter der Koalitionsparteien überein, die Kraftfahrzeugsteuer für alte Fahrzeuge von 14,40 Mark pro 100 Kubikzentimeter Hubraum auf 16 Mark heraufzusetzen. Für Autos, die mit bleifreiem Benzin betrieben und die nach der Einführung des Stufenplans erstmals zugelassen werden, soll die Steuer sogar auf 21,60 Mark angehoben werden.

Die neuen, mit Katalysatoren ausgerüsteten Fahrzeuge sollen je nach Wagengröße zwischen vier und zehn Jahre lang von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden. Noch offen blieb allerdings, ob eine von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ins Gespräch gebrachte Kapitalisierung der Kraftfahrzeugsteuer – also eine Erstattung der Steuer für fünf Jahre als Kaufanreiz – noch eingeführt wird. Sie ist vom Bund nicht mehr vorgesehen. Allerdings sollen sich in der Frage der Ausgestaltung dieser Steuer die Länder noch verständigen und ihre Entscheidung bis zum 20. Oktober mitteilen.

Weiter soll die Mineralölsteuer als zusätzliche flankierende Maßnahme für bleifreies Benzin um zwei Pfennig gesenkt und für herkömmlichen Treibstoff um ebenfalls zwei Pfennig heraufgesetzt werden. Damit wird erreicht, daß das in der Herstellung teurere bleifreie Benzin nicht zu einem höheren als das bisherige angeboten werden kann. Ursprünglich sollte die Mineralölsteuer um jeweils einen Pfennig gesenkt beziehungsweise angehoben werden. Zimmermann und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wollen heute gemeinsam die Öffentlichkeit über die Regierungsentscheidung unterrichten.

Unterdessen haben sich die Düsseldorfer SPD-Regierung und der westfälische CDU-Chef Kurt Biedenkopf gegen den von der CDU/CSU-Bundesratsmehrheit beschlossenen Stufenplan zur Einführung des Katalysator-Autos gestellt. In einem Positionspapier verlangte Biedenkopf die Festsetzung von Abgaswerten zum 1. Januar 1986 als neue umweltfreundliche Standardwerte. Für Autos, die diesen Werten entsprächen, solle die bisherige Steuer weitergezahlt werden. Für Pkw, die diese Daten überstiegen, solle eine wesentlich höhere Steuer bezahlt werden. Die NRW-Regierung forderte, daß von diesem Termin an nur noch abgasarme Neuwagen zugelassen werden dürften.

Blüm setzt seinen Entwurf durch

Hinterbliebenenrente: Anrechnungsmodell akzeptiert / Gesetz kommt Anfang Oktober

PETER JENTSCH, Bonn

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben sich gestern in getrennten Sitzungen mehrheitlich für das von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) vorgelegte Anrechnungsmodell für die Einführung der Hinterbliebenenrente ausgesprochen. Da sich die Koalition inzwischen auch geeinigt hat, das Babyjahr einzuführen, mit dem Kindererziehungszeiten mit 75 Prozent des durchschnittlichen Einkommens pro Jahr als Rentenanwartschaft anerkannt werden sollen (WELT vom 8.9.), scheint die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Reform termingerecht gelöst werden zu können. Am 3. Oktober will das Kabinett bereits einen Gesetzentwurf verabschieden.

Nach Blüms Vorstellungen soll künftig der Hinterbliebene seine eigene Rente sowie Leistungen aus anderen Alterssicherungssystemen ungeschmälert erhalten. Von der Rente des verstorbenen Ehegatten erhält der Witwer oder die Witwe 60 Prozent.

Um die entstehenden Mehrkosten auszugleichen, ist vorgesehen, Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen des Hinterbliebenen, sofern sie 900 Mark übersteigen, mit 40 Prozent auf die Hinterbliebenenrente anzurechnen. Das heißt, dieser Teil der Hinterbliebenenrente verfällt nicht, er „ruht". Fällt später einmal Erwerbseinkommen weg, so kann der Anspruch auf die Hinterbliebenenrente wieder geltend gemacht werden.

Schließlich sollen Witwen, die mehrere Hinterbliebenenrenten aus verschiedenen Sicherungssystemen erhalten (z.B. aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus der Beamtenversorgung) diese auch künftig in vollem Umfang nebeneinander erhalten.

Dazu zwei Beispiele:

- Eine Witwe erhält 800 Mark eigene Rente, ihr verstorbener Mann hatte eine Rente von 1000 Mark. Die Witwe erhält ihre Rente in voller Höhe weiter und 60 Prozent der Rente ihres Mannes als Hinterbliebenenrente. Zusammen erhält sie also 1400 Mark.
- Ein Witwer erhält monatlich 2000 Mark eigene Rente. Seine Frau bezog 500 Mark Rente. Nach dem Tod seiner Frau erhält er nur seine eigene Rente weiter, aber keine Hinterbliebenenrente. Denn seine Rente übersteigt die Freigrenze (900 Mark) um 1100 Mark, 40 Prozent davon, also 440 Mark, führen zum Ruhen der Hinterbliebenenrente von 300 Mark.

Tritt die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung in Kraft, so ändert sich dadurch keine Hinterbliebenenrente, die bereits nach geltendem Recht zugesagt ist oder gezahlt wird. Das neue Recht gilt also erst für Versicherte, die nach Inkrafttreten der Reform verwitwen.

Berücksichtigt werden bei der Hinterbliebenenrente neben Erwerbseinkommen auch Erwerbsersatzeinkommen, also etwa Beamtenpensionen und Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Nicht berücksichtigt werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung oder Verpachtung, Leistungen einer privaten Lebensversicherung, Betriebsrenten und Zusatzversorgungen des öffentlichen Dienstes. Diese Abgrenzungsentscheidung gilt als

● Fortsetzung Seite 10

Bundesbank gegen Sonderprogramme

Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wächst / Die Sparquote ist weiter gesunken

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mehr Flexibilität bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen kann nach Auffassung der Bundesbank dazu beitragen, das Arbeitsplatzangebot auch in weniger produktiven Bereichen der Wirtschaft zu sichern oder zu erweitern. Als einen Schritt auf diesem Weg sieht die Bundesbank in ihrem Monatsbericht die diesjährigen Tarifvereinbarungen an.

Die sich im Zusammenhang mit den neuen tariflichen Arbeitszeitregelungen für einzelne Bereiche abzeichnenden Kostenbelastungen schätzt die Notenbank offenbar als nicht allzu gravierend ein. Sie erwartet jedenfalls, daß die Unternehmen bis zum Inkrafttreten der Regelungen die Zeit nutzen, diesem Kostenschub durch Rationalisierung und Modernisierung des Produktionsablaufs zu begegnen. Dies könnte bedeuten, daß die Wirtschaft versuchen wird, mit weniger teuren Arbeitskräften auszukommen. Ein solcher Hinweis wird im Monatsbericht zwar nicht gegeben, aber auf diese Konsequenz hat Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger kürzlich bei anderer Gelegenheit hingewiesen.

In ihrer Konjunkturanalyse hebt die Bundesbank als Hauptmotor der Wirtschaftsbelebung das Exportgeschäft hervor, das wesentlich günstiger einzuschätzen sei, als es die Entwicklung in den Monaten Mai bis Juli erkennen lasse. Positiv wertet sie auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die nicht nur von der positiven Ertragsentwicklung Impulse erhalten, sondern auch von dem wachsenden Druck, mit der in- und ausländischen Konkurrenz Schritt halten zu müssen und veraltete Produktionsanlagen zu ersetzen.

Konjunkturdämpfend wirke seit längerem der Rückgang der Wohnungsbaunachfrage, der nach dem Auslaufen staatlicher Vergünstigungen eingetreten sei. Damit sieht sich die Bundesbank in ihrer Auffassung bestätigt, daß staatliche Programme allenfalls kurzfristige Impulse geben können und daß sich eine wünschenswerte Verstetigung der Nachfrage auf diese Weise nicht erreichen lasse.

Die private Verbrauchsnachfrage, so die Bundesbank, hat sich seit Juli wieder belebt und stützt damit ebenfalls die Konjunktur. Von Mai bis Juli konnte sich das Niveau des privaten Verbrauchs zwar halten, aber nur, weil Einkommensausfälle durch verstärkten Rückgriff auf Ersparnisse ausgeglichen wurden, was zur Folge hatte, daß die Sparquote im zweiten Quartal auf 11,5 Prozent sank und damit auf den niedrigsten Stand seit dem Sommer 1967.

Im Rahmen der privaten Geldvermögensbildung haben die privaten Sparer vor allem in liquiden und relativ niedrig verzinslichen Sparformen weniger Mittel angelegt. Viel Interesse habe dagegen für festverzinsliche Wertpapiere bestanden, in die auch freigewordene Beträge aus Bank-Sparbriefen und Prämiensparguthaben umgeschichtet worden seien.

„18 Jahre Aug in Aug mit dem Tod"

Kardinal Slipyis Testament veröffentlicht / Ein Zeugnis für die Kirche des Schweigens

DW. Rom

„Verhaftung bei Nacht und Nebel, geheime Anklage, verletzende Fragen und Unterstellungen, physischen und moralischen Druck, Schläge, Hunger und Bespitzelung." Von diesen Leiden während seiner 18jährigen Haft in der UdSSR bis zu seiner Freilassung 1963 auf Initiative von US-Präsident Kennedy und Papst Johannes XXIII. schreibt der am 7. September verstorbene ukrainische Großerzbischof Kardinal Slipyi in seinem Testament. Auszüge des Dokuments wurden, wie die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) meldet, in Rom bekannt – allerdings nicht von offizieller vatikanischer Seite.

Als „stummer Zeuge der Kirche", die „entkräftet und moralisch wie physisch niedergeschlagen" ist, gebe er „Zeugnis für seine Kirche des Schweigens, die zum Tode verurteilt ist", betont der Großerzbischof der mit Rom verbundenen Kirche.

An die Gläubigen in der Heimat oder in der Diaspora richtet er den Appell, für die „Errichtung eines Patriarchats von Kiew und der ganzen Ukraine" zu beten. „Es wird der Tag kommen, an dem der allmächtige Gott unserer Kirche einen Patriarchen senden wird ... Aber schon jetzt besitzen wir unser Patriarchat in unserem Herzen."

Slipyi schreibt in seinem von 1970 bis 1984 abgefaßten „letzten Willen" auch von seiner Forderung an Papst Paul VI., ihm die Patriarchatswürde für die Ukrainer zu übertragen. Dieser Bitte sind jedoch weder Paul VI. noch seine Nachfolger nachgekommen, obwohl die ukrainische Synode einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte. Es fiel allerdings auf, daß Papst Johannes Paul II. während seiner Kanada-Reise ausdrücklich auf das Wirken Slipyis einging. Der Ukrainer, so Papst Woityla, sei aus seiner Gefangenschaft wie ein Held hervorgegangen und habe sein Leben seiner Kirche und seiner Nation gewidmet. Johannes Paul II. rief bei der Würdigung Slipyis dazu auf, das „reiche liturgische und spirituelle Erbe der östlichen Kirchen zu verstehen, zu bewahren und zu nähren, um die ganze Fülle der christlichen Tradition zu erhalten, Versöhnung zwischen östlichen und westlichen Christen zu erreichen". (WELT v. 18. 9.)

Der verstorbene Kardinal, dessen jetzt auszugsweise veröffentlichtes Testament sich ausführlich mit den Leiden der 18jährigen Haft am „Ende der Welt, Aug in Aug mit dem Tod" befaßt, schreibt auch von seiner Angst vor einer Hinrichtung. Ganz überraschend sei für ihn die Ankündigung der Freilassung gekommen. Slipyi: „Wer aus welchen Gründen dahintersteckte: Darüber werden sich die Historiker äußern, die den Leidensweg unserer Kirche nachzeichnen."

DER KOMMENTAR

Halbe Klarheit

MANFRED SCHELL

Das Gute am Koalitionsbeschluß zum schadstoffarmen Auto ist, daß jetzt wenigstens die Automobilhersteller, die Verantwortung für viele tausend Arbeitsplätze tragen, klare Zielvorgaben haben. Sie kennen nunmehr die Fristen für das Katalysator-Auto und können ihre technischen und finanziellen Kalkulationen darauf aufbauen. Es war abzusehen, daß spätestens vom 1. Januar 1989 an in der Bundesrepublik Deutschland kein Auto mehr zugelassen wird, das ungeschmälert Auspuffgifte in die Luft wirbelt. Hier liegt die Überraschung der gestrigen Entscheidung also nicht.

Unerwartet jedoch hat sich die Koalition – präziser gesagt: haben sich die Minister Stoltenberg und Zimmermann – in einem „Kompromißpapier" darauf festgelegt, daß diese obligatorische Grenze für die Wagen von der gehobenen Mittelklasse (2 Liter) an schon am 1. Januar 1988 beginnt.

Zweite Überraschung ist, daß Zimmermann mit seinem Plan, einen attraktiven finanziellen Kaufanreiz zu schaffen, um die Aufforderung zum „Umstieg" in das abgasarme Auto zu dem erhofften Erfolg werden zu lassen, nicht durchgedrungen ist. In dem Kompromißvorschlag ist weder von einem Kaufanreiz bar auf die Hand noch von einer vorab ausgezahlten Steuerrückvergütung die Rede.

Freilich ist hier noch eine Unwägbarkeit vorhanden, die auf der Seite der Bundesländer liegt. Im Bewußtsein, daß die Kraftfahrzeugsteuer eine Ländersteuer ist, hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, auf Vorschläge der Länder zur Ausgestaltung einzugehen. Dies ist der Punkt, der Kritik auf sich zieht. Zwar haben jetzt die Hersteller der Autos Klarheit, nicht aber die potentiellen Käufer. Insofern bleibt doch wieder etwas in der Schwebe, und das ist unbefriedigend. Schon einmal, vor der Sommerpause, hatte sich die Koalition vertagt.

Die Gefahr ist, daß dieser wichtige Schritt zu mehr Umweltschutz weiter zerredet wird, wenn auch eine große Bereitschaft der Autofahrer festzustellen ist, für den Umweltschutz Opfer zu bringen. Immerhin ist aber die Befreiung von der Kraffahrzeugsteuer für ein abgasarmes Auto von zunächst 1500 Mark auf 3000 Mark hochgerechnet worden. Trotz des Hin und Her der letzten Wochen müßte sich nunmehr die Vernunft durchsetzen. Man darf sagen: Die Weichen in die „bleifreie" Zukunft sind gestellt.

Dollar über die Grenze von 3,10 Mark

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar hat gestern erstmals seit Anfang 1973 die Marke von 3,10 Mark übersprungen. Der amtliche Kurs wurde in Frankfurt mit 3,0980 Mark notiert, nach 3,0621 Mark am Montag. Kurz danach kletterte der Greenback weiter bis auf 3,1150 Mark. Neue überzeugende Argumente für den beschleunigten Höhenflug des Dollar gab es nicht. Beachtung fand allerdings am Markt die Prognose von Henry Kaufman, einflußreicher Chefvolkswirt der Broker-Firma Salomon Brothers in New York, daß man auf einen Rückgang des Dollarkurses noch einige Zeit warten müsse.

Nach Meinung von Devisenhändlern ist der Dollar jetzt in eine Phase ausgeprägter Überhitzung eingetreten. Typisch dafür sei, daß alle wirtschaftlichen Fakten und Daten in den USA für den Dollar ausgelegt werden, auch wenn sie, wie das Rekord-Zahlungsbilanzdefizit vom zweiten Quartal, gegen den Dollar sprechen müßten. Die Überhitzung, in der, wie es ein Händler formulierte, Dollars „auf Teufel komm raus" gekauft werden, ohne daß viel nach Gründen für einen weiteren Anstieg gefragt würde, sei die beste Voraussetzung für eine Umkehr der Dollartendenz, deren Zeitpunkt allerdings niemand vorauszusagen wagt. Deswegen wird auch zunächst ein weiterer Anstieg nicht ausgeschlossen.

Auch gegenüber anderen Währungen erreichte der Dollar gestern neue Rekordkurse. Aus technischen Gründen fielen allerdings die Steigerungen gegenüber der Mark am stärksten aus.

Umweltschmutz: Beweislast liegt beim Beklagten

DW. Karlsruhe

Nicht der durch Umweltschmutz Geschädigte muß aufgetretene Schäden beweisen, sondern der Schädiger muß den Nachweis führen, daß er nicht der Verschmutzer ist. Der Bundesgerichtshof hat mit dieser Entscheidung die Beweislast in solchen Verfahren „umgekehrt" und es damit dem Geschädigten leichter gemacht, erfolgreich Prozesse gegen den Umweltverschmutzer zu führen.

Der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes entschied die Frage, welchen Beweisanforderungen ein Bürger genügen muß, der den Vorwurf erhob, sein Kraftfahrzeug sei durch unzulässig hohe Staubauswürfe einer in der Nähe betriebenen Industrieanlage beschädigt worden. Im konkreten Fall hatten mehrere Autobesitzer von einem Betrieb die Erstattung der Aufwendungen für Autoreparaturen verlangt. Sie hatten behauptet, ihre Fahrzeuge seien an Lack und Scheiben durch Auswürfe des Schmelzofens des Betriebes, die die zulässigen Emissionsgrenzwerte überschritten hätten, beschädigt worden.

Die Gerichte der Vorinstanz – an die der Streit zurückverwiesen wurde – vertraten den Standpunkt, die Kläger hätten konkret die schadensauslösenden Vorgänge im Nachbarbetrieb darlegen müssen. Der Bundesgerichtshof: Der Betreiber des Schmelzofens habe zu beweisen, daß die Emissionsgrenzwerte von ihm eingehalten worden seien und daß er Vorkehrungen getroffen habe, um eine Schädigung der Kläger zu verhindern (Aktenzeichen VI. ZR 223 aus 82).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie die Fische

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Liest man, was die Bundesbank zur Wirtschaftslage der Nation anmerkt, so könnte man zu der Meinung kommen: Siehe da, unsere Volkswirtschaft steckt die von den Arbeitskämpfen verursachten Ausfälle lässig weg! Womöglich sagen sich jetzt die Streikstrategen, sie hätten von den Folterwerkzeugen einen viel zu zagen Gebrauch gemacht.

Die Wahrheit ist, daß DGB-Gewerkschaften nach Art der IG Druck und der IG Metall bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über das kapitalistische System herziehen, dabei jedoch in unserer sozialen Marktwirtschaft munter schwimmen wie die Fische im Wasser. Wieder einmal ist es die Lebenskraft des bösen kapitalistischen Systems, die es den Streik-Gewerkschaften leicht macht, sich aus der Verantwortung für den angerichteten Flurschaden herauszuwinden.

Oder will Steinkühler vielleicht behaupten, er habe den Dollar-Aufschwung vorausgesehen, als er die Streikposaune blies? Jetzt erweist sich, daß der Höhenflug des Dollars den deutschen Export begünstigt und auf diese Weise in unserem Land die Konjunktur ankurbelt. Oder will Hensche glauben machen, er habe in sein Streik-Kalkül als feste Größe eingestellt, daß die Bürger nach durchlittenem Arbeitskampf in ihren Sparstrumpf greifen und so die Inlandsnachfrage kräftig beflügeln werden? In der Tat geben die Leute zur Zeit ihr Geld aus; doch wie der Export, so zeugt auch dies nicht von gewerkschaftlicher Weisheit, sondern von der Vitalität unserer Wirtschaftsordnung – trotz der Streik-Macher.

Die Lohnrunde ist noch nicht zu Ende; und ehe die Gewerkschaften falsche Schlüsse ziehen, sollten sie sich zwei Feststellungen der Bundesbank zu Herzen nehmen. Die erste: Die bisherigen Tarifvereinbarungen des Jahres können dann einen Nutzen stiften, wenn sie zu mehr Flexibilität in den Arbeits- und Lohnbedingungen führen. Aber wäre es der IG Metall nicht am liebsten, sie könnte die Flexibilität, die Georg Leber in den Abschluß hineingeschlichtet hat, mit gewohnter Gleichmacherei plattwalzen? Die zweite Feststellung: Die Bundesbank geht davon aus, daß die Unternehmen auf Streik und Kostenschub mit Modernisierung reagieren werden. Sie werden Arbeitsplätze, die zu teuer geworden sind, wegrationalisieren. Sie müssen es tun, wenn sie am Weltmarkt kankurrenzfähig bleiben wollen. Diejenigen Arbeitnehmer, die es trifft, werden ihre Gewerkschaft fragen, ob es der Sinn des Arbeitskampfes gewesen sei, daß sie den Broterwerb verlieren.

Knüppel und ihre Farbe

Von Enno v. Loewenstern

Frau Noelle-Neumanns Feststellungen über Links- und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland haben die übliche Reaktion hervorgerufen: weil nun einmal mehr links- als rechtsgeneigte Extremisten durch die Republik geistern, jammern einige linksgeneigte Kritiker über eine angebliche „Interessenlage der Auftraggeber".

Sowas kann durchaus eine Rolle spielen. Als wir vor einigen Jahren eine sogenannte Untersuchung über den Rechtsextremismus vorgesetzt bekamen, wo als ein Indikator der Wunsch nach Wiedervereinigung aufgeführt war, da war es wohl klar, aus welcher Ecke und zu welchem Zwecke das wehte.

Bei der Studie des zwar für viele unbequemen, aber über jeden Verdacht erhabenen Allensbacher Instituts gibt es hingegen keinen Anhaltspunkt für Zweifel. Schon gar nicht bei der Feststellung, daß ein großer Teil des linken Gewaltpotentials in die grüne Szene eingelaufen sei. Man erlebt es doch täglich.

Nur: warum ist es überhaupt nötig in diesem sonderbaren Land, so heftig darüber zu streiten, ob die grünen Schläger nun in der Tiefe ihrer Herzen braun oder rot sind? Ob nun die Punker die Linken und die Skinheads die Rechten sind oder umgekehrt? Unter zivilisierten Leuten sollten Antidemokraten grundsätzlich Anathema sein, sollte Gewalt grundsätzlich verworfen werden. Der Skandal ist nicht darin zu suchen, ob sich irgendein Punkskin vor dem Prügeln nun braun, rot oder grün angestrichen hat, sondern darin, daß sogenannte Demokraten erst nach dem Anstrich fragen, wenn eine Schlägerhorde gegen den Staat und sein Gesetz losgeht.

Hier liegt freilich nicht nur der Skandal, sondern auch das Problem. Die Leute, die uns einzureden suchen, Kommunisten *und Nazis seien nicht im Effekt dasselbe, Terror für „links"* sei sensibel, Gewalt sei nicht gleich Gewalt, der Rechtsstaat habe nur gegen Feinde bestimmter Couleur aktiv zu werden – sie schreien jedesmal Zeter, Mordio und Interessenlage, wenn ihre Handlanger ins Scheinwerferlicht geraten. Sie sind es nämlich, die die Gewalt züchten und hoffähig machen; sie sollte man demoskopisch erforschen.

Botschaft aus der Ferne

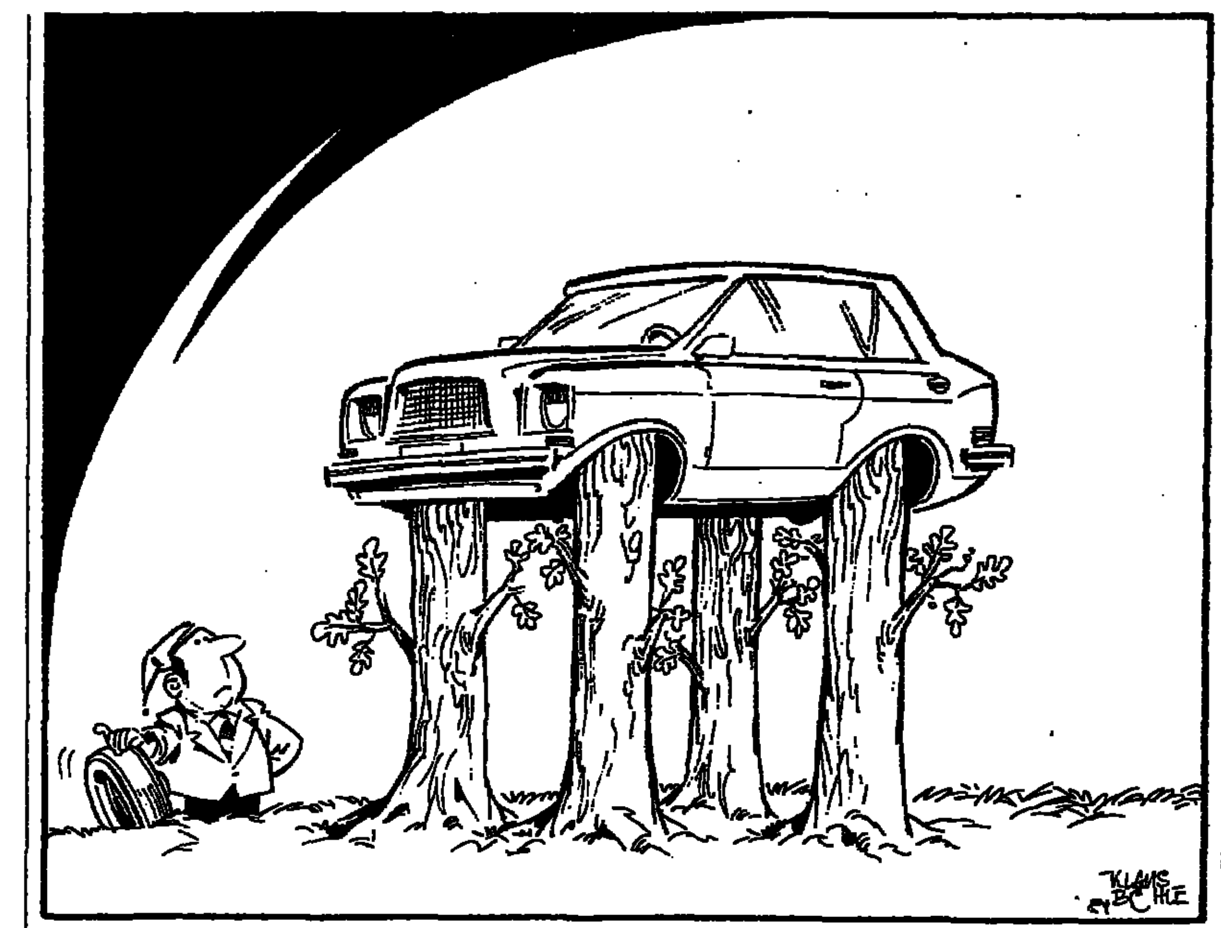
Von Carl Gustaf Ströhm

Daß der polnische Papst sich nur schwer in Schema einordnen läßt – weder in ein „linkes" noch in ein „rechtes", ja nicht einmal in ein national-polnisches – hat Johannes Paul II. in Kanada bewiesen. Karol Wojtyla, der nicht weit entfernt von Galizien und damit vom gemischten polnisch-ukrainischen Siedlungsgebiet geboren wurde, sprach hier besonders die *Ukrainer an – ein Volk zwischen Polen und Russen, das unter* beiden Nachbarn oft zu leiden hatte und heute noch leidet.

Der polnische Papst betrachtet die in der Sowjetunion verbotene, allenfalls noch in den Katakomben lebende ukrainische unierte Kirche nicht als westliches Anhängsel des Weltkatholizismus, sondern als eine Brücke zur russischen orthodoxen Kirche. Daher auch seine ehrenden Worte für den verstorbenen ukrainischen Kardinal Slipyj, den er als „Helden" feierte und dessen geistiges Vermächtnis – die Schilderung jahrelanger psychischer und physischer Folterungen in sowjetischen Todeslagern – eben in Rom veröffentlicht wurde.

Die sowjetischen Behörden haben eine geplante Reise des polnischen Papstes zu den Katholiken in Litauen zum Kasimir-Gedenkjahr verhindert. Zu den 1300-Jahr-Feiern des kroatischen Katholizismus durfte Johannes Paul gleichfalls nicht hinfahren. Und ob seine Reise in die CSSR anläßlich der 1200-Feier für den Slawen-Apostel Methodios zustande kommt, ist zumindest fraglich.

Über das ferne Kanada und über die Neue Welt verschaffte sich der polnische Papst dennoch Zutritt zu seinen slawischen und nicht-slawischen Gemeinden in Osteuropa und der Sowjetunion. Er sprach von „Solidarität" – aber auch im Sinne der polnischen Gewerkschaft, und zwar im Sinne eines Bekenntnisses zu Menschenrechten. Damit wird der in Glaubens- und Moralfragen so konservative Papst aus Polen zu einem Revolutionär. Und zu einem Verkünder des christlichen Glaubens in seiner nationalen, volksverbundenen Gestalt.



Geschwindigkeitsbegrenzung KLAUS BÖHLE

Andreottis Nachbeter

Von Matthias Walden

Der Staub, den Andreottis verbale Sturmbö aufgewirbelt hat, beginnt sich zu legen. Er liegt fingerdick auf nationaler und internationaler politischer Landschaft. Nun muß er mit festem Besen beseitigt werden. Vorher ist dieses Thema nicht abzuschließen.

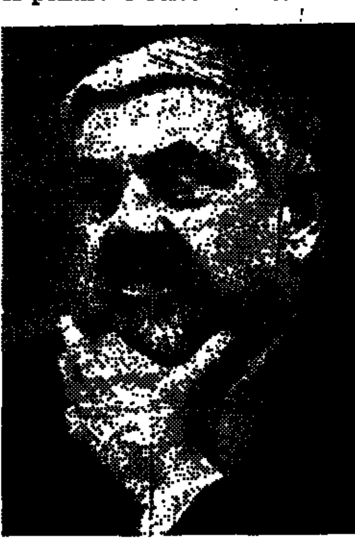
Das Bedauern des italienischen Christdemokraten, Anlaß zu Mißverständnissen gegeben zu haben, bereinigt nichts. Sein Hinweis auf *Südtiroler Irritationen ist abwegig.* Mit „Pangermanismus" kann weder diese italienisch entmündigte Volksgruppe noch Österreich gemeint gewesen sein. Die Bundesre*gierung hat energisch und damit* angemessen auf den Tiefschlag des vermeintlichen Freundes reagiert. Ministerpräsident Craxis Entschuldigung lindert den Schaden, heilt *ihn aber nicht.*

War schon Andreottis böser Wunsch nach einer Fortdauer der deutschen Teilung schlimmer als ein Affront, so muß Horst Ehmkes *Kommentar zu dieser Kränkung* als Skandal angesehen werden: daß der zynische Italiener „den Mut gehabt habe, einmal offen und ehrlich auszusprechen, was unsere westlichen Verbündeten in der deutschen Frage wirklich denken", ist verräterisch in des Begriffes doppelter Bedeutung. Otto Schily, der „Grüne", hat sich nun genau so zu Wort gemeldet. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Der nationale Konsensus der SPD verfällt. Hans-Jochen Vogels Anmerkung, die Andreotti-Affäre zeige einen „Kompetenzverlust deutscher Außenpolitik", war ebenfalls unter die Gürtellinie gezielt. Gerade angesichts dieser Provokation aus Rom hätte es der Einmütigkeit der Parlamentsparteien der Bundesrepublik Deutschland bedurft. Daß statt dessen die regierende Koalition gegen das Schienbein getreten würde, hat in Moskau und in Ost-Berlin Behagen ausgelöst, so, wie der Ausspruch des Italieners Entzücken und die Begleitmusik Horst Ehmkes Begeisterung hervorgerufen haben.

Den Schuldigen an der fortdauernden Teilung Deutschlands so in die Hände zu arbeiten, ist verantwortungslos und zerstörerisch. Nur Annemarie Renger hielt sich – wie stets, wenn es ums Ganze geht – wacker und aufrecht. Brandt und Bahr zeigten, wie seit langem eingeübt, gekrümmte Rücken. Was Ehmke, der ein wiedervereinigtes Deutschland einst vom Siege des Sozialismus abhängig machte, zu dem Eklat beisteuerte, ist eine üble Denunziation unserer westlichen Verbündeten. Sie haben sich im Deutschlandvertrag und in den NATO-Verträgen verpflichtet, sich für das Streben der Deutschen nach Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit einzusetzten. Hätte Andreotti nur ausgesprochen, was sie alle denken, dann wären wir mit vertragsuntreuen Heuchlern verbündet, die anders kontrahiert haben und anders reden, als sie denken und wünschen.

Wir haben die drei Westmächte in Berlin als absolut vertragstreue, aufrichtige und zu ihrem Wort stehende Partner erlebt. Nichts haben sie getan oder unterlassen, was uns den Anlaß oder gar das Recht gäbe, sie für Betrüger zu halten – genau das aber müßten sie sein, wenn Ehmkes schamlose Verdächtigung zuträfe. Unsere Alliierten werden durch solche Beweise rückgratloser Selbstverleugnung nicht nur beleidigt, sondern es wird ihnen etwas gänzlich Unzumutbares abverlangt: deutscher zu sein als manche Deutschen. SPD und Grüne sind in der deutschen Frage und in ihren Antworten darauf seit langem heruntergekommen. Schon seit dem Beginn der einst neuen deutschen Ost-Politik der SPD gab es politische Selbstverstümmelungen vergleichbarer Art. Für Franzosen, Engländer, Italiener oder Amerikaner war und ist die Selbstpreisgabe deutscher Schicksalsziele völlig unverständlich, verwirrend und im Resultat ein Verlust unserer Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit. So etwas wirkt auf sie, die national Gesunden, politisch krank.



Die Verbündeten denunziert: Ehmke FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Nun wäre es immerhin theore*tisch denkbar, daß* unsere Verbündeten sich auf unser Streben nach Einheit in Freiheit zwar mit einigem Verständnis und durchaus aufrichtig eingelassen und ver*pflichtet hätten*, aber *doch nur* zähneknirschend und eher mit Furcht als mit Hoffnung. Ein wieder größeres Deutschland im Herzen Europas – können das die anderen *wirklich wünschen?*

Aber die Größe eines Landes sagt nichts über dessen Qualität. Wären die USA nicht so groß, wie sie sind, dann sähe es schlimm aus für uns und für viele andere auf der Welt. Die Größe des Sowjet-Reiches ist ungut für seine und für andere Völker. Aber doch nur, weil es sich um eine aggressive, freiheitsfeindliche, das Recht beugende Diktatur handelt.

Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre aber anders geartet. Die staatliche Einheit ist nicht das primäre Motiv, sondern die Freiheit. Gelänge es, die beiden gegensätzlichen Staaten Deutschlands im Sinne von Selbstbestimmung und Recht miteinander zu vereinigen, dann wäre die ganze freie Welt gestärkt. Unterstellt man unseren Verbündeten, das zu fürchten, statt es zu wünschen, so unterstellt man ihnen eine Komplizenschaft mit Moskau. Man spricht ihnen zugleich die Treue zu einer weltweit freiheitlichen Politik ab und denunziert sie mit der Verdächtigung, den Fortbestand von Unfreiheit und Unrecht im anderen Teil Deutschlands zu wollen. Sähen wir sie so, dann wäre die Grundlage unserer Gemeinsamkeiten und der Sinn der Allianz zerstört. Könnten sich die Länder der westlichen Welt nicht mehr auf den sie einigenden Freiheitswillen eines jeden von ihnen verlassen, dann wäre ihr Untergang im Triumph des Unrechts vorbestimmt.

IM GESPRÄCH Ferraris

Ein Freund der Deutschen

Von Evi Keil

Nicht nur Italiens Außenminister Andreotti hat Schlagzeilen gemacht. Ein zweiter Name wurde täglich in den Medien genannt: der des italienischen Botschafters in Bonn, der mehrfach deswegen ins Auswärtige Amt zitiert wurde. Professor Luigi Vittorio Ferraris hat indes mit Be*sonnenheit und diplomatischem* Geschick Wogen geglättet.

Ferraris ist sein Leben lang Deutschland verbunden. Er glaubt freilich, „daß ein Botschafter keine zu *große Publizität haben sollte*". Denn: „Diplomatie ist für mich die Kunst, ruhig zu arbeiten, teilweise hinter den Kulissen. Zwischen befreundeten Ländern wird es aber manchmal notwendig, sich aus dem Fenster herauszuhängen, um Mißverständnisse zu beseitigen."

Ferraris ist Professor der Staatslehre für Osteuropa am Istituto Universitario Orientale, das die Jesuiten im 18. Jahrhundert in Neapel gründeten. Seit 1952 gehört er dem Auswärtigen Dienst an. Erster Posten: das Generalkonsulat in München. Er wurde Vizekonsul in New Jersey, war auf Posten in der Türkei, in Bulgarien und Venezuela. Von 1967 bis 1969 war er zweiter Mann in Warschau und blieb anschließend zehn Jahre im Außenministerium in Rom, sechs Jahre davon als Leiter der Abteilung für Osteuropa und die KSZE, dann als stellvertretender Leiter der Kulturabteilung, zuletzt als Chef der Personalabteilung. Im Januar 1980 kam er als Botschafter nach Bonn, „auf meinen Wunschposten".

Professor Ferraris spricht perfekt deutsch: „Meine Mutter hat mich als Vierjährigen zum Deutschstudium *gezwungen.*" *In der Tat,* der Junge, 1928 in Rom geboren, in Turin aufgewachsen, bekam ein deutsches Kinderfräulein. Heute lebt Irkens Derwelp hochbetagt in Oberhausen. „Ich hatte mich natürlich sofort auf die Suche nach ihr gemacht", sagt der Botschafter.

Während des Krieges gehörte der junge Mann dem italienischen Widerstand gegen den Faschismus an. Der Vater hatte sich bis zum Beginn des Faschismus politisch betätigt, sich dann aber der Politik abgewandt. Der Großvater war in der Zeit des Risorgimento, 1815-1870, in die italienischen Einigungsbestrebungen involviert: „Das war parallel mit dem Aufbau der Einheit Deutschlands. Deshalb vielleicht liegen mir heute auch die Probleme der Deutschen so sehr am Herzen." Zwischen dem NS-Deutschland und Deutschland habe er immer getrennt, so Luigi Vittorio Ferraris. „1943 hatte ich mir ein Buch mit Goethe-Gedichten gekauft. Durch Zufall fand ich es vor ein paar Tagen in meiner Bibliothek wieder." Er fügt hinzu: „Die Gedichte Goethes, das bedeutet doch auch, daß wir, die wir etwas dazu getan haben, um die Demokratien in Europa wiederaufzubauen, keine antideutschen Gefühle hatten. Ich fühle mich in Deutschland sehr zu Hause. Und die Teilung Europas und die Teilung des deutschen Volkes, das sind Probleme, die uns allen am Herzen liegen."



Goethe im Kriege. Botschafter Ferraris FOTO CHRISTA KUJATH

Er fügt hinzu: „Die Worte Andreottis werden dazu führen, auch in unserem Gewissen in Italien einige Aspekte von diesen Problemen ins bessere Licht zu setzen." Die Deutschen sollten Italien nicht nur an Andreotti messen, sondern die ganze Vielfalt des Landes und seiner freundlichen Menschen sehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

JEDIOT ACHARONOT

Die Zeitung äußert auf Grund ägyptischer Erklärungen Zweifel am Frieden zwischen Jerusalem und Kairo:

Die jüngste Erklärung des neuen ägyptischen Botschafters in Moskau, Bassiuni, wonach die Sowjets darauf hoffen könnten, daß Kairo in naher *Zukunft die* Camp-David-Abkommen – und damit den Frieden mit Israel – annulliert, können nicht ignoriert werden. Botschafter geben nicht revolutionäre Erklärungen ab, ohne *vorher eine Genehmigung von ihren* Vorgesetzten zu haben. Wenn dies also die Stimmung der ägyptischen Führung ist, dann ist das ein Beweis dafür, wie recht diejenigen in Israel hatten, die *von Anfang an vor den* Absichten Kairos gewarnt hatten. Die neue Jerusalemer Regierung sollte sich darüber Gedanken machen und die Angelegenheit genau prüfen.

DER BUND

Die in Bern erscheinende Zeitung meint, Andreotti habe bei seiner Äußerung nicht nur an Deutschland gedacht:

Anzukmerken wäre noch, daß es das gute Recht der Deutschen (in West und Ost) ist, sich über die Teilung der Nation Gedanken zu machen und, wenigstens in der Bundesrepublik, auszusprechen, daß diese Teilung schmerze und vielleicht doch nicht der Weisheit letzten Schluß bedeuten müsse. Auch wenn dies, unter der prägenden Erfahrung der beiden Weltkriege, die Auffassung sehr vieler Nichtdeutscher sein mag. Etwa Giulio Andreottis, der ums Zollhäuschen am Brennerpaß bangt. Die Geschichte geht ja ohnehin ihre eigenen Wege, am Brenner wie an der Elbe.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt begrüßt das Abzugsabkommen, wirft aber Fragen über die Details der französisch-libyschen Einigung auf:

Mitterrand hat sich nicht ohne Ge*schick und mit allen Ehren aus der* Klemme befreit. Der Präsident kann daraus Kapital schlagen. Aber es ist nicht alles so einfach, wie es scheint, und eine gewisse Anzahl von Fragen bleibt offen. Erstens: Womit vergütet Frankreich den libyschen Abzug aus dem Tschad? Dazu müßte man die Details der Verhandlungen und des Abkommens kennen. Auf welche Positionen werden sich die Libyer zurückziehen? Der französische Präsident ist mit Khadhafi eine gewagte Wette eingegangen. Die Risiken sind nicht gering, denn es geht um die Zukunft des Tschad, das Kräfte*gleichgewicht in Afrika und die* Glaubwürdigkeit Frankreichs.

SÜDWEST PRESSE

Zum Vorschlag eines Tempolimits meint das Ulmer Blatt:

Doch wie, so muß dagegengefragt werden, gedenkt man, die Einhaltung neuer Höchstgeschwindigkeiten bundesweit zu überwachen und damit den Erfolg der Maßnahme zu garantieren? Denn es ist ja wohl kaum möglich, alle Autobahnen und Bundestraßen so zu kontrollieren, daß zumindest ein Großteil der Temposünder ermittelt und zur Verantwortung gezogen werden kann. Und nur in diesem Fall würde der angestrebte Zweck erreicht.

Beide wollten raus – man wird sehen, ob auch beide gehen

Mitterrands Erfolg in Tschad und der Kontakt mit den Radikalen / Von Jürgen Liminski

Eine Konvergenz der Interessen machte es möglich. Sowohl Frankreich als auch Libyen sehen derzeit wenig Sinn in einer andauernden und kostspieligen Präsenz ihrer Truppen in Tschad. Frankreichs Abzugsabsicht stand immer schon außer Zweifel. Khadhafis Motivlage indessen ließ sich mit einer Flurbereinigung im südlichen Nachbarland bisher *nicht* so recht in Einklang bringen. Sie ist auch nach der überraschenden offiziellen Ankündigung nach all den Erfahrungen mit dem revolutionären Exzentriker schwer zu durchschauen.

Immerhin, die politische Konjunktur im Maghreb und im Vorderen Orient ganz allgemein begünstigten diese Vereinbarung. Endgültige Klarheit dürfte man erst gewinnen, wenn, wie vorgesehen, das Abzugsunternehmen bis Mitte November beendet ist und dann möglicherweise immer noch einige libysche Divisionen abziehend auf der Stelle treten. Entscheidend wird auch sein, ob Tripolis den Aouzou-Streifen im Norden des Landes verläßt, den Khadhafi seit 1973 ununterbrochen besetzt hält und quasi als Altbesitz betrachtet.

Khadhafis Interessenlage sieht heute, cartesianisch gesehen, so aus: 1. Ernste Zahlungsschwierigkeiten (die Öleinnahmen haben sich seit 1979 auf zwölf Milliarden Dollar für 1983 halbiert; auch das *US-Embargo wirkt sich aus) raten* zu einer flexibleren Haltung gegenüber den Ländern im Westen, insbesondere den Europäern. 2. Die Verbrüderungsszenen mit Kreisky *1982* brachten keinen Ausbruch aus der diplomatischen Isolation und selbst nach der Fusion mit Marokko steht Khadhafi immer noch auf dem Index der zivilisierten Welt. Das Abkommen mit Frankreich schiebt eine Art Filter vor den grellen Scheinwerfer westlicher Kritik. Khadhafi erscheint jetzt für viele Geschäftsleute wieder in einem sanfteren Licht, das manche Ecken und Kanten im Halbdunkel verbirgt. 3. Die tschadischen Hilfstruppen des Libyers sind seit einigen Monaten intern über die libysche Präsenz in Tschad zerstritten. Rebellenführer Gukuni Weddei verliert seine Hausmacht. In dieser Lage ist es für Khadhafi sinnvoller, das alte Tschad-Spiel aus dem Jahre 1981 zu wiederholen: Abzug seiner und aller ausländischen Truppen, Warten auf eine neue Gelegenheit, Annäherungsversuche an die offizielle Regierung zwecks späte*rer Fusion.*

Auch Frankreich kennt dieses Spiel. Man könne jederzeit wieder zurückkommen, falls die Lage dies erfordere, betonte Cheysson vor der Presse. In den Nachbarstaaten Kamerun und Zentralafrika bleiben französische Einheiten stationiert. Auch aus der Elfenbeinküste oder aus Zaire können rasch ein paar hundert Legionäre eingeflogen werden. Ein Scheitern des Abkommens würde Tripolis vollends in die Isolation zurückstoßen. Frankreich jedoch hat bei diesem Unternehmen nichts zu verlieren. Die befreundeten Staatschefs in Afrika wurden beruhigt. Sie werden auch an der Überwachung des Abzugs beteiligt.

Mitterrand *kann mit diesem* Abkommen vorerst einen diplomatischen Erfolg verbuchen, der sich auch innenpolitisch ausschlachten läßt. Sein Verteidigungsminister Hernu freut sich über die *umgerechnet* eine Million Mark, die er täglich einspart. Der Bürgerkrieg in Tschad ist damit freilich nicht beendet. Er wird nur auf die Wü*stenstriche eingegrenzt*, in denen ohnehin die Kontrolle der Staatsgewalt nur so weit reichte wie die Gewehre der Regierungstruppen.

Die erstaunliche Aktivität Frankreichs in der nordafrikanischen und nahöstlichen Region jedoch wirft noch andere Fragen auf. Ist die Geheimdiplomatie mit Radikalen vom Schlage Khadhafis nicht schon Teil einer umfassenderen Initiative im Vorderen Orient? Erfolgreiche Gespräche in Amman mit dem jordanischen König, Unterstützung der radikalen arabischen Staaten bei der libanesischen UNO-Resolution gegen Israel und eine für den November geplante offizielle Visite des französischen *Staatspräsidenten* in Da*maskus legen die Vermutung nahe,* daß Paris wenigstens *teilweise* das Vakuum ausfüllen möchte, das durch den Rückzug der Amerikaner aus Libanon und den damit verbundenen *Prestigeverlust in der* arabischen Welt entstanden ist. Der aufmerksamen französischen Diplomatie ist nicht entgangen, daß die Sowjets seither trotz allen internen Gerangels im Kreml zielstrebig ihre Positionen in Nahost ausbauen.

Der Waffendeal Kuwaits mit den Sowjets, die bevorstehende Reise des jordanischen Königs nach Moskau, der sich neu etablierende internationale Terrorismus haben die Region ins Krisenbewußtsein der Franzosen gehoben. Da mag man in Paris schon denken: Besser mit den Radikalen sprechen und etwas westlichen Einfluß sichern, als die Dinge treiben lassen. Und *das gilt vor allem*, mit und ohne Vakuum, für die traditionellen Einflußgebiete der französischen Diplomatie und die potentiellen Absatzmärkte der französischen Waffenindustrie.

Wenn der Teufel zum Herrn und Meister wird

Rund 2000 „Magier des Bösen" soll es hierzulande geben. In diese okkulte Szene versuchte das ZDF am Dienstag mit dem Film „Ich töte, wenn Satan es befiehlt ..." hineinzuleuchten, unter heftigen Protesten von Zuschauern. Der Film warf Fragen auf, doch meist die falschen.

Von JOACHIM NEANDER

Vier Beispiele aus Deutschland im Jahre 1984. Eine „Hexe" im Nordhessischen, die gegen Honorar und auf Bestellung durch die Beschwörung des Satans gegen (abwesende) Dritte die „Todesstrafe" verhängt und sozusagen auch vollstreckt und zur Erklärung vor der Kamera verkündet: „Ich nehme den Auftrag an, wenn es ein Mensch ist, der wirklich sterben müßte, ich bin ein Anhänger der Todesstrafe ..."

Dann die Berliner Yoga- und Selbstverwirklichungsgruppe, die sich als „magische Elite" versteht, der die *„nächste Entwicklungsstufe* des Menschen", gehören soll. Der Hexenmeister in München-Schwabing, der eine nackte junge Hexe mit Blutstropfen weiht und sein Medium in Trance immerhin dazu bringt, einen 1000 Meter entfernten, verhüllten Gegenstand als ein blaues (in Wirklichkeit rotblaues) Auto ohne (in Wirklichkeit mit) Insassen zu identifizieren. Und am Schluß die Mannheimer Gastwirtin, die in Vollmondnächten bei wilder Disco-Musik einen regelrechten Hexensabbat veranstaltet.

Das Ganze, ein abenteuerliches Gemisch aus wirklicher Besessenheit, wirklicher Angst, faulem Zauber, Eitelkeit, kleinbürgerlicher Geldgier, Magie des Übersinnlichen und Magie des elektronischen Mediums, hinterläßt am Ende so etwas wie Enttäuschung. Deswegen 6000 Protestbriefe?

Die Idee, sich mit dem Phänomen dieser Satans- und Hexenmagie im ausgehenden 20. Jahrhundert näher und fundierter zu beschäftigen als dies bisher in den Massenmedien passiert war, kam dem ZDF-Mann Alexander Niemetz, einem der beiden Autoren, vor Jahren in England, wo er sich auf die Spur eines dort berühmten „Zauberers" gesetzt hatte.

Aber das Fernsehen ist ein schwerfälliges Arbeitsgerät. Es kann Stimmungen nur sehr schwer, Übersinnliches gar nicht vermitteln.

So muß man sich behelfen. Die „Hexe" Ulla von Bernus, die von sich behauptet, nicht nur von ihren Beschwörungshonoraren zu leben, sondern auch von ihrer Fähigkeit, Roulettezahlen vorherzusehen, wird ins Spielcasino von Bad Harzburg begleitet. Aber die vorausgesagten Zahlen fallen nicht. Pleite. Magie oder Hokuspokus? Falsche Frage.

Ein Viertel aller Deutschen, so besagen die Umfragen, glaubt an Übersinnliches. Aber – so hätten die Fernsehleute hinzufügen müssen – nicht so sehr an vorhergesagte Roulettezahlen oder Hexenformeln, sondern im Grunde daran, daß auch im 20. Jahrhundert beileibe nicht alles rational beantwortet werden kann, daß da ein Rest bleibt, der für viele eher wächst, als daß er sich verringert. Die Autoren wissen das sehr wohl.

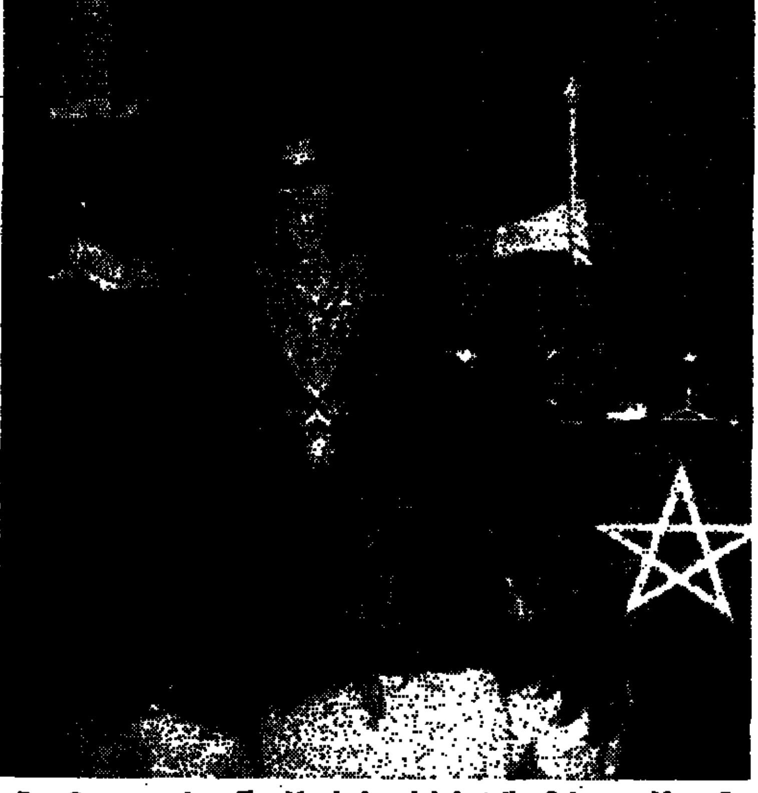
Auch die drei übrigen Tests, mit denen sie die aufgestöberten Hexen und Hexenmeister konfrontieren, sind eher vordergründig. Der Berliner Chefmagier der „Telema"-Gruppe wird (Ende Juli) gefragt, wie der Streit zwischen Herbert von Karajan und den Berliner Philharmonikern ausgehen werde. Er sagt nach den Karten (richtig) die sich anbahnende Versöhnung voraus. Magie oder Glück? Wieder die falsche Frage. Hier hat wohl die richtige Einschätzung der Situation um den Dirigenten und sein verstimmtes Orchester die Hauptrolle gespielt. Wesentlicher scheint bei dieser Gruppe das Gemeinschaftserlebnis zu sein. Magie als „Wegstrecke" des Lebens, wohin?

Bei der „Schwarzen Messe" im Schwabinger Keller sagt der Sprecher: „Die hier dem Teufel huldigen, sie könnten Nachbarn von uns allen sein." Verkäuferinnen, Taxifahrer, Arbeitslose, Studenten. Sie scheinen hier das eigentlich Geheimnisvolle zu sein, viel mehr als die Frage, wieso das Mädchen in Hypnose das BMW-Auto, nicht aber die darin sitzende Puppe erkennt.

Aber da müßte man sich näher mit ihnen beschäftigen, nach Biographien, Lebensumständen fragen. Und hier stößt das Fernsehen wieder an Grenzen: der nötigen Diskretion, der Achtung vor der inneren Sphäre anderer Menschen. So erfährt man nur, daß die „Hexe" Ulla von Bernus die Tochter eines Totengräbers ist. Mehr als ein Gag?

Offene Fragen ganz anderer Art *hinterläßt der vierte Fall. Die Mann*heimer Gastwirtin vom „Hexenfett" versucht ungeklärte Kriminalfälle zu lösen. Den verschwundenen amerikanischen Jungen, auf dessen magische Fährte sie sich vor der Kamera setzt, findet sie zwar nicht. Aber die in der Sendung nur kurz angedeuteten Verbindungen zur Polizei und anderen Dienststellen sind – wie man so hört – offenbar viel konkreter, als dies in dem Film sichtbar wurde.

Es soll in der Bundesrepublik über 2000 sogenannte Hexen oder Magier des Bösen geben. „Und das im Jahre 1984!" wunderte sich in der Sendung der Sprecher. Aber gerade viele aufgeklärte Menschen dieser Zeit sind der Meinung, daß es etwa 1910 viel schwerer gewesen sein muß, an den Teufel zu glauben, als heute.



Dem Satan ergeben: Eine Magierin zelebriert die „Schwarze Messe"
FOTO: DIE WELT

Sorgen um die Diskretion des Computers

Die Verwertung personenbezogener Daten in Computern ist mitbestimmungspflichtig. Diese Entscheidung des BAG wirft in Betrieben „Abgrenzungsprobleme" auf.

Von PETER JENTSCH

Nicht mehr nur Großunternehmen, sondern zunehmend auch Mittel- und Kleinbetriebe führen ihre Personaldatenverarbeitung, zumindest die Lohn- und Gehaltsabrechnung und das sich hieraus ergebende Berichts- und Statistikwesen, mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung aus. Mißgriffe blieben nicht aus. Personalcomputer *speichern etwa Fähigkeiten und Fehler*, Leistungen und Laster.

Vor etlichen Jahren, als es VW noch schlecht ging, zeigte das Werk, was sich mit einem Personalcomputer alles machen läßt. Damals ließen sich die Personalmanager durch die EDV-Anlage die Namen aller nicht eingezogenen Wehrpflichtigen bei VW ausdrucken. Die Liste erhielt das Kreiswehrersatzamt. Die Betroffenen wurden eingezogen, das Autowerk mußte weniger Leute entlassen. Nun hat der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) die „Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung von Arbeitnehmern zu überwachen" mitbestimmungspflichtig gemacht (Az: 1 ABR 23/82). BAG-Präsident Otto Rudolf Kissel begründete den Richterspruch so: „Der Gesetzgeber hat in der technischen Überwachung von Arbeitnehmern eine größere Gefährdung für das Persönlichkeitsrecht gesehen als bei einer Überwachung mit herkömmlichen Mitteln." Und auch die technische Verarbeitung von Verhaltens- und Leistungsdaten führe zu einer solchen *Gefährdung. Ihr zu begegnen,* sei Sinn des Mitbestimmungsrechts. „Dies versetzt den Betriebsrat in die Lage mitzuentscheiden, ob und gegebenenfalls welche Verhaltens- und Leistungsdaten erhoben und zu welchem Zwecke sie verwendet werden sollen."

Das Gericht gab mit dieser Entscheidung der Klage des Gesamtbetriebsrates der Rank Xerox GmbH statt. Dieser hatte ein Mitbestimmungsrecht bei dem Einsatz eines „Techniker-Berichtssystems" verlangt, in das eine Vielzahl von leistungs- und personenbezogenen Daten eingegeben werden. Mit Hilfe des computergestützten Systems kann das Unternehmen eine sogenannte „Techniker-Aktivitätsanalyse" erstellen, die jederzeit darüber Auskunft geben kann, welche Tätigkeiten ein Arbeitnehmer in welchem Zeitaufwand und mit welchem Ersatzteilverbrauch erledigt hat.

Obwohl Rank Xerox erklärte, die Daten nur zum Zwecke einer optimalen Lagerhaltung und Ersatzteilversorgung verarbeiten zu wollen, sah der Gesamtbetriebsrat die Gefahr einer nahezu lückenlosen Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Durch die Kombination von Daten sei es zudem möglich, die Produktivität einzelner Techniker oder Abteilungen miteinander zu vergleichen.

Und genau hier liegt das Problem. Friedhelm Jobs, Richter am Bundesarbeitsgericht, nennt es das „Abgrenzungsproblem". Problematisch sei, so Jobs, „daß für die Teilbereiche der Abrechnungs- und Verwaltungsaufgaben Daten verwandt werden, die auch bei der Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Arbeitnehmer von Bedeutung sind". Ursache für die Abgrenzungsschwierigkeit sei das technische Problem, daß man heute mit der Software alles oder, je nach Programm, auch gar nichts bewerkstelligen könne.

Nach Auffassung von Jobs „ist ein Personalinformationssystem dann mitbestimmungspflichtig, wenn es aufgrund der vorhandenen Programme Verhaltens- und Leistungsdaten der Arbeitnehmer erfaßt und speichert und eine Überwachung einzelner Arbeitnehmer oder einer rechtlich verbundenen Gruppe unmittelbar und aktuell möglich ist". In diesem Sinne lautet auch das Urteil.

Stellt sich die Frage, wie jetzt einige Einzelgewerkschaften reagieren. Die Mitglieder müssen laut Satzung ein Prozent vom Bruttolohn an die Gewerkschaft abführen. Da aber die Gewerkschaften selbst Personalcomputer benutzen, erfahren sie über Datenaustausch vielerorts auch die Höhe des Lohnes ihrer Mitglieder.

Das Land der Verheißung – Herausforderung für Pioniere

Der Papst hat auf seiner Kanada-Reise den „wilden" Nordwesten des Landes besucht. Hier ruhen riesige Bodenschätze, hier berühren sich das vergangene Kanada der Goldgräber und das Kanada der Zukunft. Ein Land der Extreme, ein Land für Abenteurer.

Von F. MEICHSNER

Ist es ein Flug in die Zukunft? Oder mehr ein Abstecher in die Vergangenheit? Niemand, der heute Kanadas fernen, „wilden" Nordwesten besucht, vermag diese Frage auf Anhieb schlüssig zu beantworten. Wohl auch der Papst nicht, der gestern in Fort Simpson die nördlichste Station auf seiner Blitztour durch das Land erreichte, dessen Name sich aus dem Wort „canata" der Huronen-Indianer ableitet.

Das Wort bedeutet „Siedlung". Mehr als eine Siedlung mit knapp 1000 Einwohnern ist der Außenposten Fort Simpson am Mackenzie-River noch immer nicht – wenn auch nur eineinhalb Flugstunden von der Hauptstadt der Northwest Territories entfernt, deren Name Yellowknife spontan Vorstellungen von Abenteuer zu wecken vermag.

Auf dem Flugplatz von Edmonton, dem Sprungbrett zu den „Territories", halten wir vergeblich nach einer Anzeige für unseren Flug nach Yellowknife Ausschau. Auf der Tafel wird Flug PW 561 nach Yellowknife, Norman Wells und Inuvik am Makkenzie-Delta nur pauschal mit „North" angezeigt. Im Warteraum versammelt sich in der frühen Morgenstunde eine sehr gemischte Gesellschaft: Indianer, Eskimos, Weiße mit Aktenkoffern und verwegene Gestalten, die einem Wildwestfilm entsprungen zu sein scheinen.

Die einen fliegen nach Hause, die anderen sind geschäftlich unterwegs, und wieder andere suchen einfach ihr Glück in der schier endlos erscheinenden Weite des Nordens, dieser selbst in Kanada noch sagenumwobenen „Territories", die sich vom 60. Breitengrad bis zum Nordpol, von der Hudson-Bay bis zum nördlichen Eismeer erstrecken. Mit rund zwei Millionen Quadratkilometern umfassen sie über ein Fünftel ganz Kanadas. Das Leben der knapp 50 000 Bewohner steht dort noch ganz unter dem übermächtigen Einfluß der Landschaft.

Über ungezählten Seen und riesigen Wäldern, deren Laub jetzt im Herbst vom grellen Zitronengelb über ein sattes Gold bis ins leuchtende Rot variiert, über Gebirgen, Taiga und nördlicher Tundra liegt die Atmosphäre menschenferner Unendlichkeit, die von erdrückender Wucht und doch auch von erregender Faszination ist.

In der Verlorenheit der nur 63 Siedlungen dieser scheinbaren Unendlichkeit – Siedlungen, von denen manche nicht einmal einhundert Menschen beherbergen – wird weit mehr als anderswo in ganz Nordamerika noch das spürbar, was einst amerikanischer Pioniergeist bedeutete: die ungehinderte Entfaltung des einzelnen, der elementare Freiheitsdrang, die Goldgräber-Mentalität, die nicht nur durch übermäßigen Alkoholgenuß erzeugte Neigung zu schneller Gewalttätigkeit, aber auch die spontane Gastfreundschaft und der harte Überlebenswille, den die Weißen von den hier noch vorwiegend beheimateten Indianern und Eskimos gelernt haben.

Das alles ist noch irgendwie lebendig gebliebene Vergangenheit in den Northwest Territories. In der Goldgräberstadt Yellowknife, deren Name schon dazu angetan erscheint, dem aus der südlichen Zivilisation eingeflogenen Touristen eine Gänsehaut zu verursachen, werden nach wie vor zwei Goldminen abgebaut. Die brennendsten Probleme sind hier weniger die Wirtschaftskrise als die Wohnungsnot (2000 Menschen leben in Zelten am Stadtrand) und der Alkoholismus. Über den Außenforts am mittleren Mackenzie-River wiederum liegt noch immer ein Schimmer jener Nordwest-Romantik der Jahrhundertwende, als die „Big Three of the North" – die „Hudson's-Bay Company", die „Mounties" der „Royal Canadian Mounted Police" und die Missionare – den „Fortschritt" in ihrer jeweiligen Sicht vorantrieben. Und in den Siedlungen an der Beaufortsee gar ist das „go native", das sich Aneignen der Härte und Geschicklichkeit der Eingeborenen, das den Pelzjägern einst selbstverständlich war.

Fort Simpson wurde auf ausdrücklichen Wunsch Johannes Pauls II. in das Reiseprogramm eingebaut. Es ist den Indianern und Eskimos gewidmet, Kanadas „Dene" und „Inuit", wie sie sich lieber genannt hören, denn die Bezeichnung „Indianer" beruht schließlich nur auf dem Irrtum von Kolumbus, der meinte, nicht einen neuen Kontinent, sondern den Seeweg nach Indien entdeckt zu haben, und das Wort „Eskimo" mit dem die „Dene" einen „Inuit" titulierten, bedeutet „Rohfleischesser". In der jeweiligen Eingeborenensprache stehen „Dene" und „Inuit" für das gleiche: für „Volk".

Diese Völker waren seit eh und je Grenzvölker. Indianer, Eskimos und Weiße standen hier immer auf Vorposten – sei es gegen die Elemente, sei es im Kampf gegeneinander. Heute sehen sie sich an eine „neue Grenze" gestellt, an die Grenze zur kanadischen Zukunft.

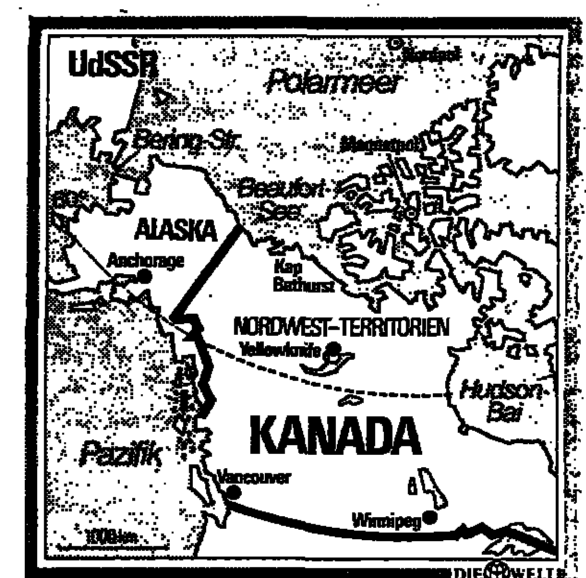
Zukunftsverheißungen gibt allen der Reichtum an Erdöl, Erdgas und Mineralien, die in den Northwest Territories entdeckt wurden und mit deren Abbau begonnen wurde. Von Albertas Hauptstadt Edmonton, dem Tor zum Nordwesten, bringen die Flugzeuge der „Pazific Western" seit diesen Entdekkungen immer neue „Frontiermen" aus allen Provinzen Kanadas in das Land der Verheißung: Hartgesottene Burschen, die ihr Glück machen wollen; Techniker, Mechaniker, Bau- und Bergarbeiter, aber auch Köche, Kellner, Bauern und sogar Presseleute, die ortsansässig werden wollen.

Unter ihnen sind Abenteurer und Zivilisationsmüde, fachlich Hochqualifizierte und Ungelernte. Gemeinsam ist den meisten von ihnen das eine: Die Vitalität der Jugend. Ihr Prototyp ist der robuste „Twen" mit ölverschmierten Händen, die Jeanstaschen voller Dollarnoten, die er jederzeit auf die Zukunft dieses Neukanada zu setzen bereit ist.

In dieser Aufbruchstimmung, die durch die Wirtschaftsrezession 1981/82 wohl nur vorübergehend gedämpft wurde, vollzog sich in den Territories schon während des letzten Jahrzehnts ein Wandel, der nur mit dem der „klassischen" amerikanischen Pionierzeit vergleichbar scheint. Er produzierte Paradoxa, wie sie eben nur in solchen zivilisatorischen Grenzregionen anzutreffen sind: Eingeborene Jäger haben ihre Iglus verlassen und leben in vorfabrizierten Holzhäusern. Sie fahren mit Motorschlitten oder Lkw zur Jagd, wo sie sich dann wieder ganz auf die von ihren Vätern weitergegebene Geschicklichkeit und auf ihren Jagdinstinkt verlassen müssen. Ihr Leben bleibt bestimmt vom Zug der wilden Rentiere, der Karibu-Wanderherden.

Moderne, aus der Luft versorgte *Touristenquartiere stehen in einer* mit Markierungszeichen abgesteckten Wildnis. In der Indianer-Siedlung Edzo, hundert Kilometer nordwestlich von Yellowknife, liegen die Flugboote neben den Kanus. Ein Schild mit der Aufschrift „Edzo Air" weist auf diesen Wasserflugplatz am Großen Sklavensee hin. Von Yellowknife aus fliegen die kleinen Wasserflugzeuge Dutzende von Landestellen dieser Art an. Und in den Gaststätten der „Hauptstadt" kann man hier die raffinierteste französische Küche, dort noch Gerichte auf der Grundlage von Walroßtran finden.

Geologen schätzen, daß unter der Oberfläche dieses unübersehbaren Landes zwischen 12 und 75 Trillionen Kubikmeter Naturgas und bis zu sechs Milliarden Barrel Erdöl verborgen sind. Die Förderung dieser Schätze wirtschaftlich zu machen, ist die große Herausforderung, von deren Bewältigung es letztlich abhängen wird, ob die Northwest Territories wieder in ihre sagenumwobene Pioniervergangenheit zurückfallen, oder ob sie vom „Now Country", dem „Land des Heute", wirklich zum „Next Year Country", dem „Land der Zukunft", aufsteigen werden.



Scheinfirma eine Schleuse für Spionage?

W. KAHL, Karlsruhe

Eine angebliche Technologiefirma mit schwedischem Etikett hat in den vergangenen Jahren für den Ostberliner Geheimdienst in Niedersachsen als Schleuse für illegalen Transfer hochwertiger Sicherheitsgüter aus den USA und der Bundesrepublik Deutschland gedient. Das wurde bei den Ermittlungen gegen einen in der vergangenen Woche in einem hannoverschen Vorort gefaßten Ingenieur festgestellt (WELT vom 17. 9. 1984).

Der unter der Beschuldigung der Spionage festgenommene 65jährige ist schwedischer Staatsbürger deutscher Herkunft. Seine Wohnung hatte er als „Einkaufsbüro" einer angeblichen schwedischen Firma eingerichtet, ermittelte der Staatsschutz. Als Hauptsitz des Unternehmens wurde auf Briefbögen „Alingsa's", ein Ort an der schwedischen Westküste bei Göteborg, angegeben. In der Gemeinde existiert jedoch nach Angaben der Sicherheitsbehörden keine Firma, wie sie der Ingenieur in der Bundesrepublik angeblich vertreten hat. Außer Spezialisten des Bundeskriminalamtes untersucht die Steuerfahndung diese Konstruktion einer offensichtlichen Geheimdienstschleuse: Zahlte der Ingenieur Steuern und in welchem Land?

Dem gebürtigen Deutschen mit schwedischem Paß wird vorgeworfen, nicht nur Unterlagen über Rüstungsgüter, die Embargobestimmungen unterliegen, an den „DDR"-Geheimdienst weitergeleitet zu haben. Er soll auch Güter, die unter anderem für Funkanlagen vor allem im militärischen und nachrichtendienstlichen Bereich benötigt werden, in den Ostblock transferiert haben. Lediglich mit einem Briefbogen und dem Aufdruck einer schwedischen Firmenadresse sei es dem mutmaßlichen Firmenvertreter des Staatssicherheitsdienstes gelungen, in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland sogar jene mikroelektronischen Bauelemente zu erhalten, die für Militärs und Geheimdienste im Sowjetblock von großer Bedeutung sind. Sicherheitsexperten zogen aus den Ermittlungen, die noch nicht abgeschlossen sind, bereits den Schluß, gerade dieser Spionagefall könne beweisen, daß es bei den betroffenen Herstellern keine ausreichenden oder nicht genügend beachtete Sicherheitsbestimmungen gebe.

Rasch: Mißverständnis und Fehlinterpretation

„Keine Anerkennung Ost-Berlins als Hauptstadt"

HANS-R. KARUTZ, Berlin

FDP-Landeschef Walter Rasch, zugleich engster Koalitions-Vertrauter des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, hat gestern Mißverständnisse und Interpretationen über seine angebliche Forderung nach Anerkennung Ost-Berlins als „DDR"-Hauptstadt aufgeklärt und ausgeräumt. Rasch sprach von einer „Fehlmeldung" von dpa. Rasch bekannte sich nachdrücklich zum weiterhin gültigen Viermächtestatus für *ganz Berlin. Tatsache und von westlicher* Seite „nicht zu ändern", sei hingegen, daß die „DDR" Ost-Berlin als ihre Hauptstadt „etabliert" habe.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende, wichtigste Stütze des CDU-Minderheitssenats unter Richard von Weizsäcker und Zimmermann der CDU/FDP-Koaliton an der Spree, war am Montag in sämtlichen deutschen Medien, wenngleich nicht in der „DDR", mit der aufsehenerregenden Meldung zitiert worden, er habe zur Anerkennung des Ostteils der Stadt als Hauptstadt der „DDR" geraten und gefordert, dies als „Realität" anzuerkennen. Im Gespräch mit der WELT sagte Rasch gestern: „Dies ist eine Fehlinterpretation und ein Mißverständnis. Ich bin doch nicht töricht. Die Statusfragen Berlins beherrsche ich schließlich notfalls im Schlaf."

Rasch hatte sich, wie die WELT berichtete, am Montag in Bonn im *Beisein des Genscher-Vertrauten und* FDP-Sprechers Herbert Schmülling zu deutschlandpolitischen Vorstellungen der Berliner FDP geäußert.

Offene deutsche Frage

„Bei dieser Gelegenheit stellte mir ein Journalist die Frage, was ich zum Problem eines Kohl-Besuchs in Ost-Berlin zu sagen hätte. Daraufhin habe ich klar und deutlich erklärt, daß dies nur unter der Voraussetzung möglich sei, daß sich Ost-Berlin und Bonn vorher unmißverständlich darüber einig seien, daß dies zu keinen negativen statusrechtlichen Konsequenzen für Gesamt-Berlin führen dürfte. Wir beanspruchen nach wie vor – und das ist die existentielle Grundlage Berlins und West-Berlins vor allem – daß der Viermächtestatus der Stadt unangetastet fortbesteht." Nur deshalb könnten „wir mit Recht von der offenen deutschen Frage sprechen".

Rasch faßte seine Position auf Rückfrage der WELT nochmals zusammen, nachdem seine Korrektur der dpa-Meldung wegen des Wahlkampf-Engagements des FDP-Politikers im westfälischen Paderborn offenbar nicht ausreichend durchgedrungen war:

„1. Ich habe festgestellt, daß die DDR aus ihrer Sicht Ost-Berlin als Hauptstadt etabliert hat. Das ist nicht schön, aber wir können daran nichts ändern. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik von Bonn aus und die DDR von Ost-Berlin aus regiert wird. Das sind Fakten. Zudem haben die westlichen Alliierten auf dem Gebiet des Ostsektors Botschaften eingerichtet, allerdings mit dem Zusatz ‚bei der DDR', nicht Berlin. Die westlichen Botschaften verkehren mit dem DDR-Ministerrat, und sie schicken dazu keine Brieftauben.

Haltung der Berliner FDP

2. Aus meinen Worten ist nicht im geringsten zu schlußfolgern, ich hätte eine Anerkennung oder Akzeptierung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR gefordert.

3. Ich habe mich ausdrücklich gegen die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft ausgesprochen, weil der Verzicht auf die eine deutsche Staatsbürgerschaft die Frage nach dem Status der West-Berliner herausfordern würde.

4. Ich habe lupenrein die Haltung der Berliner FDP zu diesen Fragen wiedergegeben."

Noch am Montag nachmittag hatte Senatssprecher Winfried Fest nach Rücksprache mit Diepgen – er selbst nahm nicht Stellung – die Rasch-Meldung ohne Prüfung des tatsächlichen Kerns kritisch kommentiert: „Energien in der Deutschlandpolitik sollten sich mehr an praktischen Lösungen orientieren als am Versuch, klare Rechtspositionen zu diskutieren." Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU) warnte auch nach Aufklärung der Mißverständnisse auf Anfrage der WELT: „Es ist jetzt die denkbar schlechteste Situation, über Statusfragen Berlins zu reden."

Verliert Andreotti Parteiamt?

CSU dringt auf Ablösung als Vorsitzender der Europäischen Christdemokraten

DW. Bonn

Die Auseinandersetzung um den italienischen Außenminister Andreotti hat sich nach dessen „Klarstellungen" zur deutschen Frage auf eine andere Ebene verlagert: Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hält es für nicht mehr tragbar, daß Andreotti Vorsitzender der Europäischen Union der Christdemokraten (EUCD) bleibt. Theo Waigel, Landesgruppenchef, forderte gestern öffentlich die Ablösung des Italieners von seinem europäischen Parteiamt.

Waigel nannte Andreotti einen Vertreter des „historischen Kompromisses"; deshalb verwundere es auch nicht, daß er ausgerechnet vor einem kommunistischen Forum mit seinen umstrittenen Bemerkungen über das Ziel der deutschen Wiedervereinigung politische Freunde und Bündnispartner desavouiert habe. Als erfreulich, für Andreotti allerdings beschämend, nannte der CSU-Politiker die Reaktionen der Außenminister Dänemarks und Großbritanniens, die sich durch klare Stellungnahmen zum deutschen Wiedervereinigungsgebot von ihrem italienischen Amtskollegen distanziert hätten.

Kai-Uwe von Hassel, früherer Bundestagspräsident und stellvertretender Vorsitzender der EUCD, äußerte ebenfalls Zweifel daran, ob Andreotti im Führungsamt noch tragbar sei. Bei einer Begegnung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und evangelikalen Journalisten nannte es von Hassel unerträglich, daß Andreotti beispielsweise dem Grünen Abgeordneten Schily Stichworte für seine gegen die Präambel des Grundgesetzes gerichtete Kampagne geliefert habe.

SEITE 2:
Andreottis Nachbeter

Ungeachtet der Erklärung Andreottis, er habe das langfristige Ziel einer deutschen Wiedervereinigung nicht in Frage stellen wollen, blieben auch bei der Bundesregierung erhebliche Vorbehalte gegen den italienischen Christdemokraten bestehen. Rätsel gab insbesondere die Bemerkung Andreottis während seines Saudi-Arabien-Besuchs auf, er habe ähnliche Äußerungen wie die jetzt heftig kritisierten unter anderem während der EG-Außenministersitzung in Dublin getan, ohne daß ihm widersprochen worden sei. Bundesaußenminister Genscher hatte eine solche Darstellung von Anfang an bestritten. Bei der Begegnung Genschers mit Andreotti am Montag in Brüssel hat der Italiener seine Version „mit keinem Wort" erwähnt, wie aus der Umgebung des Bundesaußenministers verlautete.

Andreottis Erklärung, er habe mit seinem Pan-Germanismus-Vorwurf ausschließlich jüngste Ereignisse in Tirol gemeint, wurde von der österreichischen Regierung mit einem Fragezeichen versehen. Außenminister Leopold Gratz sprach von einem „verunglückten, aber menschlich verständlichen Versuch, gegenüber Bonn eine Rechtfertigung zu finden". Er, Gratz, halte das „für einen Vorwand und nicht für das, was der italienische Außenminister wirklich denkt".

Das Prager Parteiorgan „Rude Pravo" bescheinigte Andreotti gestern „politischen Realismus", da er die „Wiedergeburt des Revanchismus" verurteilt habe. Oppositionsführer Vogel (SPD) nahm die Regierung in Schutz, bekräftigte aber, daß Äußerungen wie die Andreottis zur Amtszeit der Kanzler Brandt und Schmidt nicht gefallen seien. Damals habe es aber „auch keine Sonntagsreden nach dem Muster von Zimmermann, Windelen, Dregger" gegeben.

„Für Bonn eine Stunde der Wahrheit"

hrk. Berlin

In einem von Erich Honecker selbst autorisierten und mit dem in diesem Falle üblichen Kürzel „A. Z." *gezeichneten Kommentar richtete die* SED-Spitze gestern schwere Attacken gegen Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Reaktion der „aufgescheuchten Bonner Mannschaft" auf die Äußerungen Andreottis sei für alle, „die sich einen gesunden Menschenverstand bewahrt haben, geradezu skandalös". Die jüngst bekundete „nahtlose Übereinstimmung in den Auffassungen eines Herrn Dregger und des Bundeskanzlers Kohl" seien schuld daran, daß „Selbstverständlichkeiten" wie die Geraer Forderungen der „DDR" noch nicht verwirklicht und damit unterlassen worden seien, „den Frieden sicherer zu machen".

In dem mit „Stunde der Wahrheit" überschriebenen Kommentar im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" heißt es weiter: Andreottis Feststellungen hätten offenbar „jene in Bonn ins Herz getroffen, die sich bisher noch nicht von überlebten Schlagwörtern trennen konnten, die sich zur Zeit des Beginns des kalten Krieges und der Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland die Obhutspflicht für alle Deutschen anmaßten".

Zugleich macht der von der Agitprop-Abteilung im Zentralkomitee verfaßte Kommentar deutlich, daß Ost-Berlin seine deutschlandpolitischen Forderungen künftig nachdrücklicher ins Spiel bringen will. Denn die von Andreotti aufgeworfenen Fragen seien von „eminenter Bedeutung gerade auch für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD". Die unüberhörbare Warnung an Bonn aus der SED-Führungsetage lautet:

„Man kann nicht für gute Beziehungen zur DDR sein und gleichzeitig in Aufregung geraten, wenn man hört, daß Regierungen anderer Völker dafür sind, daß es zwei deutsche Staaten gibt, daß vernünftige Beziehungen zwischen ihnen dem Frieden in Europa nutzen. Für Bonn ist es die Stunde der Wahrheit." Erstmals sprechen die SED-Autoren auch wieder davon, die „Anerkennung" der Realitäten sei die „Voraussetzung" für einen Dialog.

Wie sehr die Ost-Berliner Führung zustimmende Äußerungen zu Andreotti durch Politiker in der Bundesrepublik genießt, illustrierte gestern das SED-Blatt. Auf der Titelseite wurden Äußerungen von Egon Bahr („Drei von vier Forderungen der DDR akzeptieren") und Otto Schily („Präambel des Grundgesetzes ändern") abgedruckt.

Bei einem Essen für seinen bulgarischen Amtskollegen Grischa Filipow verwies der „DDR"-Ministerratsvorsitzende Willi Stoph auf die weiter vorhandene Gesprächsbereitschaft Ost-Berlins. Zur Politik der friedlichen Koexistenz und des „konstruktiven Dialogs" gebe es gerade in der zugespitzten internationalen Lage „keine vernünftige Alternative".

Nabelschau im deutschen Bundestag

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die 520 Abgeordneten des Bundestages wollen sich heute fünf Stunden lang ausschließlich mit sich selbst befassen. Es soll um die Verbesserung ihrer Arbeit und der Präsentation des Parlaments gehen. Denn viele Volksvertreter sind unter anderem mit dem Ablauf der Debatten unzufrieden, und in der Bevölkerung wird immer wieder teilweise mit scharfer Kritik auf die häufig leeren Bänke im Plenum hingewiesen. So mußte sich der Bundestag schon zweimal in diesem Jahr für beschlußunfähig erklären.

„Arbeitsziel" der Sitzung, so Barzel, soll es sein, daß möglichst viele Parlamentarier zu Wort kommen und keiner länger als zehn Minuten spricht. Um ernsthafte Anregungen zu sammeln und einen Streit zwischen den Regierungsparteien und der Opposition zu vermeiden, wird es keinen Koalitionszwang geben. Barzel: „Es soll jeder sein Blümchen pflanzen." Deshalb wird er die Sitzung auch nicht vom Präsidentensessel aus eröffnen, sondern als erster von seinem Abgeordnetenplatz aus das Wort ergreifen. Während der Debatte sollen alle Vorschläge aufgelistet werden. Sie werden danach der Parlamentsspitze und dem zuständigen Ausschuß oder einer noch zu bildenden Sonderkommission zur Realisierung überwiesen.

Zu den schon bekannten wichtigsten Änderungswünschen gehört, daß ein Drittel der Debattenzeit künftig „freien" Rednern (also nicht für von den Fraktionen benannte Sprecher) zur Verfügung stehen und sogenannte Kurzbeiträge vorgezogen werden sollen. Außerdem soll mit Bundesregierung und Bundesrat vereinbart werden, daß diese von ihrem nach der Verfassung zustehenden Recht, jederzeit das Wort ergreifen zu können, sparsamer Gebrauch machen. Darüber hinaus soll die Regierung nach Kabinettssitzungen die Möglichkeit erhalten, das Parlament im Plenum direkt über Entscheidungen zu unterrichten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wirtschaftsförderung soll kein Stiefkind mehr sein

Von UWE BAHNSEN

Als Bürgermeister Klaus von Dohnanyi kürzlich gefragt wurde, wann er denn wohl mit sichtbaren Erfolgen bei der „Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamburg" rechne, meinte der Regierungschef mit bemühtem Optimismus: „Die gibt es schon" und verwies sogleich auf das „Beispiel" eines großen Möbelunternehmens, das aus Kaltenkirchen in die Hansestadt umziehen wolle. Selbstbewußt beschied der Bürgermeister den Fragesteller: „Hamburg siedelt jedes Jahr eine ganze Reihe neuer Unternehmen an."

Dohnanyis Antwort hatte ein parlamentarisches Nachspiel. Der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Ove Franz wollte vom Senat wissen,



wann das bewußte Möbelhaus seinen „Standortwechsel" beschlossen habe, und wie die Wanderungsbilanz der Firmen von und nach Hamburg aussehe. Die Antwort der Rathausregierung liegt inzwischen vor und läßt Dohnanyi nicht sonderlich gut aussehen: Ob die Möbelmanager in Kaltenkirchen ihre Zelte abbrechen und auf hamburgischem Territorium wieder aufschlagen, steht dahin, denn noch verhandelt man. Und was die Bilanz der „Betriebs- und Arbeitsplatzverlagerungen von und nach Hamburg" angeht, so sind die Zahlen für den Bürgermeister und seine Senatsrunde alles andere als erfreulich: Es entscheiden sich mehr Firmen gegen als für die Hansestadt – in den drei Jahren von 1981 bis 1983 exakt 315 mit insgesamt 2435 Arbeitsplätzen. Demgegenüber siedelten sich nur 163 Firmen mit 693 Arbeitsplätzen in Hamburg an.

Für den Senat, aber auch für die Handelskammer und die Gewerkschaften sind diese Zahlen so bitter, weil sie die schleichende Auszehrung der Wirtschaftsmetropole Hamburg belegen, die seit vielen Jahren stattfindet. Jetzt endlich hat sich der Senat, dem Beispiel anderer Bundesländer folgend, zur Gründung einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungsgesellschaft aufgerafft, die am 1. November ihre Tätigkeit aufnehmen soll – eine GmbH, an der die Stadt mit 31 Prozent beteiligt ist. Weitere 20 Prozent hält die Hamburgische Landesbank. Gesellschafter sind überdies die Handelskammer, die Handwerkskammer und mehrere Banken und Sparkassen mit vorwiegend regionalem Zuschnitt, die zwar untereinander konkurrieren, aber im Hinblick auf Wirtschaftsförderung in Hamburg unisono die Auffassung vertreten: So wie bisher, geht es nicht weiter.

Gegen solche Kritik, die mit mancherlei komischen bis haarsträubenden Beispielen belegt werden kann, suchte sich die Rathausregierung dieser Tage in einer Mitteilung an die Bürgerschaft mit dem eher matten Hinweis zu verteidigen, „auch bisher" habe der Senat „mit Nachdruck Wirtschaftsförderung betrieben"; man könne „auf bedeutende Erfolge zurückblicken", und das sei „für andere Großstädte beispielgebend" gewesen.

Abhilfe soll nun die neue Gesellschaft schaffen, die einen Finanzbedarf von jährlich rund vier Millionen Mark haben wird. Als Geschäftsführer möchte die Stadt „eine hochrangige Persönlichkeit aus der Wirtschaft mit Erfahrungen im produzierenden Bereich" gewinnen. Auch die engeren Mitarbeiter dieses Managers wünscht sich der Senat aus der Wirtschaft, und zwar „mit langjährigen Erfahrungen in Unternehmensleitungen".

Das wird auch dringend nötig sein, denn das Feld, das es zu beackern gilt, ist steinig. Der Senat selbst ist sich über die „restriktiv wirkenden Probleme" völlig im klaren: Die Konkurrenzsituation zwischen Industrie- und Gewerbegebieten einerseits, Wohnbedürfnissen und Grünanlagen andererseits; das gestiegene Umweltbewußtsein und die erhöhten Umweltschutzanforderungen; höhere Nebenkosten für Ver- und Entsorgung und höhere Gewerbesteuern im Vergleich zum Umland.

Das gilt für jeden Ballungsraum; die Antworten freilich, die bislang speziell Hamburg auf diese Fragen und Herausforderungen gegeben hat, waren gewiß geeignet, unternehmerische Entscheidungen zugunsten der Stadt eher zu demotivieren.

„Rot-Grün – ein Verhängnis für die Saar"

Ministerpräsident Werner Zeyer zu Gast bei der WELT / Lob für die FDP, aber keine Leihstimmen

GEORG BAUER, Bonn

Der Realitätssinn seiner Landsleute ist nach Meinung des saarländischen Ministerpräsidenten sein größtes Kapital. „Ich halte es für höchst unwahrscheinlich", so erklärte Werner Zeyer angesichts der kommenden Landtagswahl am 10. März bei einem Besuch in der WELT-Redaktion, „daß sich die Saarländer eine Koalition links von der Mitte wünschen." Und, um die Politik seines Gegners im Kampf um das Amt des Ministerpräsidenten, des Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Oskar Lafontaine, gleich festzumachen, fuhr Zeyer fort: „Wenn Jo Leinen und Otto Schily für Ministerposten in einem Kabinett Lafontaine ins Gespräch gebracht werden, weiß man, welchen Kurs Lafontaine steuern wird."

Eine rot-grün gefärbte Politik aber, so ließ der 55jährige Landesvater durchblicken, wäre ein Verhängnis für die arg gebeutelte Wirtschaft des kleinen Bundeslandes der südwestlichsten Ecke der Bundesrepublik Deutschland.

Als Beispiel verwies Zeyer auf Saarlouis, wo seit den jüngsten Kommunalwahlen im Juni die Grünen das „Zünglein an der Waage" seien. Der im Zuge des Saarausbaus für die Wirtschaft dringend benötigte Hafen in der viertgrößten Stadt des Saarlandes, für dessen Bau sich die SPD einst stark gemacht hat, werde nun nach dem Einzug der Grünen in Kreistag und Stadtrat verzögert. Zeyer: „Hier versuchen wir, die SPD zum Schwur zu bringen." Es zeige sich, daß sich das anbahne, was sich in Hessen bereits ablesen ließe.

Hart attackierte der Ministerpräsident seinen Herausforderer, als er eine Charakterstudie Lafontaines entwarf. Dieser sei, so sagte Zeyer, im Grunde seines Herzens ein Demagoge, dem jedes Mittel recht sei, die Stimmung bei den Leuten zu entfachen. Mit Blick auf den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, der besonders in sicherheitspolitischen Fragen mehr als einmal die beißende Kritik eines Lafontaines zu spüren bekommen hatte, erklärte der Ministerpräsident, Lafontaine habe sich ohne Rücksicht beispielsweise auf Kosten der eigenen Parteifreunde profiliert. Im übrigen glaube er nicht, daß sein Gegenspieler das Stehvermögen habe, „das man in der Politik braucht, um in schwierigen Zeiten Dinge durchzusetzen".

Lobende Worte fand Zeyer hingegen für seinen Koalitionspartner FDP. Die ums parlamentarische Überleben kämpfenden Freidemokraten sollen von der CDU allerdings keine Leihstimmen erhalten. Zeyer: „Die FDP muß sich als Kraft selbst durchsetzen können." Gleichzeitig ließ er wissen, daß die FDP-Wähler im Saarland mehr als 80 Prozent konservativ-liberal seien, und man daher nicht ausschließen könne, daß potentielle CDU-Wähler zum Koalitionspartner abwanderten.

Im übrigen sei er aber davon überzeugt, daß die FDP dank der guten Figur, die der neue Wirtschaftsminister Horst Rehberger im Kabinett mache und dank der soliden Arbeit, die Rosemarie Scheurlen in ihrem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung leiste, die Fünf-Prozent-Hürde schaffen würde.

Wenn auch nicht rosarot, so malte der Ministerpräsident die Zukunft seines größten Sorgenkindes, des Stahlkonzerns Arbed Saar, doch in hoffnungsfrohen Farben. Noch einmal versicherte er, daß ohne die Rettungsaktionen von Bund und Land durch Subventionen und Bürgschaften in einer Höhe von mehr als drei Milliarden Mark das Saarland vor dem Ruin gestanden hätte. Doch seien dank der Sanierungsmaßnahmen mittlerweile Voraussetzungen geschaffen, die eine reelle Chance böten, in absehbarer Zeit schwarze Zahlen zu schreiben.

Im übrigen aber bemühe man sich mit Unterstützung des Bundes, der in den kommenden drei Jahren eine Strukturhilfe in Höhe von 300 Millionen Mark leisten will, den mittelständischen Bereich an der Saar zu verbessern, um den Personalabbau in der Stahlindustrie aufzufangen. Erfolge seien bereits sichtbar. Hätte in den 50er Jahren noch mehr als jeder zweite Saarländer in der Montanindustrie gearbeitet, so sei der Anteil der Beschäftigten im Handwerk heute höher als der Anteil der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Bergbau. Allein für die weggefallenen Arbeitsplätze bei den Saarbergwerken, die in den vergangenen 20 Jahren ihre Belegschaft von 65 000 um mehr als 40 000 heruntergefahren haben, hätte Ersatz beschafft werden müssen. Unter anderem bemühe man sich durch eine Gewichtsverlagerung an der zur Zeit noch geisteswissenschaftlich ausgerichteten Universität von Saarbrükken auf den naturwissenschaftlichen Bereich und durch ein sogenanntes Industrieflächen-Recycling um einen Aufbruch der monostrukturierten saarländischen Wirtschaft.

Hilfe im Wahlkampf wird Zeyer aus Bonn erhalten. Getreu nach dem Motto „Bund und Land – Hand in Hand" hat Bundeskanzler Helmut Kohl seinen Freund Wahlkampfhilfe versprochen. Schließlich hätte, so sieht es wohl auch der Bundeskanzler, eine gewählte Regierung links von der Mitte Auswirkungen auf die gesamte Bundesrepublik.

„SPD in Bayern ist nicht zeitgemäß organisiert"

Rothemund: Die drei Bezirke sollten in einem Landesbezirk aufgehen / „Wieder einmal tobt ein Hausstreit"

PETER SCHMALZ, München

„Bayerns Sozialdemokraten haben wieder einmal ein Thema", schreibt der Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Lutz im Pressedienst der bayerischen SPD-Bundesparlamentarier. Doch was wie eine Erfolgsmeldung klingt, erfüllt den fränkischen Politiker nach eigenem Eingeständnis „mit Seufzen", denn: „Wieder einmal tobt ein Hausstreit." Der Vorwurf von Lutz an seine Genossen zwischen Hof und Garmisch: Anstatt im Ringen mit dem politischen Gegner Profil zu gewinnen und sich „wieder in die große politische Debatte einzuschalten", quält sich der Landesverband neuerdings mit einer internen Kontroverse über die Parteiorganisation. Lutz-Kollege Ludwig Stiegler rügt die Debatte sogar als „überflüssig wie ein Kropf".

Ausgelöst wurde der Hauskrach durch einen fünfseitigen Brief des bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Helmut Rothemund an alle Funktionäre und 120 000 Mitglieder der Bayern-SPD, in dem er feststellt, die Sozialdemokratie im Freistaat sei nicht mehr zeitgemäß organisiert, und zugleich eine tiefgreifende Reform vorschlägt: Die drei Parteibezirke Franken, Südbayern und Niederbayern/Oberpfalz werden aufgelöst, der Landesverband fungiert künftig als politisch schlagkräftigerer Landesbezirk, die Unterbezirke werden räumlich den sieben bayerischen Regierungsbezirken angepaßt, und alle Landkreise und kreisfreien Städte erhalten SPD-Kreis- und Stadtverbände.

Die SPD dürfe nicht zu einer Honoratiorenpartei verkümmern, begründet Rothemund seinen Vorstoß, aus dem er sich ebenso eine Konzentration der finanziellen und personellen Kräfte vor Ort wie eine höhere politische Aktionsmöglichkeit des Landesbezirks verspricht.

Überraschung löste Rothemunds Vorschlag weniger durch den Inhalt als durch die Tatsache aus, daß sich überhaupt wieder einmal ein führender Sozialdemokrat an dieses Thema wagt, das Befürwortern bisher nur Blessuren eingebracht hat. Schon 1971 hatte der damalige Landesvorsitzende Volkmar Gabert mit Unterstützung seines damals bereits designierten Nachfolgers Hans-Jochen Vogel den Versuch unternommen, die Parteigliederungen neu zu strukturieren. Gabert zeigte sich damals ungehalten über die mangelhafte Kompetenz des Landesvorstands, der von sich aus nicht einmal ein Parteiausschlußverfahren beantragen kann. Die Initiative scheiterte am energischen Widerstand des fränkischen „Bezirksfürsten" Bruno Friedrich, der unüberwindbaren Beistand durch seinen politischen Ziehvater Herbert Wehner erhalten hatte.

Wehner ist inzwischen von der politischen Bühne abgetreten, und Friedrich hat sich – gesundheitlich angeschlagen – aufs politische Altenteil nach Straßburg zurückgezogen. Doch Rothemunds Brief mobilisierte ihn erneut: „Mit größter Entschiedenheit" wies er den Vorschlag des SPD-Landeschefs zurück und warf ihm vor, er habe damit in der bayerischen SPD „den größten innerparteilichen Konflikt nach dem Kriege ausgelöst". Unterstützt wurde Friedrich dabei vor allem von Bundestagsabgeordneten wie Lutz und Stiegler, was Reformbefürworter damit begründen, daß Bundestagsmandate bisher vor allem in den drei Bezirksvorständen ausgehandelt werden.

Rothemund hielt dagegen, die Frage der Organisationsstruktur könne sich „nicht an persönlichen Interessen einzelner orientieren", und setzte selbst ein persönliches Signal: Er werde nur noch bis 1987 Landesvorsitzender bleiben.

Kooperation mit Bulgarien geht weiter

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Trotz der Besuchsabsage des bulgarischen Staats- und Parteichefs Todor Schiwkow fand gestern planmäßig die achte Tagung der deutsch-bulgarischen Gemischten Kommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit statt. Die bulgarische Delegation wurde dabei von Außenhandelsminister Christo Christov geleitet. Bundeswirtschaftsminister Bangemann erklärte, der Bundesregierung liege angesichts der verschlechterten Ost-West-Beziehungen mehr denn je daran, „die in Handel und wirtschaftlicher Kooperation wirksamen positiven Elemente des Interessenausgleichs und vertieften Dialogs für eine auf Kontinuität und Berechenbarkeit gegründete Gestaltung der Gesamtbeziehungen nutzbar zu machen".

Seit 1982 hat sich der Handel zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik auf rund 1,7 Milliarden Mark stabilisiert. Das Defizit Bulgariens von mehr als 800 Millionen werde teilweise durch Einnahmen aus dem Tourismus und aus Transportleistungen ausgeglichen. Die Zahl der industriellen Kooperationsvereinbarungen ist auf 90 gestiegen.

„Rogers angetan von Rüstungsplanung"

dpa, Greißing

NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers ist von der Rüstungsplanung der Bundeswehr „sehr angetan". Nach einer Zusammenkunft mit Rogers in Greißing teilte Bundesverteidigungsminister Wörner mit, er habe den US-General über die Grundzüge der Planungen für die künftige waffentechnische Ausstattung der deutschen Streitkräfte eingehend ins Bild gesetzt. Über Einzelheiten, wie die Bundeswehr die Personalprobleme im nächsten Jahrzehnt bewältigen werde, habe er Rogers noch nichts Näheres mitteilen können, weil die Entscheidungen darüber erst Anfang Oktober fallen werden. Wörner wies darauf hin, Rogers sei auch schon von Generalinspekteur Wolfgang Altenburg über die Bundeswehrpläne unterrichtet worden. Besonders habe er sich mit dem NATO-Oberbefehlshaber auch darüber unterhalten, was die NATO zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft im nächsten Jahrzehnt benötige.

Die Teepausen der Briten stoppten bei Arnheim den Vormarsch der Alliierten

Von C. GRAF BROCKDORFF

Die Sonne schien heiß über den Niederlanden vor vierzig Jahren. Es war ein ungewöhnlich warmer Spätsommer mit strahlenden Tagen und dunstigen Nächten. Am 17. September holten die westalliierten Truppen unter General Eisenhower zu einem Schlag gegen das Deutsche Reich aus, der die Beendigung des Krieges in wenigen Wochen zu versprechen schien. 100 *Kilometer hinter der deutschen* Front setzten die Briten und Amerikaner drei Luftlandedivisionen bei Arnheim und Nimwegen in den Niederlanden ab. Es war das größte Luftlandeunternehmen der Kriegsgeschichte und blieb es auch bis zum heutigen Tag. Das Ziel war eindeutig: Mit der Wegnahme der Brücke über den Niederrhein bei Arnheim sollte den Alliierten das Tor nach Deutschland aufgestoßen werden. Die Sowjets verharrten damals noch an der Weichsel. Der Augenblick war historisch.

Der Erfolg der Operation hing davon ab, daß es gelingen würde, das britische 30. Korps unter Generalleutnant Brian Horrocks blitzschnell von Belgien heranzuführen, um die bei Arnheim und südlich davon gelandeten Fallschirmjäger zu ersetzen. Dafür gab es nur eine einzige, oft von Sümpfen gesäumte Straße, die über nicht weniger als fünf Brücken von Eindhoven nach Norden *führte. Darin lag das hohe* Risiko des Unternehmens, das Feldmarschall Montgomery bei der Entwicklung seines im Kern brillanten Plans eingegangen war.

Erich von Manstein, der deutsche Feldmarschall, war in anderen Lagen ähnliche Risiken eingegangen. Hohe Risiken müsse man tragen, wenn man wisse, daß man sie meistern könne, sagte er. Montgomery konnte sie nicht meistern. Wie sich bald zeigte, hatte er eine ihm bekannte Schwäche der britischen Armee der damaligen Zeit nicht in Rechnung gestellt: Das britische Heer war methodisch, neigte zu gründlicher aber langsamer Generalstabsvorbereitung und zeigte wenig Sinn für Dynamik und schnelle Entschlüsse. An diesem Mangel scheiterte die Operation „Market Garden", die vermutlich den Krieg sechs Monate früher beendet und möglicherweise der Nachwelt eine andere politische Karte Europas überlassen hätte.

Zermürbende Gefechte

Die britische 1. Fallschirmdivision sprang bei Arnheim fast auf den Gefechtsstand der deutschen Heeresgruppe B unter Feldmarschall Model. Dieser war ein Panzermann, *der sich den Ruf erwor*ben hatte, nie etwas anbrennen zu lassen. Er selbst organisierte sofort den Widerstand. In Arnheim wurden die britischen Fallschirmjäger in blutige und zermürbende Gefechte verwickelt, erreichten jedoch nichts. Erfolgreicher waren die 82. und 101. amerikanischen Luftlandedivisionen. Ihnen war es geglückt, alle wichtigen Brücken auf der Straße nach Eindhoven in die Hand zu bekommen bis auf die Brücke bei Son. Wenige Meter vor den nahenden Fallschirmjägern wurde sie von den Deutschen gesprengt.

Es sollte die Briten 36 Stunden kosten, eine Bailey-Kriegsbrücke nach vorne zu bringen und die Gardepanzer wieder in Bewegung zu setzen. Kaum war das geschehen, holten die Deutschen am 19. September zu einem Stoß auf diese empfindliche Stelle aus. Die soeben per *Eisenbahn aus dem Osten* herangeführte Panzerbrigade 107 unter Oberstleutnant Freiherr von Maltzahn griff die Son-Brücke über den Wilhelmina-Kanal an. Die Besatzungen der deutschen „Panther"-Kampfpanzer trauten ihren Augen nicht, als sie auf der Parallelstraße, 400 Meter entfernt, die Briten auf ihren Panzern sitzen sahen, rauchend und Tee trinkend. Dort hatte man erst wieder einmal eine Pause gemacht, so wie es Oberst Reuben Tucker von der amerikanischen 82. Luftlandedivision in Cornelius Ryan's Buch über die Schlacht beschreibt: „The british stopped for tea".

Alles umsonst

Maltzahns „Panther" näherten sich in abenteuerlicher Fahrt auf der schmalen Kanalböschung bis auf 150 Meter der Brücke, dann wurde der erste Panzer abgeschossen. *Aber nicht von den Briten, die* in der Sonne dösten, sondern von den beherzten amerikanischen Fallschirmjägern. Ihr Divisionskommandeur, Generalmajor Maxwell Taylor, nach dem Kriege US-Kommandant von Berlin, griff sich seinen Divisionsstab und stoppte den deutschen Angriff. Der hinter dem abgeschossenen Panzer auf der Kanalböschung stehende nächste „Panther" konnte nur noch mit Mühe an seinem Vordermann vorbei das nördliche Lager der Kriegsbrücke zerschießen.

Wieder waren viele kostbare Stunden zerronnen, ohne daß den *Fallschirmjägern bei Arnheim Ent*satz gebracht worden wäre. Zwei Tage später griff die Panzerbrigade 107 wenig weiter nördlich den Ort Veghel an. Direkt an der Straße zwischen Eindhoven und Arnheim. Das Gefecht in Obstgärten und Wäldchen dauerte von morgens bis abends, nördlich Veghel wurde die Straße erneut von den Deutschen eingenommen. Der Vormarsch des 30. Korps stand still. Am Abend sammelten die Deutschen von den Drehbühnen ihrer Panzer die Äpfel, die ihnen durch das offene Turmluk gefallen waren.

Nach neun Tagen gab Montgome*ry das Unternehmen auf. In dieser* Zeit hatten die Alliierten 17 000 Tote und Verwundete zu beklagen, die Deutschen 2500 Tote und etwa 7000 Verwundete. Die Alliierten hatten am ersten Tag ihrer Luftlandung 4700 Flugzeuge eingesetzt, darunter mehr als 2000 Maschinen für den Lufttransport. Das britische 30. Korps führte über 20 000 Räder- und Kettenfahrzeuge ins Gefecht. Es war alles umsonst. (SAD)

Mlynar warnt vor Explosionen im Ostblock

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Einen Ansturm unterdrückter sozialer Interessen gegen die erstarrte politische Struktur des „realen Sozialismus" – das sieht Zdenek Mlynar, während des Prager Frühlings 1968 ZK-Sekretär und enger Mitarbeiter von Alexander Dubcek, in näherer Zukunft für die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion voraus. Mlynar, der später der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" beitrat und sich inzwischen im Westen als Politologe einen Namen machte, erklärt in einer Studie unter dem Titel „Die sowjetischen Systeme nach Breschnew", eine wirkliche Auflösung der Widersprüche in den Ostblock-Gesellschaften sei erst dann möglich, wenn die politische Struktur sich in Richtung auf einen Pluralismus hin wandele. Die Formen dieses künftigen osteuropäischen Pluralismus würden anders sein als jene des We*stens. Die sowjetischen Systeme* hätten sich, so Mlynar, in den 70er Jahren konsolidiert, weil es ihnen gelungen sei, das Machtsystem der totalen Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens mit dem Eintritt in das Konsumstadium der Industriegesellschaften zu kombinieren.

Zur gegenwärtigen Situation in den Ländern des Ostblocks schreibt Mlynar, der politische Massenterror sei durch eine systematische politisch-polizeiliche Überwachung der Gesellschaft ersetzt worden. Diese Methode ersticke kritische und oppositionelle Tendenzen im Keim. Unmittelbare Repression und Einkerkerung richte sich nur noch gegen eine kleine Gruppe von Menschen. Dies schaffe eine Atmosphäre, die für die Formierung unterschiedlicher sozialer Interessen günstiger sei als in der Stalin-Ära.

Mlynar konstatiert eine wachsende „Privatisierung". Die Menschen verhielten sich „formal loyal" gegenüber *dem System, betrachteten* aber *ihren* privaten Bereich als eigentlichen Mittelpunkt in ihrem Leben. Auch der Jugend und ihrem Lebensstil habe das System Zugeständnisse machen müssen. Die sowjetischen Systeme bemühten sich, fachlich qualifizierte Menschen zu integrieren. Das Ergebnis sei eine Verstärkung nicht so sehr demokratischer als vielmehr technokratisch-autokratischer Systeme.

Die sowjetische Methode, die eigene Bevölkerung von der Außenwelt zu isolieren, habe, wie Mlynar schreibt, auch unerwünschte Folgen. Obwohl es keine Vergleichsmöglichkeiten gebe, entstünden „Illusionen und Mythen". Die meisten Menschen in den Sowjetsystemen seien ohnedies davon überzeugt, daß die offizielle Propaganda lüge. Folglich glaubten sie ihm auch dann nicht, wenn dieses wahrheitsgemäß über Krisenerscheinungen im Westen berichte.

Außerdem herrsche in den sowjetischen Gesellschaften eine „irrationale Auffassung" von Politik vor. Dadurch, so warnt Mlynar, nehme die Gefahr zu, daß sich die Menschen in Krisensituationen gleichfalls irrational verhalten. Mlynar wörtlich: „Die systematische Ideologisierung aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme verhindert deren rationale Analyse und Lösung." Dadurch verringere sich auch die Möglichkeit evolutionärer Veränderungen. Es wachse die Wahrscheinlichkeit plötzlicher Explosionen.

Englands streikende Kumpel hoffen auf einen kalten Winter

Keine Lösung des Konflikts in Sicht / Scargills Bergarbeiter-Front steht

FRITZ WIRTH, London

Seit 28 Wochen streiken nun die britischen Bergarbeiter und niemand, weder die Beteiligten noch die Ausgelieferten dieses längsten und härte*sten Arbeitskampfes* der britischen Nachkriegszeit, ist auch nur um ein Stück weiser. Die letzten Friedensverhandlungen brachen am Wochenende ergebnislos zusammen. Die Lösung des Konflikts scheint so fern wie am ersten Tag. Die Fronten sind eher noch härter geworden.

*Der Anlaß des Streiks ist die Ab*sicht der nationalen Kohlebehörde, 20 unwirtschaftlich gewordene Zechen zu schließen. Alle Schlichtungsbemühungen zwischen der Kohlebehörde und der Bergarbeitergewerkschaft scheiterten bisher an der Interpretation der Vokabel „unwirtschaftlich".

Ersatzwort gesucht

Die Bergleute sind nicht bereit, diese Vokabel zu akzeptieren. Für sie ist die Unwirtschaftlichkeit einer Zeche kein Kriterium zur Schließung, sondern eher Anlaß zu verstärkten Investitionen, mit denen diese Zechen wieder wirtschaftlich gemacht werden sollten.

Die Kohlebehörde ist der Meinung, daß diese unwirtschaftlich gewordenen Zechen für die britische Kohleindustrie eine unakzeptable Belastung geworden sind auf dem Wege zu einer rentablen Kohleförderung. Die Kohlebehörde hat in den bisherigen Verhandlungsrunden für das Wort „unwirtschaftlich" Ersatzvokabeln angeboten, ohne jedoch in der Sache Konzessionen zu machen. Sie wird dabei von der Regierung Thatcher unterstützt.

Seit dem Wochenende versucht die unabhängige Schlichtungsbehörde „Acas" die festgefahrenen Fronten aufzubrechen. Ob es gelingen wird, ist höchst fraglich. Beide Seiten haben sich zwar zu Gesprächen mit „Acas" bereiterklärt, haben jedoch zugleich wissen lassen, daß sie einen möglichen Schiedsspruch nicht akzeptieren würden.

Die Bergleute erlitten am Montag einen Rückschlag, als neun Gewerkschaften, deren Mitglieder die Kraftwerke bedienen, auseinandergingen, ohne konkrete Kampfmaßnahmen zur Unterstützung der Bergarbeiter zu beschließen. Sie haben sich lediglich zu Gesprächen mit der Bergarbeitergewerkschaft unter Leitung des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC bereiterklärt. Obwohl Bergarbeiterchef Arthur Scargill dies öffentlich als einen Erfolg feierte, muß diese Zurückhaltung und mangelnde Solidarität unter seinen Gewerkschaftskollegen für ihn eine Enttäuschung sein.

Der einzige Trost für Scargill: Seine eigene Streikfront ist relativ stabil. Die von der Kohlebehörde erwartete wachsende Flut streikender Bergleute zurück zur Arbeit hat nicht stattgefunden. Im Augenblick sind von insgesamt 174 Zechen nur 42 in Betrieb. Das ist die gleiche Zahl wie vor sechs Monaten.

Scargill und seine streikenden Bergleute setzen nun auf einen möglichst frühzeitig einsetzenden scharfen Winter, der die Kohlevorräte bei den Kraftwerken rapide schmelzen läßt. Wann dieser Krisenpunkt erreicht wird, ist umstritten. Unabhängige Beobachter meinen, daß er im Dezember kommen wird, Energieminister Peter Walker dagegen behauptet, daß die Vorräte mindestens noch bis Februar reichen.

Bisher 2000 Verletzte

Die bisherige Bilanz dieses Streiks ist deprimierend. Der Produktionsausfall seit Oktober 1983, als die Bergleute mit einem Überstundenstopp starteten, der dann im März dieses Jahres in den gegenwärtigen Streik mündete, beträgt 44,7 Millionen Tonnen. Der Lohnausfall der streikenden Kumpel für diesen Zeitraum wird auf 4000 Pfund (etwa 15 000 DM) pro Person veranschlagt. Der Einsatz von 7000 Polizisten, die seit März dieses *Jahres die arbeitswilligen Bergleute* vor Attacken ihrer streikenden Kumpel schützen, hat den Steuerzahler bisher 120 Millionen Pfund (rund 460 Millionen D-Mark) gekostet. Insgesamt wurden bei diesen Konfrontationen mit der Polizei vor den Zechentoren 5000 Bergleute vorübergehend verhaftet. Außerdem gab es auf beiden Seiten bisher 2000 Verletzte.

Gemeinsames Manöver bei Verdun

Fabius: Frankreichs Freiheitsraum ist nicht identisch mit Frankreichs Grenzen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Es gebe keine neuen Positionen in der französischen Sicherheitspolitik, versicherte Frankreichs Premierminister Laurent Fabius in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher für die nationale Verteidigung Frankreichs dem deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel". Die Redakteure des Blattes hatten, wie Gretchen im „Faust", die immer wieder bohrende Frage der Deutschen nach der Solidarität der Franzosen an ihrer Seite im Falle eines Angriffes aus dem Osten gestellt, vermutlich hoffend, der neue Mann im Palais Matignon könne anderen Sinnes als seine Vorgänger seit Michel Debre geworden sein. Dasselbe sagte Fabius am Montag morgen vor den hochkarätigen Hörern des Pariser „Institus für Hohe Studien der nationalen Verteidigung" in einer allen neuen Regierungschefs auferlegten Pflichtübung: Frankreichs Verteidigung bleibe national und unabhängig, denn, so Fabius, „was unser nationales Territorium und unsere vitalen Interessen angeht, kann und muß Frankreich nur auf sich selbst bauen".

Fabius sagte dies im Vorfeld einer bemerkenswerten deutsch-französischen Solidaritäts-Aktion und sentimentalen Aussöhnungsfeier, und das gibt seinen Äußerungen einen besonderen Anstrich. Am Donnerstag und Freitag dieser Woche üben zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche und französische Einheiten, eng miteinander verflochten, auf französischem Boden die gemeinsame konventionelle Abwehr eines Angriffs aus dem Osten. Und zwar auf geschichtsträchtigem Boden, in der lothringischen Ebene östlich der Hügelkette von Verdun, da, wo einst die Väter der Panzermänner und Panzergrenadiere im Kampf Mann gegen Mann Ströme von Blut vergossen. Diesmal „kämpfen" Deutsche und Franzosen Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind.

Das ganze Manöver soll, so wollen es die Planer in Paris und Bonn, weniger die längst geübte Zusammenarbeit auf Kompanie- und Bataillonsebene drillen als der Bevölkerung an Maas und Mosel zeigen, welch grundlegender Wandel *im Verhältnis* der beiden Völker eingetreten ist. Das ganze mündet übrigens in eine feierliche gemeinsame Totenehrung auf den Schlachtfeldern von Vaux und Douaumont vor François Mitterrand und Helmut Kohl.

In der dünnen Luft der politischen Strategie aber bleibt es bei den von Charles de Gaulle vor 25 Jahren gesetzten Maximen für die Sicherheit Frankreichs. „Eine überwiegende Anzahl von Franzosen gleich welcher politischen Familie akzeptiert das fundamentale Konzept der atomaren Abschreckung", sagte Laurent Fabius seinen Hörern. Atomare Abschreckung lasse sich nun einmal nicht teilen, müsse national sein, könne nur von einem Mann, dem Präsidenten der Republik, entschieden werden, könne nur Frankreich schützen und nicht als „atomare Garantie" auf jemand anderen ausgedehnt werden. Das, so Fabius, müßte die NATO für die Deutschen besorgen.

Der Regierungschef sprach in Paris aber auch von der „Solidarität mit unseren Alliierten", dem „zweiten Bein unserer Sicherheit", denn „Unabhängigkeit ohne Konzessionen" und „Solidarität mit den Alliierten" seien komplementär. Von der Kohäsion der Atlantischen Allianz hänge die Sicherheit Europas, also auch Frankreichs, ab. Frankreich habe die Allianz nie verlassen, betonte Fabius, und brauche deshalb auch nicht in sie „zurückzukehren" (in Wahrheit nahm de Gaulle sein Land 1966 aus dem *integrierten Militärapparat des Bünd*nisses heraus, in den es de facto nie zurückkehrte). Aber Fabius hatte ein besonderes Wort für den deutsch-französischen „strategischen Dialog". Er bezeichnete ihn als „historisch". Und er erwähnte, wie vor ihm wiederholt sein Verteidigungsminister Hernu, die Aufstellung einer „schnellen Eingreiftruppe" in Ostfrankreich sowie die Neugliederung des 3. Armee-Korps in Nordafrika (zusammen etwa 100 000 Mann) als Zeichen für den Willen Frankreichs, an der Seite der Alliierten und Freunde „die vitalen Interessen Frankreichs" auch jenseits der Grenzen des Landes zu verteidigen. Fabius sprach vom „Freiheitsraum" Frankreichs, der in seiner Vorstellung offenbar nicht identisch ist mit den Grenzen des nationalen Territoriums.

Bitow tritt in Moskau als „Held" auf

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Der aufrechte Sowjetmensch Oleg Bitow, von westlichen Geheimdiensten vor einem Jahr brutal aus Italien nach England verschleppt, ist als Einzelreisender ganz normal nach Moskau zurückgekehrt. Vor drei Wochen kaufte er sich in London ein Ticket und flog in die geliebte Heimat zurück. Listenreich war es ihm nämlich gelungen, das Vertrauen seiner Entführer und Drangsalierer zu gewinnen, so durch mehrere Veröffentlichungen, die ihn als Verräter an der Sowjetunion erscheinen ließen.

„Keine Gewaltandrohungen, keine noch so ausgefeilten Druckmittel sind in der Lage, einen sowjetischen Menschen auf die Knie zu zwingen", trumpfte der Held dieser abenteuerlichen Erzählungen gestern in Moskau vor der Presse auf. Der wortgewandte 52jährige Journalist Bitow hielt sich dabei sicherheitshalber an einen zehnseitigen Text, den er Wort für Wort rasch herunterlas. Mit bitterer Anklage in der Stimme und entschlossen um einen souveränen Eindruck bemüht, schilderte er sich als Kriegsgefangenen eines unerklärten Krieges westlicher Geheimdienste gegen die Sowjetunion.

Die Wochenzeitung des sowjetischen Schriftstellerverbandes, „Literaturnaja Gaseta", hatte ihren Abteilungsleiter für Auslandskultur im September vorigen Jahres zu den Filmfestspielen nach Venedig reisen lassen. Dort sei er eines Nachts mit einem „fürchterlichen Schlag ins Genick" überfallen und durch „psychotrope Spritzen" tagelang halb bewußtlos gehalten worden. Erst nach einer Woche will das Opfer in einem Hotel bei London wieder zu Verstand gekommen sein, hat aber vorher seine Peiniger, das Alitalia-Flugzeug und einen falschen britischen Paß klar erkannt, der ihn als David Lock ausgab. Man bedenke: *„Locked" heißt der* „Eingesperrte".

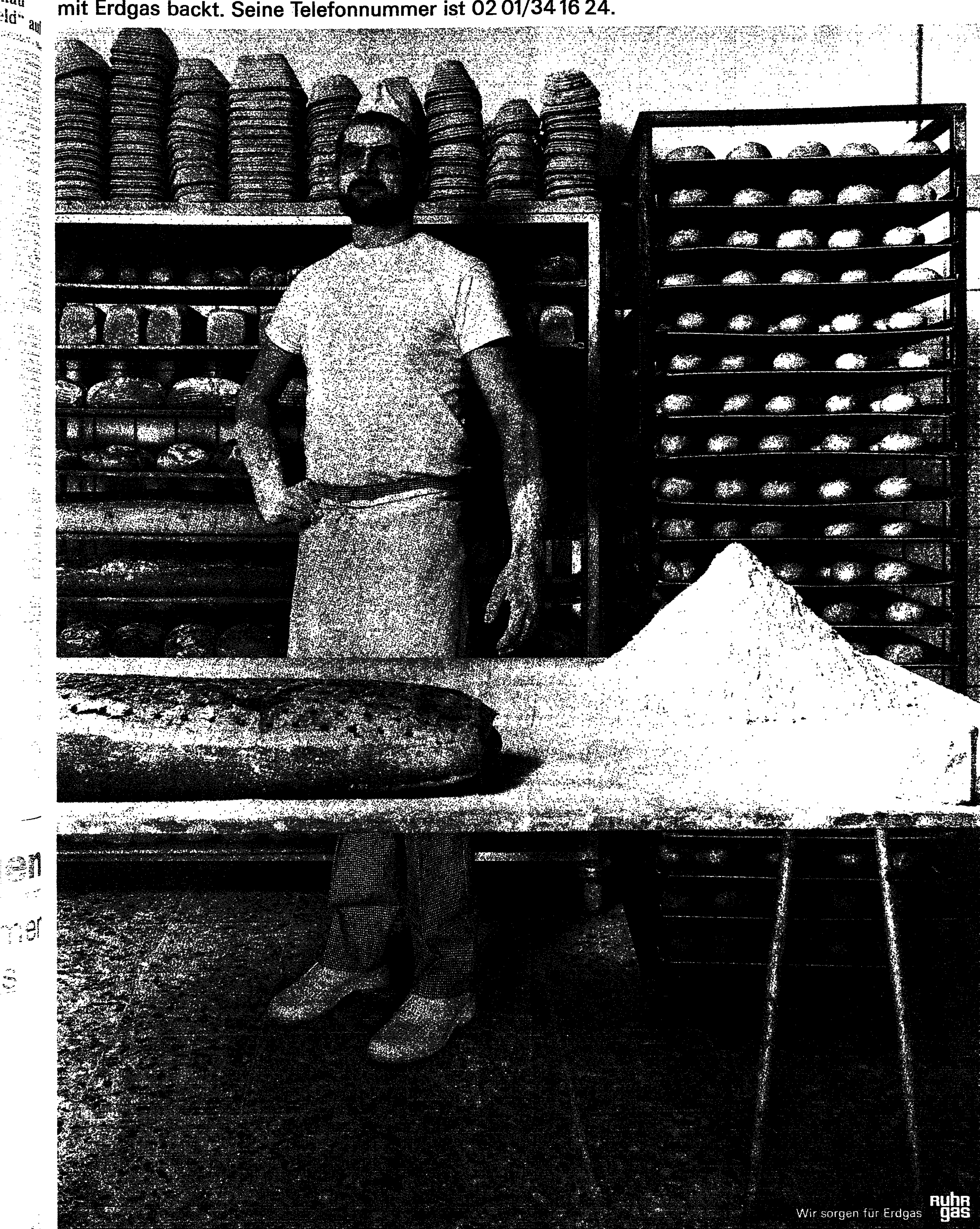
Bitow bezeichnete die Erklärung, mit der er seine Flucht in den Westen begründete, als „ein Machwerk, das vollständig vom britischen Geheimdienst stammte". Offener Widerstand sei so wenig in Frage gekommen wie Kapitulation: „Ich tat so, als sei ich zur Zusammenarbeit bereit." Ein solches Doppelspiel garantiere keineswegs den Erfolg, „hat aber, wie Sie sehen, manchmal ein glückliches Ende".

Von diesem Glück schien Oleg Bitow *nicht übermäßig erfüllt zu sein,* obwohl er es als völligen Unsinn zurückwies, daß er weder freiwillig noch allein zurückgekehrt sein könnte. Die Einladung, mit der er Frau und Kinder zu sich nach England holen wollte, versuchte er als raffinierte Kriegslist auszugeben: Er habe gewußt, daß er längst in Moskau sein werde, bevor eine Familienzusam*menführung möglich wäre.*

Es bleibt ihm noch zu erklären, warum er sich so lange im Westen aufhielt, obwohl er nach eigenem Eingeständnis volle Bewegungsfreiheit genoß. Darüber wird er in einem Buch und in der „Literaturnaja Gaseta" das Richtige sagen. Seine zahlreichen kritischen Äußerungen über die Kulturpolitik der Sowjetunion, mit denen er im Westen seinen Absprung begründet hatte, sprechen eine andere Sprache.

هكذا من الإعلان

Karl-Heinz Eicker, Bäckermeister in Essen, sagt heute allen Bäckern, warum er seine Brötchen mit Erdgas backt. Seine Telefonnummer ist 02 01/34 16 24.



Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz".

Günter Kunert erfand Geschichten um den „Blinden Richter" John Fielding

Dreitausend Stimmen im Ohr

Da sitzen sie in gemütlicher Runde am Kamin, trinken Portwein, schmauchen die Pfeife und reden und disputieren mit ideenreichen Gehirnen und fühlen sich rundum wohl in Englands „Augusteischem Zeitalter", jener Zeitspanne von etwa 1680 bis 1750, in dem die englische Literatur zum erstenmal seit Shakespeare wieder eine große Blütezeit erlebte. Henry Fielding gehört zur illustren Schar, der Kritiker und Essayist Samuel Johnson, sein Biograph James Boswell, der Maler William Hogarth und David Garrick, der nicht nur der berühmteste Schauspieler seiner Zeit war, sondern auch der eitelste.

Der Mittelpunkt dieses Künstlerzirkels aber ist Sir John Fielding, Halbbruder des Dichters und seines Zeichens Richter. Obwohl er das englische Justizwesen maßgeblich beeinflußt hat (er erfand den Steckbrief und richtete die erste Verbrecherkartei in der Kriminalgeschichte ein), ist über sein Leben so gut wie nichts bekannt. Selbst der „Encyclopaedia Britannica" ist er ganze sieben Zeilen wert.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts trat Sir John sein Richteramt in der Londoner Bow Street an; Raub, Mord, Vergewaltigung und Bandenkriminalität waren damals an der Tagesordnung. Da die 150 Polizisten für ganz London dem Verbrechen hilflos gegenüberstanden, waren harte Strafen das einzige Abschreckungsmittel. Fast täglich wurden Todesurteile vollstreckt, und glücklich konnte der Dieb sein, der „nur" nach Australien verbannt wurde.

Sir John setzte sich nun bei der Regierung dafür ein, daß die Zahl derjenigen, die mit der Verbrechensbekämpfung betraut waren, erhöht wurde – mit Erfolg. Noch eine andere Eigenschaft kennzeichnete Richter Fielding. Er hatte mit 19 Jahren sein Augenlicht verloren, wodurch vor allem sein Gehör zu außergewöhnlichen Aufgaben befähigt wurde: Rund 3000 Londoner Missetäter konnte er allein an ihrer Stimme erkennen.

Sir John Fielding ist Mittelpunkt einer 13teiligen Vorabend-Serie, die das Westdeutsche Werbefernsehen in Zusammenarbeit mit der „Windrose" in Hamburg produziert hat. Sie wird zeitversetzt in allen Regionalprogrammen zu sehen sein. 25 Londoner Kriminalfälle wurden aus zeitgenössischen Kriminalakten herausgesucht und Günter Kunert zur Auswahl gestellt. Er pickte sich dreizehn heraus und verfertigte daraus die Drehbücher.

„Das sind natürlich keine Fälle, mit denen sich Fielding tatsächlich beschäftigte", erklärt Claus Hubalek, Produzent der Serie „Der blinde Richter". „Uns ging es vielmehr um zeittypische Geschichten, die einen Eindruck von seiner Arbeit vermitteln." Deshalb nahm man es auch mit der Historie nicht allzu genau. Denn der *1740 geborene James Boswell* beispielsweise, der sich im Club, wo die Herren den neuesten Fällen lauschen, angeregt mit Henry Fielding unterhält, war bei dessen Tod im Jahre 1754 gerade vierzehn Jahre alt!

Der blinde Richter – Regionalprogramm West, 18.25 Uhr

Das juristische Sittengemälde aus dem 18. Jahrhundert jedenfalls ist rundum gelungen. Die Fälle sind zwar, verglichen mit den Kriminalgeschichten, wie sie der „Tatort"- und „Derrick"-verwöhnte Zuschauer kennt, eher simpel gestrickt und leicht durchschaubar. Aber es war auch gar nicht beabsichtigt, „Thriller" aus dem 18. Jahrhundert zu präsentieren.

Es geht um kleine Taschendiebe, Geldfälscher, Jugendbanden und unspektakuläre Mordfälle. Prominentester Angeklagter ist übrigens Casanova, der sich wegen einer angeblichen Vergewaltigung vor Sir John verantworten muß. Auch diesen Fall löst der blinde Richter souverän mit Spurenelementen von jenem detektivischen Scharfsinn, den sein Nachfolger Sherlock Holmes anderthalb Jahrhunderte später zur Perfektion entwickelte und mit dessen Hilfe er aus den verwirrendsten Irrgärten herauszufinden wußte.

Als Glücksfall darf die Besetzung der Titelrolle mit Franz-Josef Steffens angesehen werden. Der Hamburger Schauspieler sprang kurzfristig ein für Hans-Christian Blech, als dieser vor Drehbeginn erkrankte. Steffens, der den Produzenten als Dorfrichter Adam am Altonaer Theater auffiel, ist ein idealer Richter, auch wenn er nicht verschlagen und auf den eigenen Vorteil bedacht ist, wie Kleist den Rechtsverdreher darstellt. Eine imposante Erscheinung, ist er als Sir John besonnen und gütig, nicht ohne Humor und von leiser Ironie, wenn sich ein schlitzohriger Schurke allzu offensichtlich aus der Anklage reden will; von verstecktem, aber um so schärferem Zynismus, wo er mit aufgeblähtem Adel zu tun hat, für den „die kleinen Leute" schon aufgrund ihrer Herkunft Gesindel sind. Etwas Besseres, als vor diesem Richter zu stehen, kann keinem Angeklagten passieren.

Etwas Besseres, als diese Rolle zu erhalten, konnte auch Steffens nicht passieren. Es ist keinesfalls ausgeschlossen, daß ihm dieser Sir John zu einer Fernsehkarriere verhilft.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Eine offene Wunde

Hatte der italienische Außenminister Andreotti mit seinem unfrommen Wunsch, daß es für immer bei zwei deutschen Staaten bleiben solle, nur gesagt, was unsere Nachbarn in Ost und West in Wahrheit allesamt denken? Dieser Frage hatte **Kontraste** (ARD) nachgehen wollen, mit Berichten aus Frankreich, den USA, der Sowjetunion und Polen von der Diskussion über deutsche Frage und Wiedervereinigung in diesen Ländern. *Das Fazit: wenig erfreuliche* Klischees wurden aufgewärmt. Da ging das Gespenst „alter Ängste" vor Großdeutschland um, da war von Neutralisierungstendenzen, von der Aufweichung der NATO die Rede und von Revanchismus und Grenzkorrektur.

Die selbstgestellte Frage wurde nicht beantwortet. Gut unter den vier Reportagen war allenfalls der Beitrag aus Frankreich. Der Versuch, die Vielfalt der Diskussion über die deutsche Frage bei unseren Nachbarn – so selten sie dort stattfindet – darzustellen, gelang. Bestechend vor allem die klare Einordnung des ehemaligen Außenministers Jean François Poncet, daß alle politischen Kräfte mit Ausnahme der Kommunisten die deutsche Teilung als eine „offene Wunde" sehen, mit der sich das deutsche Volk nie abfinden werde. Was aus den USA und aus dem Ostblock berichtete wurde, flachte dagegen ab. Ein Chefredakteur, mag er auch das Ohr von Präsident Reagan haben, repräsentiert nicht das gesamte Meinungsspektrum. Und die Befragung von Passanten auf der Moskauer Gorki-Straße war wenig erhellend.

Auch der Versuch, zum Schluß eine Bilanz vorzunehmen, geriet daneben. *Die Wiedervereinigung ist mehr* als nur „ein Traum, den uns niemand nehmen kann". Sie ist klarer Auftrag des Grundgesetzes. Und diese Einordnung fehlte in der Sendung. gba

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Eine Art von Zorn
12.00 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wanderungen durch die DDR
Die Sächsische Schweiz
16.55 Denkste!?
Ein guter Lehrer (1)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Heimat
Chronik in elf Teilen von Edgar Reitz
2. Kapitel: Die Mitte der Welt – 1929–1933
21.50 Brennpunkt
Zu schnell, zu radikal?
Krebsoperationen an Frauen
Jedes Jahr erkranken *20 000* Frauen an Brustkrebs. Es ist die häufigste Krebstodesursache bei Frauen. Aber jede zweite kann gerettet werden – durch Krebsvorsorge oder um den hohen Preis einer Totalamputation. Fortschrittliche Gynäkologen beschäftigen sich seit Jahren mit Alternativen zur radikalen Operation: Bei Früherkennung von Brustkrebs genügt nämlich oft schon ein eingeschränkter Eingriff.
22.30 Tagesthemen
23.00 „Ich habe nie gesagt ..."
Mit Matthias Richling
23.45 Auf dem Weg zum Paradies
Reportage aus Khomeinis Gottesstaat
Von der Front im Sumpfgebiet bis zur heiligen Stadt Ghom hat sich das Land mit der Revolution eingerichtet. Die Macht der Mullahs ist stärker *denn je*, die Opposition ausgeschaltet, und Khomeini redet immer noch vom Export seiner islamischen Revolution. Jetzt aber sollen sich innerhalb der Regierung in Teheran die Leute durchgesetzt haben, die ihr Land wieder mehr zum Westen öffnen wollen.
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Der einsame Hof
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Das französische Jazz-Trio „Cathérine-Escoude-Lockwood"
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der lange Treck
Die Sklavenjäger
19.00 heute
19.30 Na, sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20.15 ZDF Magazin
Wiedervereinigung Deutschlands im Gerede – Interview mit dem CSU-Abgeordneten Hans Graf Huyn / Wohngeld für Rentner unzureichend / Lufthansa im Privatbesitz? / US-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick über Washingtons Politik in Mittelamerika
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Die 2
Das Geheimnis von Greensleeves
Lord Sinclair steht vor einem Rätsel: Irgend jemand hat sein Herrenhaus renoviert! Als er noch erfährt, daß ein Double für ihn gesucht wird, geht er mit Danny Wilde dem Rätsel auf die Spur.
21.45 heute-journal
22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Die rote Jungfrau
Die kommunistische Mystikerin Simone Weil starb im Alter von 34 Jahren im Londoner Exil an „einer Art Selbstmord". Georg Stefan Troller versucht in seinem Film aufzuzeigen, welche Ursachen der Freitod der Kommunistin hatte.
22.55 Sport aktuell
Fußball-Europapokal
0.20 heute

Eduard (Rüdiger Weigang) hat in Berlin seine Frau Lucie (Karin Rasenack) kennengelernt (Heimat – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
Ein Mann der Tat
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Errol Flynn u. a.
Regie: David Butler
23.55 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Deutsche Puppenbühnen
Bielefelder Puppenspiele
19.00 Neue Medien, neue Märkte, neue Macht (3)
Die Revolution unserer Arbeit
Von Dieter Prokop
19.45 Foto als Hobby
Der Umgang mit dem Foto (2)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Trinkbares Benzin – Deutscher Erfindergeist *in Nicaragua / Rotation* – Alptraum für grüne Prominenz / Die Reise lohnt sich – Wehrdienst und Berlin-Status
21.00 Berlin um 1900 (3)
Lebensgeschichten
21.45 Regisseure sehen den Krieg
Die Schlacht um San Pietro, USA *1944*
Es werde Licht, USA 1945
Von John Huston
23.10 Nachrichten

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg zum Kennenlernen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Das bißchen allein sein ...
20.15 Uhren und Zeiten
21.00 Duell in der Sonne
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Jennifer Jones, Gregory Peck, Joseph Cotten u. a.
Regie: King Vidor
23.05 Theater-Talk
Mit dem Schauspieler Hilmar Thate und Hildegart Eichholz
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Jubiläums-Rätsel
19.20 Christians Wanderbrettl
19.50 Das oberbayerische Lied und der Kiem Pauli
20.50 Zeitspiegel
21.35 Rundschau
21.50 Spiegelbilder
22.05 Die Schrecken des Krieges
23.00 Z. E. N.
23.05 Die Kunst der Geste
23.50 Rundschau
23.55 Gute Nacht, Sender!

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hoffnung auf Harmonie

Sehr geehrte Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 25./26. August bringen sie auf Seite 1 eine alle wirklichen Freunde des Berliner Philharmonischen Orchesters mit beglückter Hoffnung erfüllende Nachricht: „Versöhnen sich Karajan und die Philharmoniker?", um auf Seite 2 einen geradezu das Gegenteil propagierenden Artikel „Abschiedssymphonie" folgen zu lassen.

Gegen Zielrichtung und Inhalt dieses Beitrages von Reinhard Beuth, *der Ihrer bisherigen und insbesondere* der Berichterstattung von Klaus Geitel widerspricht, muß im wohlverstandenen Interesse des Orchesters selbst – aber auch des Ansehens von Berlin und seines Senates – mit großem Nachdruck Verwahrung eingelegt werden.

Es mögen an der Spree von allen Beteiligten Fehler, Unterlassungen und Überreaktionen in dieser für Berlin als Kulturmetropole geradezu *schicksalhaften* Auseinandersetzung gemacht worden sein; auch sind sicherlich beide Streitpartner – wie dies etwa bei Ehezwistigkeiten leider immer wieder vorkommt – keineswegs immer sehr zart oder liebevoll miteinander umgegangen. Aber wie es eben auch in einer Ehe zwischen kraftvollen Partnern geschieht, ist die Schärfe der Auseinandersetzung auch hier zugleich Ausdruck der beiderseitigen Zugehörigkeit und Abhängigkeit.

Der jetzige Appell des Herrn Beuth, just in einem Augenblick, wo eine Wiederversöhnung möglich scheint, gleicht der Haltung eines Scheidungsanwaltes, dem es mehr auf das Gewinnen seines Prozesses – hier also der Innehaltung von Satzung, Statut und Gesetz – ankommt als auf eine schiedlich-friedliche Lösung und Versöhnung.

Ich will auf einige Unwichtigkeiten oder auch Voreiligkeiten in der kraß einseitigen Stellungnahme (um nicht Parteinahme zu sagen!) hier nicht eingehen. Noch ist aber – Gott sei Dank! – trotz mancher betrüblichen Ankündigungen, Drohungen und Kündigungen nichts unwiderbringlich Endgültiges geschehen, das die – von Intendant Stresemann hingebungsvoll erstrebte – Wiederherstellung der Ehe Karajan/Philharmoniker verunmöglichen würde. Es ist bei naturgemäß besonders gefühlsbetonten Musikern einem solchen Ziel wenig dienlich, *das gewiß noch zarte Pflänzlein* keimender Vernunft und Bereitschaft zu neuer Zusammenarbeit dem Seziermesser senatoraler Juristerei auszusetzen. Dies um so weniger, als doch jener Senat (welcher Couleur auch immer!) seit langen Jahren im Berliner Musik- und Theaterwesen gewißlich keine immer nur glückliche, glückhafte oder auch nur gute Rolle gespielt hat.

Das Orchester hat sich aus wohlverstandenen Gründen das Institut des lebenslangen Chefdirigenten, sprich „künstlerischen Leiters", geschaffen. Auch dieser bewährten, alten Tradition gilt es jetzt bei allen Entscheidungen gerecht zu werden. Sie wurde ja eben getroffen, um zu verhindern, daß Störungen und Konflikte – gleich welchen Grades – zu Ehescheidungen führen, Scheidungen, wie sie die Laufbahn des von Herrn Beuth empfohlenen Lorin Maazel und vor allem sein jüngster Fortgang von Wien kennzeichnen.

Die Wiederherstellung oder besser gesagt die Befriedung der Ehe zwischen Herbert von Karajan und „seinen" *Philharmonikern sollte das* wichtigste Anliegen all derer sein, denen das Kulturleben Berlins und das Ansehen dieser Stadt in der gesamten Welt am Herzen liegen.

Dr. F. Friedensburg,
Freiburg-Munzingen

Haft in jedem Fall?

„Neue Gefängnisse oder Reduzierung der Strafen"; WELT vom 7. September

Das Problem der Überbelegung in den Vollzugsanstalten ist weder neu noch ist es auf das Bundesland Hessen beschränkt.

Wenn man sich die Entwicklung der letzten 10 bis 15 Jahre einmal verdeutlicht, so kommt man nur unschwer zu dem Schluß, daß die Überfüllung der Gefängnisse zwar immer schon „im Gespräch" war, daß man aber wohl sehenden Auges dieses heikle Thema immer weiter vor sich herschob. Mehrfach mußten deshalb sogar die Gerichte selbst einen „Vollzugsstopp" aussprechen.

Die Anstaltsüberfüllungen sind tatsächlich nicht Folge der Kriminalität, sondern der Strafpraxis!

So wurden in Deutschland neben der Geld- und Freiheitsstrafe nur in 13 Prozent der Bestrafungen andere Sanktionsformen gewählt, während beispielsweise in Großbritannien zu 30 Prozent, in Schweden zu 44 Prozent und in den USA gar bis zu 64 Prozent auf andere Strafmittel zurückgegriffen werden konnte (bei dieser Untersuchung wurden alle Delikte berücksichtigt, die keine gravierende Bedrohung oder Verletzung einer Person darstellen). Daß die Deutschen krimineller als etwa die Holländer oder die Schweden sind, wird allen Ernstes wohl niemand behaupten wollen.

Wenn das Problem aber gelöst werden soll, dann bestimmt nicht durch den Bau weiterer Gefängnisse, sondern zunächst einmal durch die Bereitstellung ausreichender „offener Anstalten", wie sie in den Paragraphen 10 I, 141 u. 147 StVollzG vorgeschrieben sind. Es ist doch traurig, wenn Abertausende hierfür geeigneter Gefangener nur deshalb den „geschlossenen Vollzug" übervölkern, weil die vom Gesetz für sie vorgeschriebenen „offenen Haftplätze" auch nicht annähernd vorhanden sind.

Auf lange Sicht wird die Gesellschaft doch weit mehr gefährdet, wenn in diesem bedenklichen „Mischvollzug" weiterhin wahllos „Führerscheintäter", „Unterhaltsentzieher" oder die kleinen Haschischkonsumenten u. ä. mit tatsächlichen Schwerkriminellen auf engstem Raum und unter gleichen Bedingungen „eingekerkert" werden. Hier wird nicht re-, sondern desozialisiert.

Sicher ist es nach wie vor richtig, *daß es „gefährliche Täter" gibt*, vor denen die Allgemeinheit geschützt werden muß. Aber auch nur auf solche Straftäter sollte sich der „geschlossene Vollzug" beschränken. Wie diese spezielle Tätergruppe aus *der großen Zahl der Verurteilten* herauszufinden ist, dürfte bei einer Gegenüberstellung der einzelnen Deliktsarten wohl nicht allzu schwierig sein, wobei sogar sog. „Grenzfälle" durch eine Stufenbehandlung „entschärft" werden können.

Wenn man zuerst einmal allein die Kurzstrafigen, deren Inhaftierung und Verwaltung stattliche 625 Mill. DM pro Jahr kostet, aus dem geschlossenen Vollzug abzieht und sie ambulanten oder offenen Behandlungseinrichtungen zuführt, so klärt sich die Frage, ob sich der Bau „steingewordener Riesenirrtümer" weiterhin lohnt, von selbst.

Von den 40 544 Personen, die 1982 zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden, erhielten 37,5 Prozent (= 15 201) eine solche bis 6 Monate, 14,4 Prozent (= 5827) bis 9 Monate und 13,4 Prozent (5448) bis 12 Monate, d. h. 65,3 Prozent aller zu Freiheitsstrafen Verurteilten mußten eine Strafe bis zu 12 Monaten antreten. Es genügt nicht, wenn man der vorgeschriebenen „offenen Vollzug" derart praktiziert, daß man in geschlossenen Anstalten Untergebrachte einfach formell zum „Freigänger" macht.

Mit freundlichen Grüßen
B. Schaaf,
Saarbrücken 1

Aufstand 1944

„Slowaken-Aufstand gegen die Deutschen"; WELT vom 4. September

Sehr geehrte Chefredaktion,

Herrn C. G. Ströhm gebührt ein aufrichtiger Dank, daß er sich Mühe machte, den „Slowaken-Aufstand gegen die Deutschen" vor 40 Jahren kurz und treffend zu skizzieren und dabei die Schuldigen, nämlich die slowakischen Kommunisten als Initiatoren dieses an sich – militärisch gesehen – sinnlosen Putsches, beim Namen zu nennen. Schade, daß der Autor des Artikels nicht erwähnte, *daß der Kommunisten-Aufstand* in der Slowakei sich nicht nur gegen den Einfluß der Nazi-Deutschen wehrte, sondern direkt gegen das Fortbestehen der Slowakischen Republik als souveräner Staat in Zentraleuropa richtete.

Es ist unglaublich und unverständlich, aber dennoch wahr, daß die slowakischen Kommunisten, zu denen schon damals Dr. Gustav Husák in führender Position gehörte, zu Verrätern an der Slowakischen Republik und somit zu Verrätern an der nationalen Souveränität des slowakischen Volkes wurden. Denn die Kommunisten haben nicht die Freiheit oder die Befreiung den Slowaken gebracht, sondern die Unfreiheit und die nationale Versklavung. Das Reden der Kommunisten von der Freiheit entpuppte sich sofort als Unterjochung durch die tschechische Fremdherrschaft, die „Befreiung" der Slowakei wurde zu einem tschechischen Protektorat.

Demnach bilden die slowakischen Kommunisten wohl die einzige KP in der ganzen Welt, die den Verrat an der nationalen Unabhängigkeit, also dem slowaksichen Staat, als solchen gutheißt und das politische Leben unter dem fremden Staatsgebilde, der „Tschecho-Slowakei", als „Befreiung" des slowakischen Volkes von Einflüssen des Dritten Reiches lobpreist.

Mit freundlichen Grüßen
Valentino Berko,
München 2

Privat billiger

„Privatisierung"; WELT vom 11. September

Wenn's ans Eingemachte geht, dann zeigt man seine Krallen. Als es bei der Veba im Gebälk kriselte, da wurde schnell nach der Privatisierung gerufen. Lag dies etwa daran, daß die Sozialliberalen am Ruder waren? Ich glaube es nicht. Vielmehr ist hier das Besitzstandsdenken noch im Vordergrund.

Wenn über die Verschuldung gesprochen wird, werden uns andere Länder vorgehalten, denen es schlechter geht. Geht es um die Arbeitslosen, dann muß wieder ein Land in die Alibi-Funktion springen. Wir sind aber nicht bereit, in das Land zu schauen, wo durch die Privatisierung der Bürger in den Genuß kommt, nicht nur preiswert zu fliegen, sondern auch preiswert zu telefonieren und mittels anderer Techniken billiger zu kommunizieren wie in Amerika. Durch die vielen privaten Luftfahrtgesellschaften und die dadurch straffere Organisation ist das Fliegen bald billiger als bei uns in Deutschland die Eisenbahn. Das Autotelefon in den Staaten kostet, auch als tragbare Ausfertigung, 28 Dollar, in Deutschland DM 280,-. Grundkosten für das Fernsehen gibt es in den Staaten überhaupt nicht, ebenso beim Fernschreiber.

Diese Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden. Auch die Bundesregierung muß sich der Gesellschaftsentwicklung innerhalb einer freien sozialen Marktordnung beugen und sich mit der Privatisierung aller staatlichen Unternehmungen befassen und sie einleiten.

Mit freundlichen Grüßen
C. Weidlich,
Berlin

Nur Vorwand

„Auch Schiwkow kommt nicht"; WELT vom 10. September

Die Bulgaren behaupten, sie könnten nicht nach Bonn kommen, weil die Bundesrepublik amerikanische Waffen aufgestellt habe. Aber die Verabredung, daß die Bulgaren nach Bonn kommen, fand ja zu einem Zeitpunkt statt, als die Waffen längst stationiert waren.

Curt Riess,
Zürich

Mit Kaffeesatz

„Zwei Widder regieren glückhaftig in Bonn"; WELT vom 12. September

Um Gottes willen, bringen Sie unsere doch zum Realismus verpflichteten Politiker nicht mit „Astrologie" in Verbindung, sonst verleitet es sie, in Bonn künftig womöglich aus dem „Kaffeesatz" zu regieren.

Mit freundlichem Gruß
Edgar Schmid,
Pforzheim

Rechtsstaat?

„DDR-Häftling Hilfe verweigert"; WELT vom 31. August 1984

Die Entscheidung der Braunschweiger Stadtverwaltung ist ein Skandal, aber leider kein Einzelfall. Derartige Fehlentscheidungen werden seit Jahren immer wieder, und dies in fast allen Bundesländern (egal von welcher Partei regiert), von Beamten getroffen, deren eigentliche Aufgabe es ist, nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) zu helfen. Einzige Ausnahme ist seit Jahren Berlin, wo man in der Regel schnelle und korrekte Entscheidungen wahrnehmen kann. Wenn die zuständigen Beamten in den Ländern dieses Häftlingshilfegesetz selbst nicht verstehen, aber es handhaben müssen, so sollte ihnen eine Hilfe gewährt werden, indem man diesen Personenkreis wenigstens zeitweilig auf einen Platz der Realitäten in Deutschland versetzt. Einige Monate Nachhilfe in der Nähe von Mauer-Minenfeldern-Stacheldraht und noch vorhandenen Todesautomaten würde sicher einer demokratischen Rechts- und Moralkunde nützlich sein.

Eine Verbindungsaufnahme vom Bund (BMI) zur Landesbehörde ist wirklich nicht mehr als „... leise die Meinung sagen". (Welche?) Die bundesweit tätigen Organisationen und Verbände, welche ehemalige politische Häftlinge betreuen, treffen sich in größeren Abständen, seit Jahren, mit dem Bundesinnenministerium (BMI). Eine Tagung ohne Klagen habe ich selbst noch nie erlebt. Die Flüchtlingsverwaltungen der Länder treffen sich jährlich mehrfach mit dem federführenden BMI. Hier wird in der Regel darüber nachgedacht, wie man das rechtsgültige Gesetz auf unterster Ebene unterlaufen und möglichst zuungunsten der Hilfesuchenden, am Rande einer Gesetzesänderung, umfunktionieren kann.

Menschen, welche, im anderen Teil Deutschlands *politisch verfolgt*, Jahre ihres Lebens Opfer von Willkür wurden und hinter Zuchthausmauern leben mußten, werden hier im freien und demokratischen Rechtsstaat oft genug dazu gezwungen, ihr Recht *erst vor einem Gericht* zu suchen, obwohl es ein rechtsgültiges Häftlingshilfegesetz gibt.

Ehrhard Göhl
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
Darmstadt

Wort des Tages

„Die Kluft zwischen den Generationen wird nie vollständig geschlossen werden. Aber sie muß überbrückt werden. Denn die Brücke zwischen den Generationen *ist für die Nation in* der Gegenwart von entscheidender Bedeutung; mehr noch, sie bildet die Brücke zu unserer eigenen Zukunft und damit in ganz wesentlicher Hinsicht zum Sinne unseres Lebens."

Robert F. Kennedy; amerikan. Politiker (1925–1964)

EHRUNGEN

Personalien

Die Wolfgang Döring Stiftung wird ihren Vorstandsvorsitzenden **Wolfram Dorn** am 21. September in Bad Godesberg mit einem nachträglichen Geburtstagsempfang ehren. Dorn, früherer Parlamentarischer FDP-Staatssekretär im Bundesinnenministerium, war am 18. Juli 60 Jahre alt geworden. Der Ehrenvorsitzende des Stiftungsvorstandes, der frühere Bundespräsident **Walter Scheel**, will beim Empfang die Laudatio halten. Dorn gehört den Liberalen seit 1948 an. Über die Kommunal- und Landespolitik kam er 1961 in den Bundestag, dem er bis 1972 angehört hat. In diesen Jahren war er unter anderem Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der FDP-Fraktion und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Seit den sechziger Jahren trat er auch mit zahlreichen Publikationen an die Öffentlichkeit, so mit den Büchern „Vorbereitung auf den Notstand", 1967, „Der Bundestag von innen gesehen", 1969, und „Machtwechsel in Bonn", 1970. In Kürze erscheint ein Lyrikband „1000 Jahre sind wie ein Tag", zu dem **Lew Kopelew** das Vorwort schrieb. Die Wolfgang Döring Stiftung befaßt sich mit der politischen Erwachsenenbildungsarbeit.

*

Papst **Johannes Paul II.** hat dem früheren langjährigen Geschäftsführer von „Studio Hamburg", **Claus Kühn** (56), die Würde eines Komturs vom Silvesterorden verliehen. Orden und Urkunde wurden Kühn am Wochenende in Osnabrück vom Bischof von Osnabrück, Dr. **Helmut Hermann Wittler**, überreicht. Dabei betonte Wittler, die hohe päpstliche Auszeichnung sei ein ausdrücklicher Dank für Kühns jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit im kirchlichen Dienst. Kühn, der in seiner Geburtsstadt Hamburg wohnt, ist Vorstandsmitglied des Diözesanpastoralrates Osnabrück und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), wo er der Sachkommisssion „Publizistik" angehört.

*

Der in Göttingen lebende Komponist Professor **Gerhard Schwarz** (82) erhält den von der niedersächsischen Landesregierung gestifteten und mit 10 000 Mark dotierten „Kulturpreis Schlesien 1984". Mit dieser Entscheidung einer Jury unter Vorsitz des Staatssekretärs im niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten, **Dieter Haaßengier**, wird das kompositorische Gesamtwerk des in Reußendorf (Kreis Waldenburg) geborenen Künstlers gewürdigt. Nach Angaben des Ministeriums wurde der Sonderpreis in Höhe von 5000 Mark der aus Kattowitz stammenden Schriftstellerin **Ruth Storm** zuerkannt, die heute in Wangen-Wittwais (Baden-Württemberg) lebt. Die jeweils mit 5000 Mark dotierten diesjährigen Förderpreise gehen an den aus Würgsdorf (Kreis Jauer) gebürtigen Maler **Konrad Mätzig** in Einbeck und den aus Bad Kudowa stammenden Schriftsteller **Ralf Thenior** (39), der zur Zeit in Hamburg wohnt. Der stellvertretende niedersächsische Ministerpräsident **Wilfried Hasselmann** wird die Preise am 17. November im Funkhaus Hannover des Norddeutschen Rundfunks übergeben. Mit dem „Kulturpreis Schlesien" würdigt das Land Niedersachsen seit 1977 jährlich hervorragende Werke der Literatur, der bildenden Kunst und der Musik.

*

Axel Svehla erhält den Bremer Förderpreis für Literatur. Die Auszeichnung in Höhe von 5000 DM soll am 11. Oktober verliehen werden. Den Preis erhält Svehla für seinen Roman „Spurensuche". Die Jury, so heißt es in einer Mitteilung des Bremer Senators für Kunst, „zeigte sich beeindruckt von der Könnerschaft, mit der aus Skizzen und Vorformen des vergangenen Jahres ein Roman vollendet wurde, der in wesentlichen Teilen eine überzeugende, geschlossene Leistung darstellt – Resultat intensiver Arbeit an Sprache, Stoff und Form des Textes". Die Jury sei der Meinung, daß die künftige Entwicklung des Autors zu Hoffnungen berechtige. Svehla, Jahrgang 1953, arbeitet gegenwärtig an einem zweiten Roman. Er lebt in Bremen.

NACHRICHTEN

Wessig besiegt Zhu

Nanjing (sid) – Fünf Wochen nach den Olympischen Spielen unterlag Hochsprung-Weltrekordler Zhu Jianhua einem weiteren deutschen Olympiasieger. Gerd Wessig („DDR"), der 1980 mit der Höhe von 2,36 m Gold geholt hatte, besiegte Chinas Star beim internationalen Meeting in Nanjing. Beide scheiterten an 2,33 m, Wessig hatte die geringere Zahl der Versuche. In Los Angeles hatte Dietmar Mögenburg Gold, Zhu Bronze gewonnen. Der Hamburger Diskuswerfer Rolf Danneberg war der einzige erfolgreiche Olympiasieger von 1984 am ersten Tag dieses von 140 Athleten aus 16 Nationen besuchten Sportfestes. Mit 62,58 m gewann er gegen eine schwache Konkurrenz.

Lauda zu Renault?

Paris (dpa) – Niki Lauda verhandelt mit Renault über einen Vertrag für das nächste Jahr. Der österreichische Grand-Prix-Fahrer, der kurz vor dem Gewinn seiner dritten Formel-1-Weltmeisterschaft steht, fährt zur Zeit für McLaren. Lauda soll bei Renault den Franzosen Patrick Tambay ersetzen. In Paris wurde die Summe von vier Millionen Dollar genannt, wenn Lauda unterschreibt.

Rekord unterboten

Fort Lauderdale/USA (sid) – Der Rekord der Heidelbergerin Steffi Graf, die sich 1982 mit 13 Jahren und vier Monaten in Stuttgart als bisher jüngste Spielerin für die erste Runde eines Tennis-Profi-Turniers qualifiziert hatte, ist unterboten worden. Der gerade 13jährigen Amerikanerin Mary Joe Fernandez gelang es, sich durch einen 6:4, 6:3-Sieg gegen ihre 33 Jahre alte Landsmännin Pam Teeguarden für die erste Runde des Turniers in Fort Lauderdale (USA) zu qualifizieren.

Ilie Nastase fehlt

Berlin (sid) – Der frühere Weltklasse-Spieler Ilie Nastase (38) fehlt im Aufgebot Rumäniens, das im Davis-Cup vom 28. bis 30. September in Berlin gegen die Auswahl des Deutschen Tennis-Bundes antritt. Nominiert wurden Andrei Dirzu, Adrian Marcu, Mihail Vanta und Mihnea Nastase, ein Neffe von Ilie.

Der kranke Ali

Dortmund (dpa) „Ich fühle mich immer ungewöhnlich müde, aber spüre keine Schmerzen. Ich weiß nicht genau, was es ist. Ich werde geduldig sein müssen, doch das ist eine Eigenschaft, die mir sehr schwerfällt." Dieses Geständnis machte der ehemalige Box-Weltmeister Muhammad Ali in einem Interview mit Radio Luxemburg. Ali geht in eine New Yorker Spezialklinik, um sich untersuchen und behandeln zu lassen. Der Arzt des Boxers bestätigte: „Es gibt bei ihm leichte Anzeichen des Parkinson-Syndroms. Wir glauben, daß diese Krankheit nicht vererbt wurde, sondern wirklich vom Boxen kommen könnte."

ZAHLEN

ROLLHOCKEY

Weltmeisterschaft in Novara (Italien), 4. Spieltag: USA – Deutschland 3:1, Italien – Chile 10:4, Brasilien – Niederlande 3:0, Spanien – Schweiz 8:2, Argentinien – Portugal 4:3 (Deutschland weiterhin ohne Punktgewinn auf dem letzten Platz, es führen Italien und Argentinien mit 8:0 Punkten).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 423 513,10, 2: 142 351,30, 3: 5846,00, 4: 108,40, 5: 8,30. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 11 157,10, 2: 348,80, 3: 29,40. – **6 aus 45:** Klasse 1: Unbesetzt, Jackpot: 197 010,95, 2: unbesetzt, Jackpot: 65 670,30, 3: 10 945,00, 4: 139,30, 5: 11,20. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 964,60, 2: 179,90. – Rennen B: Klasse 1: 117,00, 2: 21,60. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 470 338,40. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / 26 Stammspieler fehlen den deutschen Klubs heute bei der ersten Runde in den drei Europacup-Wettbewerben

Helmut Benthaus: „Wir dürfen nicht wie die Lämmer auf den Platz gehen"

MARTIN HÄGELE, Sofia

Der deutsche Fußball-Meister VfB Stuttgart spielt heute in der bulgarischen Hauptstadt gegen Levski/Spartak Sofia, gegen den Klub also, gegen den er im letzten Jahr aus dem UEFA-Cup ausschied. Bei seinem ersten Auftritt im Europapokal der Landesmeister muß der deutsche Titelträger auf sechs Stammspieler (Asgeir Sigurvinsson, Karl-Heinz Förster, Bernd Förster, Guido Buchwald, Hermann Ohlicher, Kurt Niedermayer und das Libero-Talent Rainer Zietsch) verzichten. Während des Fluges nach Bulgarien gab Ulrich Schäfer, der Geschäftsführer des Vereins, bereits die pessimistische Parole aus: „Jetzt hilft nur noch beten."

Steht der deutsche Meister also vor einem Debakel? Die WELT sprach mit Stuttgarts Trainer Helmut Benthaus (49).

WELT: Herr Benthaus, was sagt ein Trainer in einer solch prekären Situation zu seiner Mannschaft?

Benthaus: Die Engländer würden sagen, make the best of it (mach das beste draus). Weinen und Jammern wäre im Moment das allerverkehrteste. Denn wenn wir hier wie Lämmer auf den Platz gehen, dann kriegen wir eins auf die Kappe. Die Lage ist doch so, daß wir immerhin noch acht, neun Spieler aus unserem Stammkader haben und die Mannschaft mit zwei Amateuren auffüllten, zwei weitere Amateure auf die Bank setzten.

WELT: Wie behandeln Sie nun die Amateurspieler Achim Pfeil und Herbert Briem, die Sie einsetzen wollen?

Benthaus: Denen muß ich eine feste Aufgabe geben, und an ihrer Aufgabe müssen sie wachsen. Und man muß ihnen Selbstvertrauen vermitteln. Aber sicherlich ist es schwer, aus unserer Amateurmannschaft die richtigen Spieler auszusuchen. Man hat mit diesen ja nicht täglich zu tun.

WELT: Sie kommen als deutscher Meister nach Bulgarien mit einer Mannschaft, die an die Meisterelf kaum noch erinnert. Und sicherlich steht in diesem Europapokalspiel einiges vom Image der Bundesliga auf dem Spiel.

Benthaus: Glauben Sie mir, wir wären gern mit unserem besten Team angetreten. Jetzt spielen wir halt mit unserer zweitbesten Mannschaft. Das ist einfach eine Pflichtaufgabe.

WELT: Sie beabsichtigen Karl Allgöwer, ihren besten Torschützen, als Libero und letzten Mann zu nominieren.

Benthaus: Davon bin ich abgekommen, nachdem sich Hermann Ohlichers Einsatz zerschlagen hat. Denn dann müßte noch ein Unerfahrener (neben Briem) ins Mittelfeld, und für den jungen Klinsmann ist ein Europapokalspiel nach nur vier Bundesligaeinsätzen ja auch noch Neuland. Deshalb baue ich lieber einen weiteren Amateur als Vorstopper ein (Pfeil). Es gibt schließlich keine Mannschaft in der Welt, die ihre vier besten Leute hinten reinstellt und dann sagt, den Rest erledigt der liebe Gott. Soviel Druck könnte unsere Abwehr allein in Sofia auch gar nicht aushalten.

WELT: Woran liegt es denn, daß Sie im Augenblick ein so großes Lazarett haben? Wurde nicht richtig trainiert, hapert es beim VfB Stuttgart mit der ärztlichen Betreuung oder wird in der Bundesliga zu hart und rücksichtslos gespielt?

Benthaus: Kein Kommentar. Das ist *zum jetzigen Zeitpunkt eine dumme* Frage. Haben Sie bitte Verständnis, daß ich darauf jetzt nicht antworte.

WELT: Bayern München beklagt im Augenblick zwar ähnlich zahlreiche Verletzungen wie Ihr Team. Beim Pokalsieger konnte jedoch der personelle Notstand dank eines 27-Mann-Kaders aufgefangen werden. Ist die Profi-Abteilung des VfB Stuttgart mit 19 Spielern zu klein geraten?

Benthaus: Man kann nicht jede Extrem-Situation voraussehen. In der vergangenen Saison sind wir mit *18* Spielern Meister geworden. Diese Frage wird immer wieder auftauchen, sobald man Verletzte hat. Aber einmal angenommen, wir besäßen wie die Bayern 27 Spieler und alle wären fit, dann gibt es auch Kritiker, die fragen, warum spielen denn die anderen nicht.

WELT: An Neueinkäufe denken Sie nicht?

Benthaus: Nein, im Europapokal könnte man einen Neuen sowieso nicht einsetzen, und der Spieler, den wir brauchen könnten, ist im Moment auch nicht auf dem Markt.

WELT: Haben Sie selbst schon einmal *selbst so eine Verletzungsmisere* erlebt?

Benthaus: Im letzten Jahr mußten wir ebenfalls mit einer Rumpfmannschaft beim deutschen Meister Hamburger SV antreten. Wir haben den HSV im Volksparkstadion 4:3 nach einer Verlängerung aus dem DFB-Pokal geworfen. Die Situation war damals ähnlich, nur waren unsere Leistungsträger zu jener Zeit besser in Form.

WELT: Sie sind also trotz allem heute optimistisch?

Benthaus: Wir dürfen uns keine Angst machen lassen, auch wenn alle Welt so redet, als ob wir schon ausgeschieden wären.

WELT: Haben Sie Ihre Aufstellung schon im Kopf?

Benthaus: Das entscheide ich erst kurz vor dem Anpfiff.



Die vielen Verletzten machen Helmut Benthaus ratlos. Ist vielleicht falsch trainiert worden? Der Trainer: „Kein Kommentar." FOTO: WEREK

Stuttgart und Bremen im ZDF

DW. Bonn

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) wird heute abend ab 22.55 Uhr 85 Minuten lang Ausschnitte aus den Spielen Sofia – Stuttgart und Anderlecht – Bremen senden. Nach Angaben des Senders sind Verhandlungen über die Übertragung des UEFA-Pokalspiels des Hamburger SV in Southampton gescheitert.

Die Klubs der deutschen Bundesliga kämpfen heute auch um ihr Image, das sie in den letzten drei Wettbewerben verloren haben, als erstmal kein DFB-Verein das Viertelfinale erreichte. Dabei fehlen *den fünf Vertretern aus der Bundesrepublik* insgesamt 26 Stammspieler.

Neben dem arg gebeutelten VfB Stuttgart (siehe Interview) ist Pokalsieger Bayern München am stärksten betroffen. Gestern mußte Wolfgang Dremmler mit einem Muskelfaserriß das Training abbrechen. Er fällt 14 Tage aus. Allerdings haben die Münchner mit dem FK Moss (Norwegen) einen leichten Gegner.

Im UEFA-Pokal muß der 1.FC Köln in seinem Spiel gegen Pogon Stettin auf Steiner, Prestin, Geils, Strack und wahrscheinlich auch Littbarski verzichten. Bei Werder Bremen fehlt Reinders, bei Mönchengladbach (bei Dukla Bystrica/CSSR) sind Hannes, Schäfer, Rinnels, Herlovsen und Veh nicht dabei. Lediglich beim formschwachen Hamburger SV gibt es keine Ausfälle.

SPORTMEDIZIN / Diskussion um die Betreuung

Klümper: „Ärzte-Misere ist schuld an vielen Ausfällen"

sid/DW, Düsseldorf

„Unsere Ärzte sind eine inhomogene und zerstrittene Truppe. Deshalb fehlt es auch an einer Koordination zwischen den Fachbereichen Orthopädie und Physiologie sowie auf der anderen Seite zwischen Nationalem Olympischen Komitee, den Fachverbänden und Betreuungszentren." Dr. Thomas Wesssinghage, Europameister im 5 000-m-Lauf und Orthopäde in Köln, sieht einen direkten und ursächlichen Zusammmenhang zwischen dem Abschneiden der deutschen Leichtathleten und den betreuenden Ärzten. Gerieten die deutschen Sportmmediziner, verursacht durch die sogenannte Affäre um den Radfahrer Strittmatter, schon während der Olympischen Spiele in Los Angeles in Mißkredit, so kommen sie auch in der nacholympischen Bilanz nicht gut weg. „Einen Ausfall von 17 Leichtathleten in einer Olympiamannschaft darf es nicht mehr geben," forderte Helmut Meyer, der Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport, „was not tut, sind vor allem eine Weiterentwicklung des Untersuchungssystems und eine trainingsbegleitende Betreuung."

Über Mängel im sportmedizinischen Bereich herrscht allgemeine Einmütigkeit. Einig sind sich sogar der Freiburger Professor Armin Klümper („Die hohe Zahl von Ausfällen steht im Zusammenhang mit der Misere in unserem Ärztelager") und der an seiner Stelle nach Los Angeles entsandte Professor Hartmut Krahl, der Leiter des künftigen sportmedizinischen Instituts am Alfred-Krupp-Krankenhaus in Essen: „Die Sportmedizin hat große Versäumnisse aufzuarbeiten."

Uneinigkeit herrscht jedoch bei der Frage nach Ursachen und Schuldzuweisungen. Wessinghage verweist auf eigene Versäumnisse, auf Eitelkeit und Profilierungsdenken. Beweise für seine These liefern vor allem die Freiburger Professoren Keul und Klümper, die im Zusammenhang mit dem Dopingfall Strittmatter/Klümper öffentlich einen Kompetenzstreit austrugen. Außerdem macht Wessinghage, der selbst wegen unzureichender Diagnose nach einer Verletzung seine Olympiateilnahme verpaßte, die unzureichende Ausbildungssituation verantwortlich: „Es ist unbefriedigend, daß es bei uns noch immer keinen Ausbildungsgang zum Sporttraumatologen gibt."

Andere schieben die Verantwortung auf Sportverbände und Trainer: „Viele Athleten und Trainer haben meine Warnungen vor der enormen Belastung des dritten großen Wettkampfjahres in Serie in den Wind geschlagen", moniert Professor Klümper. Kollege Krahl ergänzt, daß viele Athleten vor der besonderen Belastung nach den kräftezehrenden Jahren 1982 (EM) und 1983 (WM) gewarnt worden wären, wenn Verbände die Ärzte besser in ihre Saisonplanung einbezogen hätten.

STAND ● PUNKT

Und noch ein Titelkampf

Bis zum Jahre 1965 gab es nur Olympia und Europameisterschaften in der Leichtathletik. 1965 kam der Europacup hinzu, 1966 folgten die ersten Europäischen Hallenspiele als Vorläufer der Hallen-EM, die 1970 ebenso wie die Junioren-EM debütierte. 1973 folgte der erste Europacup der Mehrkämpfer, 1977 die Weltcup-Premiere, 1983 die erste Weltmeisterschaft. Und gestern kam die Nachricht aus Paris, daß Frankreichs Hauptstadt vom 18. bis 20. Januar 1985 Schauplatz der ersten Hallen-Weltspiele in der Leichtathletik sein soll. In diesem Jahr hat er auch schon die Idee von der ersten Junioren-WM 1986 durchgeboxt.

Noch eine Veranstaltung, erfunden von Primo Nebiolo, Italiens Welt-Präsident, der eine Meisterschaft darin entwickelt, neue Meisterschaften zu entwickeln. Am Beispiel der deutschen Leichtathletik hat sich in den letzten Monaten ganz deutlich gezeigt, wohin es führen kann, wenn eine neue Veranstaltung wie die WM im Vorjahr den gewohnten Zyklus verändert. Dann wird die Leichtathletik zur Knochenmühle, werden Bänder, Sehnen und Muskeln extrem strapaziert – erst recht dann, wenn weder Verband noch Mediziner entsprechend vorbeugen.

Weniger ist manchmal mehr – ob der Erfindungskünstler Nebiolo auch einmal diese Entdeckung macht?

GERD HOLZBACH

NATIONALELF / Testspiele gegen die Junioren

Franz Beckenbauer holt Klaus Allofs wieder zurück

sid, Düsseldorf

Franz Beckenbauer überläßt nichts dem Zufall. Vor dem Sonderlehrgang *der Fußball-Nationalmannschaft* vom 23. bis 25. September in der Sportschule Hennef, den die Bundesliga-Manager kurzfristig genehmigten, erteilte der neue Teamchef seinem früheren Mitstreiter Berti Vogts einen Spezialauftrag. Vogts soll mit seinem Junioren-Team in zwei Testspielen das schwedische Nationalteam kopieren, das auf dem Weg zur Fußball-WM 1986 in Mexiko am 17. Oktober in Köln erster Qualifikationsgegner ist.

Beckenbauer selbst hat die Schweden beim 1:1 gegen Mexiko gesehen, Vogts beobachtete die Skandinavier im Juni beim 0:1 gegen Dänemark und am letzten Mittwoch bei der bitteren 0:1-Heimniederlage im Qualifikationsspiel gegen Portugal. „Eine weitere Niederlage dürfen sich die Schweden gar nicht erlauben. Das macht unsere Aufgabe nicht leichter", glaubt Vogts. Weiter meint er: „Normalerweise müßte unsere Nationalelf gewinnen. Aber wir bekommen Riesenprobleme, wenn wir so dumm sind, nur durch die Mitte zu spielen."

Geeignete taktische Mittel will Beckenbauer seinen 18 Kandidaten einbleuen, die er gestern nominierte und die sich am Sonntag in der Sportschule Hennef treffen. Für Montag sind zwei Testspiele mit verkürzter Dauer gegen die Junioren eingeplant.

Einziger Spieler im A-Team, der *noch auf seine internationale Premiere* wartet, ist der 22 Jahre alte Mönchengladbacher Uwe Rahn. Erwartungsgemäß holt Franz Beckenbauer *den Kölner Klaus Allofs zurück*, der vor dem Länderspiel gegen Argentinien (1:3) zunächst nicht berücksichtigt worden war und dann wegen einer Verletzung nicht nachnominiert werden konnte. Auch der Uerdinger Libero Mathias Herget, der nicht zum endgültigen Kader gezählt hatte, erhielt eine Einladung.

Es fehlt weiterhin der verletzte Kapitän Karl-Heinz Rummenigge. Außerdem wurden im Vergleich zu Beckenbauers erstem Aufgebot Strack, Littbarski, Engels (alle Köln), Schäfer (Stuttgart), Bockenfeld (Düsseldorf), Lux (Braunschweig), Kroth (Frankfurt) und Uli Stielike (Real Madrid) gestrichen.

Die A-Nationalmannschaft bleibt bis zum Dienstag mittag in der Sportschule Hennef, die auch vor dem WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden Vorbereitungs-Quartier sein wird. Franz Beckenbauer reist gleich weiter nach Mailand, um am Mittwoch erneut die Schweden zu beobachten und mit Italiens Trainer Enzo Bearzot über ein Länderspiel im Juni 1985 in Mexiko zu verhandeln.

Das Aufgebot der A-Nationalmannschaft: Tor: Schumacher, Stein. – Abwehr: Brehme, Bruns, K.-H. Förster, Frontzeck, Herget, Jakobs. – Mittelfeld: Bommer, Falkenmayer, Magath, Matthäus, Rahn. – Angriff: Allofs, Mill, Schreier, Völler.

SCHACH

Kasparow so schwach wie lange nicht

LUDEK PACHMAN, Moskau

Ist der junge Garri Kasparow (21) auf seinen Kampf gegen Schach-Weltmeister Anatoli Karpow (30) nicht so gut vorbereitet, wie man es hätte erwarten dürfen? Ist er gesundheitlich nicht ganz auf der Höhe? Zur dritten Partie des WM-Kampfes in Moskau erschien er eingehüllt in Mantel und Pullover. Seine Betreuer erklärten, er sei erkältet und habe leichtes Fieber. Deshalb habe er am Freitag auch seinen ersten Ruhetag genommen. Kasparow wählte dann jedenfalls einen Spielaufbau, der seinem Stil überhaupt nicht entspricht. *Im 12. Zug wagte er eine fragwürdige* Neuerung. Die Folge war eine passive und minderwertige Position, Zeitnot in einem frühen Stadium der Partie – und eine Niederlage nach Karpows 31. Zug. Der Weltmeister hat jetzt zumindest psychologische Vorteile. Kasparow jedenfalls hat seit Jahren keine Partie mehr so schwach gespielt.

Bei den vorangegangenen Spielen, die Remis endeten (Sieger des Kampfes ist, wer als erster sechs Siege erkämpft hat), war Kasparow zwischen seinen Zügen schon einmal lässig auf der Bühne des Säulensaals des Moskauer Gewerkschaftshauses hin und her gegangen. Diesmal blieb ihm dazu keine Zeit. Karpow, der am Ende *der Partie von den Zuschauern* stürmisch gefeiert wurde, genoß offenbar die Bedrängnis seines Gegners. Diesmal war er es, der Spaziergänge über die Bühne unternahm.

Die Notation (Weiß Karpow, Sizilianisch): **1.e4 c5, 2.Sf3 e6, 3.d4 cxd4, 4.Sxd4 Sc6, 5.Sb5 d6, 6.c4 Sf6, 7.S1c3 a6, 8.Sa3 Le7, 9.Le2 0-0, 10.0-0 b6,**

Bei diesem Aufbau hat Kasparow eine zwar feste, aber recht passive Stellung. Die Raumüberlegenheit im Zentrum ermöglicht es Karpow, dauerhaften positionellen Druck auszuüben. Also bestimmt keine geeignete Eröffnung für einen so aggressiven Spieler wie Kasparow.

11.Le3 Lb7, 12.Db3 Sa5?,

Das ist neu, aber offensichtlich unzureichend. Die bewährte Zugfolge ist 12... Sd7, 13.Tad1 Sc5, 14.Dc2 Dc7, 15.f4 Tfd8, 16.Lf3 Tac8 (Spasski – Karpow 1978).

13.Dxb6 Sxe4, 14.Sxe4 Lxe4, 15.Dxd8 Lxd8,

Da Txd8? an Lb6 scheitert, muß *Kasparow die Aufstellung* seiner Figuren verschlechtern. Eine Folge des schwachen 12. Zuges.

16.Tad1 d5?,

Für diesen Zug, der einen Bauern kostet, verbrauchte Kasparow volle 50 Minuten seiner Bedenkzeit. Sicherlich haben ihm die Positionen nicht gefallen, die sich ergeben aus: *16... Le7, 17.Lb6 Sb7, (Sc6, 18.Lc7)* 19.Sb1. Oder: 16... Sf6, 17.Ld4 e5, 18.Lb6. Oder: 16... Lc7, 17.Sb1 nebst Sc3. Schwarz ist auf eine völlig passive Verteidigung angewiesen. Und gerade das mag Kasparow nicht. In der Partie bekommt er für den Bauern so gut wie keinen Ersatz.

17.f3 Lf5, 18.cxd5! ...

Einfacher als 18.g4 Lg6, 19.cxd5 exd5, 20.Txd5 Sc6 und es droht Sb4.

18... exd5, 19.Txd5 Le6, 20.Td6 Lxa2, 21.Txa6 Tb8, 22.Lc5 Te8, 23.Lb5...

Mit Tempogewinn wird der Bauer b2 geschützt. Damit ist die Partie bereits gelaufen.

23... Te6, 24.b4 Sb7, 25.Lf2 Le7, 26.Sc2 Ld5,

Andere Züge sind nicht stärker: 26... Lb3?, 27.Sd4 Txa6 (Te5, 28.Sc6), 28.Lxa6 Ld5, 29.Lg3. Oder: 26... Txa6, 27.Lxa6 Sd8, 28.Te1 usw.

27.Td1! Lb3, 28.Td7 Td8, 29.Txe6 Txd7, 30.Te1! Tc7, 31.Lb6 Aufgabe.

Nach Txc2, 32.Txe7 Sd6, 33.Lc5 verliert Schwarz eine Figur.

Koalition akzeptiert Blüms Entwurf

● Fortsetzung von Seite 1

verfassungsgemäß. Nach dem Urteil von Experten ist das Modell der Hinterbliebenenrente mit Freibetrag weniger verwaltungsaufwendig als das einst von der SPD verfochtene Teilhabemodell. Dieses Modell, das die sozial-liberale Koalition nie als Gesetzentwurf präsentierte, weil sie sich über den Teilhabesatz nicht einigen konnte, sah vor, beim Tod eines Ehepartners beide Anwartschaften der Altersversorgung zusammenzulegen und von dieser Summe dem Hinterbliebenen einen bestimmten Teilhabesatz zu zahlen. Nachteil: Je höher dieser Satz, um so kostspieliger ist es für die Rentenversicherung; je niedriger er ist, um so mehr sind vor allem erwerbstätige Frauen gegenüber geltendem Recht benachteiligt. So wäre erst ein Teilhabesatz von 65 Prozent kostenneutral; es würden aber zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen gegenüber geltendem Recht schlechter gestellt.

Im übrigen wird bei dem Modell des Bundesarbeitsministers der Freibetrag von anfänglich 900 Mark dynamisch an die allgemeine Bemessungsgrundlage gekoppelt; er steigt damit genauso wie die Renten. Hinterbliebene mit eigenen Rentenansprüchen, die einmal unter der Freigrenze liegen, bleiben also immer darunter.

Blüm ist es im übrigen auch gelungen, den einzig wirklichen Nachteil seiner Lösung auszuräumen und die Situation jener Witwen zu verbessern, die wegen der Erziehung ihrer Kinder keine eigenen Rentenansprüche erworben haben und nach dem Tode ihres Mannes nur 60 Prozent Witwenrente erhalten. Die Fraktionen haben deshalb auch der Einführung des Babyjahres zugestimmt. Es sieht pro Kind ein mit 75 Prozent des Durchschnittseinkommens bewertetes Versicherungsjahr vor. Dieses Erziehungsjahr würde nach gegenwärtigem Stand für jedes Kind eine Rentensteigerung von monatlich 24 Mark bedeuten.

Wie verlautet, wurde in den gestrigen Fraktionsgesprächen auch eine mögliche Erhöhung der Beiträge für die Rentenversicherung erörtert, und zwar um zwei Zehntel Prozentpunkte von bisher 18,5 auf 18,7 Prozent. Für die Beitragszahler soll diese Erhöhung kostenneutral gestaltet werden.

Berliner SPD fordert neue Transit-Übergänge

Apel erwägt Treffen mit Honecker / Wahlprogramm vorgelegt

hrk. Berlin

Die Berliner Sozialdemokraten wollen unter ihrem Spitzenkandidaten für das Amt des Senatschefs, Hans Apel, Berlin als „Leuchtfeuer" in Richtung Osteuropa und der „DDR" herausstellen. Wenn es nicht gelinge, Berlins Funktion auf diese Weise darzustellen, werde die Stadt vor „Problemen" stehen, sagte Apel gestern bei der Vorstellung des SPD-Wahlprogramms. Am 28. September will Apel sein Wahlkampf-Team präsentieren. Mit Anke Martiny-Glotz (Schulwesen) befindet sich in dem vorgesehenen Sextett lediglich ein Import aus Bonn.

Nach den Worten Apels bestreitet die Berliner SPD (1981 unter Hans-Jochen Vogel: 38,4 Prozent) ihren Wahlkampf für den 10. März 1985 mit den Schwerpunkten Arbeitsplatz-, Umwelt- und Sozialpolitik. „Berlin besitzt im Wettkampf der Systeme eine besondere Funktion", betonte Apel gestern. Das Programm arbeitet das noch immer vorhandene typische Berlin-Profil der SPD heraus:

„Gestützt auf das Vertrauen der Berliner haben wir Sozialdemokraten seit dem Krieg die Freiheit unserer Stadt gesichert. Mit Ernst Reuter und Franz Neumann haben wir Drohungen und äußeren Druck überstanden, in enger Zusammenarbeit und festgefügter Freundschaft mit unseren westlichen Schutzmächten, die auch heute die Grundlagen unserer Sicherheit garantieren." Mit Willy Brandt habe die SPD die Entspannungspolitik entwickelt „und gegen den härtesten Widerstand der CDU durchgesetzt". Die Berliner SPD appelliere an beide Weltmächte, gestützt auf die konkreten Entspannungserfahrungen mit dem geteilten Berlin, einen neuen Versuch weltweiter Kooperation zu wagen".

„Berlin nicht übergehen"

In der Deutschlandpolitik dürfe Berlin „nicht übergangen" werden, heißt es weiter in dem Papier. Kritisch merkt die SPD das Bonner Versäumnis an, bei den Gesprächen von Staatsminister Jenninger in Ost-Berlin auch für die Berliner verbesserte Reise- und Besuchsregelungen „durchzusetzen".

In sieben Punkten benennt die SPD einige Themen, die zu „Verbesserungen für die Menschen in Ost und West" führen sollen:

- Schrittweiser Abbau aller Hemmnisse, die die Kontakte zwischen den Deutschen in Ost und West behindern.
- Abschluß eines Umweltschutzabkommens.
- Vergünstigungen für Berliner Produzenten, die in die „DDR" liefern.
- Abbau von Feindbildern, gemeinsames Programm für die „Friedenserziehung"
- Geregelte Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer.
- Schaffung neuer Transitübergänge an der Stadtgrenze, Abschluß eines Luftverkehrsabkommens, Züge mit Intercity-Qualität zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet.
- Gemeinsame Überlegungen für die 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987.

Bölling in der Mannschaft

Apel weigerte sich gestern, sein Wahlkampfteam zu benennen, das er am 28. September im Rathaus Schöneberg präsentieren will. Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß diesem Sextett auch drei Politikerinnen angehören werden. Lediglich die bayerische Bundestagsabgeordnete Anke Martiny-Glotz, Ehefrau des SPD-Bundesgeschäftsführers, ist neben Apel der einzige Bonner Import.

Der Apel-Mannschaft gehören außerdem der in Berlin lebende ehemalige Regierungssprecher von Helmut Schmidt und Ständige Vertreter in Ost-Berlin, Klaus Bölling, der Berliner SPD-Vorsitzende Peter Ulrich, SPD-Fraktionsgeschäftsführer Gerhard Schneider sowie die Sozialstadträtin in einer CDU-Hochburg, Ingrid Stahmer, und die zum rechten SPD-Flügel zählende Betriebsrätin von SEL, Marga Wollschläger, an.

SPD-Kandidat Apel trifft im Verlauf der kommenden Wochen möglicherweise mit SED-Chef Honecker in Ost-Berlin zusammen. Diese Möglichkeit wurde von ihm kürzlich in kleinem Kreis mitgeteilt. Unterdessen werden die davon unabhängigen Kontakte führender Berliner SPD-Politiker wie Harry Ristock mit SED-Politbürmitgliedern wie Häber in Kürze fortgesetzt. Über Termine und Inhalte werden Senatskanzlei und Alliierte informiert.

USA: Neue Warnung an Managua

Erwerb von MiG 21 würde Nachbarländer bedrohen / Junta-Chef bestätigt Kaufabsicht

DW. Washington/Bonn

Die US-Regierung hat ihre Warnungen an Nicaragua verschärft, sowjetische Abfangjäger vom Typ MiG 21 zu kaufen. Der Erwerb solcher Flugzeuge würde eine „vermehrte Bedrohung" für die Nachbarländer darstellen und das Kräfteverhältnis in der Region stören, erklärte der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, John Hughes, in Washington.

Hughes betonte, die sandinistische Regierung wisse „sehr wohl", was Washington von diesem Vorhaben halte. Auch Vizepräsident George Bush hatte einen Erwerb sowjetischer Kampfflugzeuge als ein „beispielloses" Ereignis für die Region bezeichnet. Zugleich ließ Präsident Reagan bekanntgeben, daß er dieses Thema bei seinem Treffen mit Gromyko ansprechen werde.

Der sandinistische Regierungschef Daniel Ortega hat inzwischen die am *Montag* von der *„Washington Post"* veröffentlichten Äußerungen seines Bruders und Verteidigungsministers Humberto Ortega über den beabsichtigten Kauf der MiG 21 bestätigt. „Wir haben das Recht, Kampfflugzeuge zu kaufen, um die Angriffe von Flugzeugen abzuwehren, die die CIA gegen uns schickt", sagte Ortega in Managua. Hätte Nicaragua bei dem jüngsten Luftangriff der „Contras" auf die Kaserne Santa Clara im Norden des Landes schon Abfangjäger gehabt, so hätten die drei Maschinen vom Typ „Cessna" abgeschossen werden können, und „noch mehr Nordamerikaner wären möglicherweise getötet worden", meinte der Sandinistenführer. Bei dem genannten Luftangriff auf Santa Clara hatte die nicaraguanische Armee einen Hubschrauber abgeschossen, wobei zwei US-Söldner getötet wurden.

Humberto Ortega hatte in Mexico angekündigt, Nicaragua wolle sich um den Ankauf von MiG-21-Kampfflugzeugen für seinen neuen Militärflughafen bemühen. Er gab bekannt, daß einige Dutzend Piloten derzeit ausgebildet würden, sagte aber nicht, *wo das geschehe. Nach amerikanischen* Angaben soll Bulgarien eines der Ausbilderländer sein.

Die Vereinigten Staaten hatten in der Vergangenheit Nicaragua mehrfach gewarnt, moderne Kampfflugzeuge zu beziehen. Wie die „Washington Post" schreibt, sei Nicaragua zu verstehen gegeben worden, daß die USA diese Flugzeuge angreifen würden, wenn sie in das Land eingeführt werden.

Der sandinistische Verteidigungsminister zeigte sich in Mexico zuversichtlich, die Flugzeuge von der Sowjetunion erhalten zu können. Es sei allerdings noch keine Entscheidung gefallen, da Nicaragua noch über keinen entsprechenden Militärflughafen verfüge. Dieser solle jedoch noch Ende dieses Jahres oder Anfang 1985 fertiggestellt sein. Ortega gab bekannt, daß der Flughafen durch ein Luftabwehrsystem geschützt werde.

Durch den Kauf von MiG 21 würde es nach Einschätzung der „Washington Post" Nicaragua gelingen, die Schlagkraft seiner Luftwaffe gegenüber Honduras bedeutend zu verstärken. Die Ausrüstung des Nachbarstaates *mit modernen amerikanischen* und französischen Kampfflugzeugen hatte bislang die Unterlegenheit seiner Bodentruppen gegenüber Nicaragua ausgleichen helfen.

„Sieg über Managua auch ohne Hilfe Dritter"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Ohne von Präsident Mitterrand oder einem seiner Minister empfangen worden zu sein, hält sich augenblicklich eine Delegation der Vereinten Nicaraguanischen Opposition *(UNIR) unter Führung ihrer drei* Vorsitzenden Adolfo Calero (FDN), Alfonso Robelo (ARDE) und Roger Hermann (Misura) in Frankreich auf.

In einer Pressekonferenz gaben die drei Sprecher ihrer Überzeugung Ausdruck, die Sandinisten militärisch „allein und ohne Hilfe Dritter, auch ohne Hilfe der USA" besiegen zu können. Trotzdem werde man augenblicklich die Waffen niederlegen, wenn die Sandinisten zu ihren Versprechungen bei ihrem Regierungsantritt 1979 von demokratischer Toleranz und Vielfalt zurückkehren würden. Augenblicklich jedoch werde Nicaragua zu drei Vierteln des Landes von den Truppen der Opposition kontrolliert.

Länder haben Einnahmen zu niedrig veranschlagt

Finanzentwicklung der Gebietskörperschaften

cd. Frankfurt

Mit einer weiterhin günstigen Finanzentwicklung der Gebietskörperschaften in diesem Jahr rechnet die Bundesbank. Die Ausgabenansätze würden aller Voraussicht nach nicht voll ausgeschöpft, der Bundesbankgewinn sei um zweieinhalb Milliarden Mark höher als im Haushalt eingeplant und die Länder hätten ihre Einnahmen – wie üblich – zu niedrig veranschlagt. Dagegen werde das Steueraufkommen die Haushaltsansätze nicht übersteigen, vermutet die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

Einschließlich der Sozialversicherungen zeichneten sich in diesem Jahr Defizite in der Größenordnung von 45 Milliarden Mark ab nach 55 Milliarden im Vorjahr. Sie gingen damit von 3¼ auf 2½ Prozent des nominalen Sozialprodukts zurück, ein Erfolg der Ausgabendisziplin, nicht zuletzt im Besoldungsbereich.

Mit diesen Fortschritten sei der Prozeß der Konsolidierung jedoch noch nicht beendet. Die auch nach Auffassung des Finanzplanungsrats noch immer zu hohe Neuverschuldung müsse deshalb weiter reduziert werden, fordert die Bundesbank, und zwar vor allem durch Begrenzung des Ausgabenwachstums. Auf diese Weise würde die private Investitionstätigkeit erleichtert.

In den Haushaltsplanungen für 1985 sieht die Bundesbank allerdings noch Risiken, vor allem wegen etwaiger Mehrbelastungen durch die EG; schwer vorauszusehen sei auch die Inanspruchnahme des Bundes aus Bürgschaftsverpflichtungen. Immerhin könnten, wenn alles nach Plan verläuft, die Defizite der öffentlichen Haushalte einschließlich Sozialversicherungen 1985 weiter auf etwa 35 Milliarden Mark oder zwei Prozent des Sozialprodukts reduziert werden gegenüber fast fünf Prozent im Jahre 1981.

„DDR": Einflug ist zunächst Grenzverletzung

dpa/DW. Berlin

Die Anwendung von „Zwangsmitteln" gegenüber Flugzeugen, die den Luftraum der „DDR" verletzten, hat die Ostberliner Zeitschrift „Neue Justiz" gerechtfertigt. Das Fachblatt bezeichnet die von westlichen Völkerrechtlern vorgebrachten Zweifel, ob im Fall von Grenzverletzung durch Linien- oder Privatflugzeuge Zwangsmittel geboten seien, als „nicht stichhaltig".

Besonders aktuell war diese Frage durch den sowjetischen Abschuß einer südkoreanischen Linienmaschine über Kamtschatka geworden, der internationale Empörung ausgelöst hatte. Unter deutlicher Anspielung auf diesen Vorfall führt die „DDR"-Zeitschrift an, es bestehe zunächst keine andere Möglichkeit, den Grund eines rechtswidrigen Einfluges festzustellen, als durch die Überprüfung des Flugzeugs nach dessen Landung. Man könne auch die Nichtbefolgung der Landeaufforderung durch das betreffende Flugzeug nicht als „harmlos" bezeichnen, weil „erstens bei versehentlichem Einflug kein Grund vorliegt, sich der Landeaufforderung zu entziehen und weil zweitens die erwiesene Praxis der USA und ihrer Verbündeten, Zivilflugzeuge unter anderem für Spionagezwecke einzusetzen, alles andere als harmlos ist". Nach „DDR"-Recht gelte deshalb jeder ungenehmigte Einflug „zunächst als Grenzverletzung".

Wenn Eger plötzlich „Cheb" heißt

rtr. München

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat heftige Kritik daran geübt, daß in der Bundesrepublik Deutschland an der Grenze zur CSSR Straßenschilder aufgestellt worden sind, auf denen die Namen ehemals deutscher Städte nur noch in tschechisch aufgeführt sind. Man halte diese Praxis für „anstößig und unzweckmäßig", erklärte der Bundesvorstand der Landsmannschaft.

Wer heute Karlsbad als „Karlovy Vary", Eger als „Cheb" und Marienbad als „Marianske Lazne" bezeichne, trage dazu bei, die Sudetendeutschen vier Jahrzehnte nach ihrer Vertreibung aus der Heimat „auch noch aus ihrer Geschichte zu verdrängen".

Anschluß halten

Mk. – Das leidige Thema des Seehafenhinterlandverkehrs soll jetzt also doch den Gesetzgeber beschäftigen. Die Küstenländer geben sich mit dem, was in den Verhandlungen mit den Verkehrsträgern zur Herstellung von mehr Chancengleichheit mit den Rhein-Mündungshäfen erreicht wurde, nicht zufrieden. Und das, obwohl es mehr ist, als sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten bewegt hat. Aber es reicht nicht.

Es ist zunächst verständlich, daß die Küstenländer den Gesetzgeber bemühen wollen, wobei es in erster Linie um die Sonderabmachungen, also um das freie Aushandeln von Tarifen in der Binnenschiffahrt und auf der Straße geht. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dieses Vorgehen nicht ungefährlich. Denn jetzt entwickeln auch falsche Argumente ihr Eigenleben; wird versucht werden, den Abgeordneten weiszumachen, es solle der Ordnungsrahmen insgesamt aus den Angeln gehoben werden. Bislang arbeitete die Lobby des Gewerbes noch stets erfolgreich.

Der Bundesverkehrsminister wollte daher weiter mit dem Gewerbe sprechen, um es zu Konzessionen beim Tarifniveau und bei den Margen zu bewegen, was auf eine faktische Gleichstellung mit dem grenzüberschreitenden Verkehr hinauslaufen sollte. Und auch jetzt noch wäre das Gewerbe gut beraten, wenn es über seinen Schatten springen würde. Durchhalten läßt sich der bisherige Kurs ohnehin nicht mehr lange. Spätestens 1988 erzwingt die EG Veränderungen.

Flexibel

J. Sch. (Paris) – Die 35-Stunden-Woche, das große Wahlversprechen der französischen Sozialisten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, ist zwar noch nicht offiziell begraben. Aber nach den schlechten Erfahrungen, die die Regierung mit der Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich gemacht hat, sollen weitere Schritte in diese Richtung nur noch zwischen den Sozialpartnern auf freiwilliger Basis ausgehandelt werden. Das von Premierminister Fabius dazu ausgegebene Stichwort heißt Flexibilität. Darunter ist nicht nur die der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnanpassung zu verstehen. Auch die Arbeitsverträge selbst sollen flexibler gestaltet werden. Einstellungen auf Zeit, wie sie das Patronat schon seit langem fordert, gelten nicht mehr als Tabu. Außerdem will man die Entlassungsbestimmungen weniger strikt handhaben. Als Gegenleistung wird den Gewerkschaften Verstärkung ihrer Rechte in den Unternehmen angeboten. So zeigt die Regierung auf breiter Front Flexibilität. Aber wird sich die in starker Opposition stehende kommunistische CGT von solchen Lokkungen verführen lassen?

Tauziehen um Lohnskala

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Den Beziehungen der italienischen Sozialpartner droht neue Belastung durch eine Volksabstimmungs-Initiative, die die Kommunistische Partei angestrengt hat und die den Index-Mechanismus der gleitenden Lohnskala so wiederherstellen soll wie er bis Mitte Februar dieses Jahres funktionierte.

Mit der Reformvereinbarung hatten die Sozialpartner mit Ausnahme der kommunistischen Gewerkschaft CGIL der Abkühlung des Lohnindex-Mechanimus um etwa 15 Prozent zugestimmt, wodurch sich die Dekkung des Kaufkraftschwundes nach der bereits *Anfang 1983 eingeleiteten* Abschwächung des automatischen Index-Mechanismus auf etwa zwei Drittel verminderte.

Auf Grund der Abmachung werden die Lohnempfänger 1984 pro Kopf 285 600 Lire verlieren. Real wird das Einkommen der Lohnempfänger trotzdem erhalten bleiben, weil die Regierung die Steuerprogression reduziert und die Inflationsrate gesenkt werden konnte. Sollte dagegen die Volksabstimmungs-Initiative Erfolg haben, würden nicht nur die allgemeinen Inflationserwartungen wieder erhöht werden, sondern auch die Gefahr bestehen, daß die Lohnstückkosten explodieren.

Die Arbeitgeberverbände haben ausgerechnet, daß auf Grund der Lohnindex-Mechanismen und der bestehenden Tarifabkommen die Arbeitskosten im kommenden Jahr um mindestens zwölf Prozent steigen werden, das heißt um fünf Prozentpunkte mehr, als in dem Lohnkosten-Abkommen von Anfang dieses Jahres ins Auge gefaßt wurde. Im Falle einer Wiederherstellung der gleitenden Lohnskala ist also damit zu rechnen, daß die Lohnkosten weit über 20 Prozent steigen.

Um eine solche Explosion zu verhindern, wollen sich die Sozialpartner einschließlich der größten italienischen Gewerkschaft, der CGIL, noch im Herbst an den Tisch setzen, um eine umfassende Reform der Lohnkostenstruktur auszuarbeiten. Ziel der Arbeitnehmerorganisationen ist die Erhaltung der realen Kaufkraft der Lohneinkommen, das der Arbeitgeberverbände das Einfrieren des Lohnkostenanstiegs in Höhe der erwarteten Inflationsrate. Vom Staat verlangen die Sozialpartner eine Neuordnung der Sozialabgaben. Die italienischen Arbeitgeber zahlen pro Lohnempfänger die höchsten Sozialabgabensätze, während die italienischen Arbeitnehmer von allen Lohnempfängern der EG netto am wenigsten ausgezahlt erhalten.

Das Ausbalancieren aller Elemente wird durch den drohenden Volksentscheid wesentlich schwieriger. Zwar deuten Erklärungen von CGIL-Gewerkschaftsführern darauf hin, daß die Volksabstimmungs-Initiative in Kreisen der kommunistischen Arbeitnehmer-Organisation und der Kommunistischen Partei mehr als auf die Arbeitgeber gerichtete Waffe aufgefaßt wird. Unter Erpressungsdrohungen verhandeln zu müssen, behagt aber immer weniger Unternehmern. Ihre Sprecher haben bereits zu verstehen gegeben, daß die Arbeitgeberverbände die Kündigung des Lohnskala-Vertrages beschließen könnten, falls die Kommunistische Partei bei ihrer Initiative bleibt.

Die Kündigung dieses Vertrages haben die Arbeitgeberverbände schon zweimal wirkungsvoll in den Dienst ihrer Tarifpolitik gestellt. Weder beim ersten noch beim zweiten Anlauf kam es zwar zu dieser Kündigung. Jedesmal waren aber die Gewerkschaften gezwungen, diese Absichten durch eigene Konzessionen zunichte zu machen. Noch prekärer dürfte die Lage der Gewerkschaften in Zukunft werden. Während nämlich in den vergangenen Jahren die Regierung aktiv dabei mitwirkte, die Arbeitgeberverbände von ihren Kündigungsabsichten abzubringen, und sowohl bei dem ersten Lohnkosten-Abkommen von Anfang *1983* als auch beim zweiten von Mitte Februar dieses Jahres als Vertragspartner mitbeteiligt war, hat diesmal die Regierung Craxi offiziell verlauten lassen, daß sie in Lohndingen nicht mehr intervenieren und sich auch im Falle einer Kündigung des Lohnskala-Vertrages neutral verhalten werde.

Das bedeutet, daß die Gewerkschaften nicht mehr damit rechnen können, daß sich die Regierung auf ihre Seite schlägt. Schon gar nicht, wenn eine Volksabstimmungs-Initiative auf dem Tisch liegt, die sich ausdrücklich die Wiederherstellung von Lohnkosten-Mechanismen zum Ziel gesetzt hat, die zu entschärfen die Koalitionsparteien als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehen.

WÄHRUNGSTAGUNG / Dritte Welt fordert Schaffung neuer Sonderziehungsrechte

Bonn und Washington sehen keinen Bedarf für zusätzliche Liquidität

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

Nicht zustimmen werden die USA auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die in Washington mit den Sitzungen der Entwicklungsländer schon angelaufen ist, einer Ausweitung der globalen Liquidität durch die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte (SZR, „Papiergold"). Sie lehnen auch die Fortsetzung der Politik des erweiterten Zugangs zu den Kreditfenstern des IWF ab.

In der Frage der SZR-Zuteilung, die allen 147 Mitgliedstaaten automatisch Kaufrechte in eigener Währung auf harte Devisen verschaffen würde, ziehen die USA und die Bundesrepublik Deutschland an einem Strang. Außer Frankreich und einigen kleineren Industriestaaten ist naturgemäß die Dritte Welt dafür. Im Gespräch mit Journalisten begründete Finanzminister Donald Regan die amerikanische Position damit, daß „die Länder, die das Geld am nötigsten brauchen, am wenigsten erhalten".

Unter den Mitgliedern ist zweifellos die Erwartung, daß der IWF Kunstgeld produziert, gewachsen. Aber das Fondsabkommen nennt klar die Bedingung: Längerfristig muß ein globaler Liquiditätsbedarf nachzuweisen sein. Das ist offensichtlich nicht der Fall, zumal die Währungsreserven auch in Entwicklungsländern gestiegen sind. Jedes Land, das kreditwürdig ist, kann sich überdies Mittel auf dem Kapitalmarkt beschaffen. Kleine Staaten bekommen nur ein paar Millionen SZR; für sie wäre es besser, sich an den IWF zu wenden und Anpassungsauflagen zu akzeptieren.

Abgesehen von den Inflationsgefahren muß auch die ökonomische Begründung stimmen: Eine politische Währungspolitik darf es nicht geben, das Statut muß eingehalten werden – auch wenn das Wort von der Austrocknung der Kapitalmärkte durch die USA umgeht. Neue SZR sind zudem für die Aufstockung der Währungsreserven bestimmt. Sie würden jedoch sofort verwendet. Vermutlich wird die Entscheidung noch einmal verschoben.

Laut Regan ist es zwingend, den 1983 gefaßten Beschluß über das Auslaufen des erweiterten Zugangs zur IWF-Kasse durchzuführen. Auch mit Blick auf die Ressourcen des Fonds sei eine Rückkehr zu normalen Ziehungen notwendig, betonte er. Die 1981 getroffenen Rettungsmaßnahmen dürften nicht ewig gelten; es sei klüger, sich rechtzeitig auf den nächsten Konjunkturabschwung vorzubereiten.

Nach der Stimmung unter den Mitgliedern zu urteilen, werden sich die USA hier kaum durchsetzen. Vielmehr sieht es so aus, daß dieses Kriseninstrument mit gleichzeitigem Herunterschrauben der Zugangsgrenzen um ein Jahr verlängert wird. Der IWF muß vorläufig noch in der Lage sein, Ländern mit sogenannten Außenbedarf zu helfen. Bis Ende dieses Jahres dürfen die Regierungen als Jahresmaximum 102 Prozent ihrer Quote ziehen. Bei hohem Anpassungsbedarf sind es 125 Prozent, die aber bisher nicht in Anspruch genommen wurden.

Im Entwicklungsausschuß, der nach dem Londoner Gipfelbeschluß die Verschuldungsproblematik zu diskutieren hat, werden die USA auf die Zugkraft ihrer Konjunkturlokomotive und ihr riesiges Handelsbilanzdefizit – 1984 wahrscheinlich 120 Milliarden Dollar – verweisen. Regan: „Wir werden helfen, soweit es unser Haushalt erlaubt." Zurückhaltend äußerte sich der Minister über den geplanten Hilfsfonds für die armen afrikanischen Länder südlich der Sahara, der mit einer Milliarde Dollar ausgestattet werden soll. Der Eindruck ist nicht falsch, daß Washington versuchen wird, eine Vertagung dieses Themas durchzusetzen.

Regan rechnet mit einer sich noch verbessernden Weltkonjunktur. Nach seiner Prognose wird der Aufschwung in den USA – wenn auch mit abgeschwächten Wachstumsraten – bis 1986 andauern. „Was gut ist für Amerika, ist auch gut für die übrige Welt", sagte er. Nach seiner Ansicht ist der Dollar nicht nur wegen der hohen US-Zinsen so stark, sondern wegen der großen Preisstabilität, der politischen Stabilität und der freien Gewinnrepatriierung.

EG-SÜDERWEITERUNG

Verhandlungen mit Portugal und Spanien in Sackgasse

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Beitrittsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal kommen nicht voran. Zum wiederholten Male trat die Gemeinschaft gestern den Iberischen Ländern mit leeren Händen gegenüber, da es den Außenministern der Zehn nicht gelungen war, wenigstens für einige der noch umstrittenen Verhandlungsbereiche eine gemeinsame Position zu finden.

Dabei wurde erkennbar, daß die EG-Regierungen, die bei der Formulierung eines Angebots erforderlichen Opfer nur im Rahmen eines politischen Gesamtpakets bringen werden, das vorerst noch nicht entscheidungsreif ist. So machte Bonn gegenüber den Partnern geltend, daß es bei der Kindergeldregelung für spanische und portugiesische Gastarbeiter nur dann zu Zugeständnissen bereit ist, wenn sich die Gemeinschaft auf die Einführung einer Garantieschwelle für Olivenöl verständigt.

Die Bundesregierung tritt seit langem für die Berechnung der Kindergeldes nach dem sogenannten Wohnsitzprinzip ein. Im Gegensatz zu den zur Zeit in fast allen Gemeinschaftsländern geltenden Bestimmungen soll der Familienlastenausgleich für Arbeiter, deren Angehörige im Heimatland verblieben sind, künftig nach den in diesem Land gültigen Bestimmungen bemessen werden, die für den Bundeshaushalt erheblich günstiger sind. Andere Mitgliedsstaaten widersprechen dieser Forderung. Die beitrittswilligen Länder sprechen von einer Diskriminierung gegenüber anderen EG-Ländern.

Sicher ist offenbar, daß Spanien und Portugal zumindest für die Übergangszeit des Beitrittsvertrages eine Erstattung nach dem Wohnsitzprinzip angeboten erhalten; für die Zeit danach soll die Regelung möglichst offengehalten werden, um die Harmonisierungsbemühungen innerhalb der EG nicht zu präjudizieren.

Die Herstellung der Freizügigkeit soll nach Meinung der EG den Iberischen Staaten innerhalb einer Übergangszeit von sieben Jahren angeboten werden, während Spanien zumindest eine Überprüfung der Zugangsbedingungen für Arbeitnehmer nach fünf Jahren verlangt. Die Frage ist, wie bindend diese Zusage zur Überprüfung formuliert wird. Besonders die EG-Staaten, die mit einem Zustrom von Gastarbeitern rechnen müssen (Frankreich, Bundesrepublik und Luxemburg) wollen derzeit möglichst eine Verpflichtung zum Handeln ausschließen.

Die Verhandlungen über die Beitrittsbedingungen im Agrarbereich treten nach wie vor auf der Stelle, da sie bei einigen Erzeugnissen (vor allem beim Olivenöl) eine Einigung über eine Veränderung des gegenwärtigen Preisstützsystems der EG voraussetzen. Ohne Opfer der Erzeugerländer Italien, Frankreich und Griechenland ist der Beitritt nicht zu verwirklichen, da die Marktordnungskosten schon jetzt das EG-Budget sprengen.



AUF EIN WORT

„Die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen ist eine Investition für die Zukunft, denn in absehbarer Zeit wird die Nachfrage nach Lehrstellen wieder knapp werden. Wir müssen daher im eigenen Interesse jetzt auch über den eigenen Bedarf hinaus jungen Menschen eine Ausbildungschance geben."

Silvia Fiedler, Leiterin Aus- und Weiterbildung, AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld. FOTO: DIE WELT

Röhren: EG will Gespräche

dpa/VWD, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft hat den USA wenige Tage vor der Entscheidung von Präsident Reagan über eine Drosselung der Einfuhren von EG-Massenstahl ihre Gesprächsbereitschaft über die Lieferung von Röhren in die USA signalisiert. Die EG-Außenminister gaben der Kommission grünes Licht für solche Gespräche, die zu Verhandlungen über eine Selbstbeschränkung bei den Röhrenexporten führen könnten. Reagan muß bis 24. September endgültig zu der Empfehlung der US-Handelsbehörde ITC Stellung nehmen, die sich für Quoten und Zölle bei Massenstahleinfuhren für die Dauer von fünf Jahren ausgesprochen hat.

AUTOINDUSTRIE

Aufholjagd geht weiter – Exporte im August höher

dpa/VWD, Frankfurt

Bei der Aufholjagd zum Ausgleich der streikbedingten Produktionsausfälle ist die deutsche Autoindustrie weiter vorangekommen. Im Ferienmonat August wurden die Fließbänder stärker als in den zurückliegenden Jahren ausgelastet, und die Fertigung von Pkw/Kombi-Fahrzeugen steigerte sich auf 282 000 Einheiten. Das Vorjahresniveau wurde damit um 14 Prozent überschritten, teilte der Verband der Automobilindustrie (VDA) gestern in Frankfurt mit.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind damit 2 314 800 Pkw/-Kombi von den Fließbändern gerollt. Gegenüber Januar/August 1983 liegt das Produktionsvolumen allerdings noch um acht Prozent zurück. Bei der Fertigung von Nutzfahrzeugen wurde mit 158 100 Einheiten das Vorjahresniveau um zwölf Prozent unterschritten. Vor allem der Automobilexport ist im August gegenüber dem Vorjahr „besonders hoch ausgefallen". Im Berichtsmonat wurden 174 400 Kraftwagen aller Art ausgeführt, womit das August-Ergebnis von 1983 um nahezu ein Drittel gesteigert werden konnte. Im Zeitraum Januar/August 1984 erreichten die Ausfuhren 1 425 800 Kraftwagen, gegenüber dem Vorjahr allerdings noch ein Minus von fünf Prozent.

Die Nachfrage nach Pkw hat sich im Inland nach Darstellung des VDA in den letzten beiden Monaten wieder etwas belebt. Die Auftragseingänge seien höher als vor einem Jahr ausgefallen. „Die Bestellungen aus dem Ausland zeichnen sich im Pkw-Bereich durch eine hohe Stabilität aus", berichtet der Branchenverband, ohne nähere Angaben über die Auslandsorders zu machen.

US-LEISTUNGSBILANZ

Defizit erreicht dieses Jahr nahezu 100 Milliarden Dollar

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Defizit in der US-Leistungsbilanz hat sich stärker als erwartet verschlechtert und wird im Gesamtjahr 1984 an 100 Mrd. Dollar heranreichen. Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, betrug das Minus im zweiten Quartal 24,4 Mrd. Dollar, verglichen mit 19,7 Mrd. Dollar in der vorausgegangenen Januar-März-Periode. Der halbjährliche Passivsaldo in Höhe von 44,1 Mrd. Dollar liegt bereits über dem Gesamtdefizit von 1983 (41,7 Mrd. Dollar).

Das Handelsdefizit trug zu dem Minus im zweiten Quartal mit 25,9 Mrd. Dollar bei. Zugleich verringerte sich das Nettoeinkommen aus Investitionen und Dienstleistungen von 8,3 auf 3,4 Mrd. Dollar. Die Ausländer erwarben Schatztitel des US-Finanzministeriums im Wert von 6,5 Mrd. Dollar. Damit haben sich die vor drei Jahren registrierten Rekordkäufe verdoppelt. An der Wall Street werden auch die hohen Zinskosten für Auslandsgeld für das Leistungsbilanzdefizit verantwortlich gemacht.

Gleichzeitig mehren sich die Zeichen, daß sich die US-Konjunktur verlangsamt. So hat sich im August der Grad der Kapazitätsauslastung mit 82,6 Prozent gegenüber Juli nicht verändert. Es ist das erste Mal seit November, daß sich der Index nicht erhöhte. In der Weiterverarbeitung stagnierte die Auslastung bei 82,8 Prozent, im Bergbau sank sie gegenüber Juli von 78 auf 77,7 Prozent. In der US-Automobilindustrie schrumpfte die Auslastung von 80,8 auf 77,9 Prozent, an der Spitze liegt der Bereich Elektrogeräte mit nach wie vor 93,5 Prozent. Weiter gestiegen sind zudem die Lagerbestände, und zwar um 0,8 Prozent auf 551,3 Mrd. Dollar. Im Großhandel betrug das Plus 1,8 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Investitionen stützen die Konjunktur

Frankfurt (VWD) – Für den Herbst 1984, ganz besonders aber für das kommende Jahr ist nach Einschätzung der Commerzbank AG, Frankfurt, in der Belebung der Investitionstätigkeit – speziell bei Ausrüstungen im privaten wie auch im öffentlichen Bereich – eine wichtige Wachstumsstütze zu sehen. Stetig, aber noch ohne allzu große Dynamik stütze nun auch die Investitionstätigkeit die *deutsche Konjunktur, schreibt die* Bank in ihren jüngsten Wirtschaftsnotizen.

Weltbank tagt in Berlin

Bonn (DW.) – Zum ersten Mal findet 1988 die Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in der Bundesrepublik Deutschland statt. Nach offizieller Einladung durch die Bundesregierung erhält Berlin jetzt den Zuschlag. Erwartet werden vom 27. bis 30. September 1988 insgesamt zwischen 8 000 und 10 000 Teilnehmer aus 146 Mitgliedsländern.

Bleihütte wird verkauft

Hannover (dos) – Die Preussag AG, Hannover, hat ihre kanadische Tochter Preussag Metal Inc.(PMC) an die Nova PB Inc., Montreal, veräußert. Der Vertrag, der am 28. September wirksam wird, sieht vor, daß Nova das gesamte Vermögen der PMC übernimmt und den Betrieb weiterführt. Die Preussag beendet damit das vor sechs Jahren eingegangene Engagement in der Bleiverhüttung in Kanada, das Kosten von über 100 Mill.DM verursacht hat.

Neue Vermögenspolitik

Bonn (Mk.) – Bessere Rahmenbedingungen für die Vermögensbildung fordert das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) von der Bundesregierung, damit das Ziel einer breit gestreuten Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital der Wirtschaft erreicht werden könne. Zwar habe sich das Vierte Vermögensbildungsgesetz (936-Mark-Gesetz), das seit 1. Januar in Kraft ist, positiv auf die betrieblichen Beteiligungsaktivitäten ausgewirkt. Trotzdem sei eine „Vermögenspolitik auf neuem Kurs" notwendig. Vor allem der Umstand, daß es nicht zu Tarifabschlüssen mit einer vermögenswirksamen Komponente auf der Basis des neuen Gesetzes gekommen ist und dadurch Haushaltsmittel gespart wurden, eröffne neuen Spielraum.

Hypothekenzinsen sinken

Hamburg (dpa/VWD) – Die Hypothekenzinsen sinken. Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG (Hamburg/Berlin) ermäßigt mit sofortiger Wirkung ihre Zinsen für Hypotheken. Darlehen mit fünfjähriger Laufzeit kosten jetzt 8,30 (bisher: 8,55) Prozent Zinsen im Jahr und mit zehnjähriger Festschreibung 8,50 (8,70) Prozent, bei jeweils 100 Prozent Auszahlung.

Bauvorhaben realisieren

Bonn (rtr) – Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Gemeinden aufgefordert, ihre Bauvorhaben zügig zu realisieren. Im September-Bericht des Ministeriums zur wirtschaftlichen Lage heißt es, bei den öffentlichen Bauinvestitionen zeichneten sich derzeit etwas positivere Aussichten ab. Besonders die Gemeinden, die mit rund zwei Drittel an allen öffentlichen Bauinvestitionen beteiligt seien und ihre Neuverschuldung am weitesten abgebaut hätten, sollten jetzt investieren, fordert das Ministerium.

Neue Staatsanleihe

Paris (J.Sch.) – Das französische Schatzamt legt eine neue Anleihe auf, deren Betrag auf (zunächst) 15 Milliarden Franc festgesetzt worden ist. Wie schon bei den vorangegangenen Staatsanleihen, so wurden die Zinssätze weiter leicht ermäßigt. Sie betragen entsprechend den unterschiedlichen Branchenbedingungen 12,2 und 11,6 Prozent. Wenn die neue Anleihe voll gezeichnet werden sollte, hätte sich die Regierung zur Finanzierung des Budgetdefizits, das in diesem Jahr nach neuesten Schätzungen an die 140 Milliarden Franc erreichen dürfte, bereits 60 Milliarden Franc auf dem Anleihewege beschafft. Im letzten Jahr war das Defizit zu 40 Prozent durch Anleihen finanziert worden.

FORSCHUNG

Kooperation vereinbart

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die europäischen Wissenschaftler sollen enger zusammenarbeiten und sich ihre Forschungsergebnisse gegenseitig zugänglich machen. Dafür haben sich die Wissenschaftsminister der 21 Mitgliedsstaaten des Europarats auf einer Tagung in Paris ausgesprochen. Die Initiative dazu ging von Staatspräsident Mitterrand persönlich aus, der schon auf dem letzten EG-Gipfel in Fontainebleau für die Schaffung eines „europäischen Wissenschaftsraums" plädiert hatte.

Um ihre Europabekenntnisse zu konkretisieren, wollen die Wissenschaftsminister ihren Regierungen vorschlagen, den Austausch von wissenschaftlichem Material und Geräten von allen direkten und indirekten Handelsbeschränkungen zu befreien. Gleichzeitig soll eine Art Forscherpaß geschaffen werden, der seinem Inhaber den Zugang zu allen wissenschaftlichen Instituten der Partnerländer erlaubt.

Als Kooperationsbereiche, in denen die neue europäische Forschungspolitik vor allem praktiziert werden soll, nannten die Minister: fortgeschrittene Technologie, Energie, Biologie und Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung sowie die mit der Nutzung der Erde und des menschlichen Potentials zusammenhängenden Fragen. Nähere Vorschläge dazu soll die Europäische Stiftung der Wissenschaften innerhalb der nächsten fünf Monate ausarbeiten.

Konkrete Kooperationsprojekte standen nicht zur Debatte. Frankreichs Premier und früherer Wissenschaftsminister Laurent Fabius hatte zu Beginn der Tagung die europäischen Gemeinschaftsvorhaben Airbus, Ariane, Eurodif (Urananreicherung) und Phoenix (Brutreaktor) als Vorbilder der europäischen Zusammenarbeit bezeichnet.

VEREIN FÜR SOCIALPOLITIK / Jahrestagung zu den Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Liberalisierung wichtigste Zukunftsaufgabe

HANS-J. MAHNKE, Travemünde

Die Liberalisierung des Handels ist Europas wichtigste Zukunftsaufgabe. Eine Fortsetzung der protektionistischen Politik bedroht nicht nur die Einheit der Europäischen Gemeinschaft, sondern ist auch ein schlechtes *Beispiel für die Entwicklungsländer*. Dies erklärte Jan Tumlir vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen Gatt auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Travemünde, die sich mit „Problemen und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung" beschäftigt.

Tumlir beklagte, daß die Politik der westlichen Wirtschaftsmächte heute von verteilungs- und umverteilungspolitischen Gesichtspunkten dominiert werde und sich zunehmend der Einfluß von Gruppen- und Verbandsinteressen durchsetzen könne. Unter dem Einfluß der Verteilungspolitik seien auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen durch Einfuhrbeschränkungen, Subventionen und administrative Marktaufteilungen entscheidend dem freien Spiel der Kräfte entzogen worden.

Daß die Möglichkeiten der Subventionierung, die der EG-Vertrag bietet, in so hohem Maße genutzt werden, *liegt nach Ansicht Tumlirs primär am* Machtzuwachs der EG-Kommission. In der politischen Praxis sei ihr Handlungsspielraum so stark gewachsen, daß von einer „ohne parlamentarische Kontrolle arbeitenden Exekutive" gesprochen werden könne, die ihre politische Unterstützung vor allem bei jenen Gruppen suche, die von ihren Entscheidungen direkt betroffen sind. Den Schlüssel zum Protektionsabbau sieht Tumlir in der Stärkung der Meistbegünstigungsklausel.

Auch der Handel mit Dienstleistungen, der in den vergangenen Jahren sehr viel stärker als der Warenhandel gewachsen ist und auf den bereits mehr als 20 Prozent aller Weltexporte entfallen, unterliege in erheblichem Maße nationalen Regulierungen. Darauf wies Siegfried Schultz vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hin. Vor allem bilaterale Regelungen und die Diskriminierungen einzelner Handelspartner böten Anlaß zu erhöhter Sorge.

Die Möglichkeiten, rasch Hemmnisse in diesem Bereich zu beseitigen, veranschlagt Schultz nicht sehr hoch. Durchgreifende Verhandlungslösungen scheiterten zur Zeit an divergierenden Interessen. Für wahrscheinlich hält er nur partielle Lösungen in einigen Dienstleistungssparten zwischen einigen Entwicklungsländern.

Stefan Tangermann von der Universität Göttingen prangerte die Verzerrungen des internationalen Agrarhandels durch staatliche Eingriffe an. Die Dauerhaftigkeit des Agrarprotektionismus, gegen den das Gatt sich als weitgehend wirkungslos erwiesen hat, habe das Vertrauen in die internationale Handelsordnung vermindert, Liberalisierungsfortschritte in anderen Bereichen behindert und immer wieder zu handelspolitischen Auseinandersetzungen geführt.

Mehr Freiraum für Klein- und Mittelbetriebe forderte Erich Staudt von der Universität Duisburg. Anders als Großunternehmen und Staatsbetriebe richteten sie ihre Betriebsführung nicht planmäßig auf die Vermeidung von Risiken aus. Dadurch würden sie oft Neuland betreten.

Die amerikanische Zinsentwicklung habe zwar einen signifikanten Einfluß auf die europäische Entwicklung, so dominiere diese aber „bei weitem nicht vollständig". Inländische Faktoren haben nach einer Untersuchung von Gebhard Kirchgässner aus Zürich und Jürgen Wolters aus Berlin einen ganz erheblichen Einfluß.

NAMEN

Herwig Baumann (40), Geschäftsführer der Augsburger NCR GmbH, wurde per 1. Januar 1985 Generalmanager der NCR Schweiz.

Wilhelm Winterstein, Finanzvorstand der Dunlop AG, Hanau, geht am 1. Oktober als Sprecher der Geschäftsführung zur Conti-Gummi-Tochter Vergoelst GmbH, Bad Nauheim. Sein Vorgänger, **Dr. Hans-Joachim Klages**, übernimmt bei Conti in Hannover die Leitung des Bereichs „Strategische Planung".

Hermann Bahlsen, persönlich haftender Gesellschafter der H. Bahlsen Keksfabrik KG, ist in den Aufsichtsrat des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie a. G., Hannover, gewählt worden.

Wolfgang Eickmeier (41), wurde zum Leiter der Niederlassung Dietzenbach der Spedition United-WF, Köln, bestellt.

Fast 60 000 Arbeiter sind im Ausstand

dpa, Detroit

Fast 59 000 Arbeiter in zwölf ausgewählten Betrieben des US-Auto-Herstellers General Motors haben einen Streik begonnen, um ihren Forderungen nach Lohnerhöhungen und einer besseren Arbeitsplatzsicherung Nachdruck zu verleihen. Die Gewerkschaft der Automobilarbeiter (UAW) hatte die Angehörigen dieser Betriebe, in denen vor allem die Spitzenmodelle des Konzerns produziert werden, bereits am Wochenende für diese Aktion ausersehen. Am Montag waren die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und der Firmenleitung von General Motors unterbrochen worden. Es ist das erste Mal seit 14 Jahren, daß bei General Motors wieder gestreikt wird. Der letzte Ausstand im Jahre 1970 hatte 67 Tage gedauert.

Anpassung an EG-Regelungen

Mk. Bonn

Durch eine Änderung der entsprechenden Gesetze sollen die Bedingungen für den Seehafenhinterlandverkehr an die EG-Regelungen angeglichen werden. Eine gemeinsame Gesetzesinitiative der vier Küstenländer im Bundesrat kündigte der Hamburger Senator Volker Lange an, nachdem am Tag zuvor in einem Spitzengespräch beim Bundesverkehrsminister keine Einigung über das weitere Vorgehen erreicht werden konnte. Während sich Bundesverkehrsminister Dollinger für Lösungen unterhalb der Gesetzesschwelle, zum Beispiel für die Erweiterung der Tarifmargen entsprechend den EG-Regelungen, aussprach, verlangten die Küstenländer sofortige gesetzliche Regelungen für den Straßengüterverkehr und die Binnenschiffahrt.

Banken weiter gegen fiktives Eigenkapital

dpa/VWD, Bonn

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung hat fiktives Eigenkapital keinen Platz. Nur tatsächlich vorhandenes Kapital kann Grundlage und Risikoträger wirtschaftlichen Handelns sein. Diese Auffassung vertritt der Bundesverband deutscher Banken in einer dem Finanzausschuß des Bundestages übermittelten Stellungnahme zur Kreditwesengesetz-Novelle (KWG).

Danach erkennen die Banken das wesentliche Ziel der Novelle, nämlich die Einführung eines bankaufsichtlichen Konsolidierungsverfahrens, im Interesse der Transparenz und der Risikobegrenzung an. „Eine unabdingbare Voraussetzung ist jedoch, daß den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten kein Haftungszuschlag zugestanden und insoweit dem Regierungsentwurf gefolgt wird."

Nach Überzeugung des Bankenverbandes würde eine Entscheidung zugunsten des Haftungszuschlags noch mehr staatliche Kreditwirtschaft bedeuten. Bei der Novellierung des KWG geht es unter anderem um die Abgrenzung des Eigenkapitals der Kreditinstitute. Da Banken und Sparkassen Kredite nur bis zum 18fachen ihres Eigenkapitals vergeben dürfen, ist die Frage, was als Eigenkapital anzurechnen ist, von überragender Bedeutung. Bei den Genossenschaftsbanken erkennt das KWG bislang einen Haftsummenzuschlag *von maximal 50 Prozent auf* die Geschäftsguthaben an. Dieser Zuschlag beruht auf einer vertraglichen Haftungsübernahme des Genossen über seinen Genossenschaftsanteil hinaus.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Claus Böckmann, Zimmermeister, Fischerhude/Krs. Verden/Aller; **Amberg:** 1. EBS Holzkraft GmbH & Co. KG, Wakkersdorf, 2. EBS Holzkraft GmbH, Regensburg; **Bad Homburg:** Moment-Bau Hoch- u. Tiefbau GmbH, Oberursel/Ts.; Licht + Leuchte GmbH, Friedrichsdorf/Ts.; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Rudolf Pilar; **Goslar:** Ilse Kraft, Gastwirtin, Vahlberg; **Hamm:** AS-Bau Vertriebsges. f. Bauprodukte mbH, Unna; **Mainz:** Otto Berger Angelsportgeräte GmbH; **Norderstedt:** Favorit Hausbau GmbH; **Nordhorn:** Josef Fickers, Maschinen- u. Fahrzeugbau, Neuenhaus; **Peine:** Alfred Ulber, Fahrschullehrer, Hohenhameln; **Wesel:** Dieter Hillesheim, Tischlermeister, Hünxe 2.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bruchsal: SBE-Spezial-Bauelemente GmbH; **Dannenberg:** „Wendland-Haus" Massivhaus GmbH.

Vergleich eröffnet: Berlin Charlottenburg: Paul Schaefer, Inh. d. Jörgensen Gerhard + Ursula Hummel Leinen u. Wäsche; **Meppen:** Hermann Steffens, Bauunternehmer, Haren (Ems).

Vergleich beantragt: Braunschweig: KG i. W. Hüsing Betrieb f. Oberflächenveredlung GmbH & Co. KG.

HANDEL / Exporte der Dritten Welt erleichtern

Marktöffnung gefordert

dpa, Rio de Janeiro

Die Märkte der Industriestaaten sollen für Produkte der Entwicklungsländer leichter zugänglich gemacht werden. Auf einer Konferenz in Rio de Janeiro kamen die für den Außenhandel verantwortlichen Minister aus 15 Staaten überein, daß den verschuldeten Staaten der Dritten Welt verstärkt die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihre Schulden durch Exporte in die Industriewelt abzubauen.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann erklärte nach Abschluß der zweitägigen Konferenz in Rio, bisher hätten die Schuldnerländer ihre Zahlungsbilanzen vor allem durch Importbeschränkungen verbessert, was nicht im Interesse der Industriestaaten liege. Deshalb sei dafür zu sorgen, daß die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer gestärkt werden. Besonderes Gewicht solle auf Textilien, tropische Früchte und andere Landwirtschaftsprodukte gelegt werden.

Die Konferenz mit Vertretern aus Europa, Nord- und Südamerika, Asien und Australien war sich außerdem einig, daß der Protektionismus mit Entschiedenheit bekämpft werden müsse. „Der Protektionismus schadet allen", betonte Bangemann. Seine Kollegen und er stimmten überein, daß Handel und Konkurrenz so frei wie möglich sein müßten.

Die Ministerrunde diskutierte die Reformbestrebungen innerhalb des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Dabei spielte vor allem die Frage eine Rolle, wie die Regeln des Gatt strenger angewendet werden können. Bei einem Gatt-Treffen im November soll die Diskussion über die Reform der Organisation fortgesetzt werden. Bangemann setzte sich für eine neue große Gatt-Verhandlungsrunde über die Weiterentwicklung des Welthandels ein.

SELBSTÄNDIGE / Kienbaum: Frappierende Chancen

Für den Sprung nie zu früh

PETER GILLIES, Bonn

Trotz jahrelanger Demotivierung des Leistungswillens und staatlicher Gängelung bieten sich auch heute den Selbständigen und Existenzgründern „frappierende Chancen". Diese Einschätzung gab der Unternehmensberater Gerhard Kienbaum gestern vor einem Symposion der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn ab. Die Zielgruppe, der man Mut machen müsse, sei praktisch die gesamte Bevölkerung.

Die Szene der Selbständigen ändere sich „rasant", meinte Kienbaum. Es sei zwar zu beklagen, daß die Teilung zwischen „Leistern", die ständig mehr arbeiteten, und „Versorgten", die immer weniger für ihre Versorgung bezahlten, tiefer werde. Aber das Innovationsangebot in Produktion, Handel und Dienstleistungen sei derart „überreichlich", daß jeder seine Chance finde, der sie suche. Auch gebe es genug flüssiges Kapital und Führungspersönlichkeiten, um eine neue Welle von Selbständigkeit auszulösen.

Dieser Einschätzung widerspreche es nicht, wenn man von einer Krise der Selbständigen rede, sagte Kienbaum. *Eine Politik, die die Belastbarkeit der Wirtschaft prüfen wollte*, ausufernde Staatstätigkeit und die Abwertung von Leistungsbereitschaft und Gewinnstreben hätten viele Selbständige derart gebeutelt, daß sie leider den Kampf aufgegeben hätten. Auch heute sei die Ansicht unausrottbar, daß der Staat Aufgaben besser zu lösen imstande sei. Tatsächlich arbeite jede öffentliche Verwaltung unteroptimal, wenn und weil sie nicht unter Wettbewerb stehe.

Auch die neue Regierung Kohl habe dieses Klima nicht entscheidend gewandelt, sondern sich nur mit „übervorsichtigen Kursänderungen" zufriedengegeben, bemängelte Kienbaum. Aber da der Erfindergeist keine Grenzen kenne und „es immer einen noch besseren Weg gibt", sei es für den Sprung in die Selbständigkeit nie zu früh oder zu spät. Zum Mutmachen gehörten Gewinnorientierung, Motivation und Ertragsbeteiligung der Mitarbeiter sowie eine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse, meinte der Unternehmensberater.

ENERGIEPOLITIK / Paris setzt weiter auf Kernkraft

Gedämpfte Tariferhöhungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Angesichts der Dollarhausse will *die französische Regierung den Mine*ralölverbrauch dämpfen und dafür den Stromverbrauch begünstigen. Zu diesem Zweck hat sie letzte Woche die Ölproduktensteuer erhöht. Dadurch wird sich insbesondere das Benzin um zwei Punkte über die Inflationsrate hinaus verteuern. Die Strompreise dagegen sollen um mindestens einen Punkt hinter dieser Rate zurückbleiben. Zur Unterstützung dieser neuen Energiepolitik wird eine Aufwertung des Kernenergieprogramms erwartet.

Ende letzten Jahres waren in Frankreich Kernkraftwerke mit einer Leistung von 27 000 Megawatt in Betrieb, die 48,4 Prozent des gesamten Stromverbrauchs deckten. Im Bau befinden sich gegenwärtig 27 Kernkraftwerksblöcke mit 35 000 Megawatt.

Wegen drohender Überkapazitäten hat die Electricité de France (EDF) inzwischen aber die Vergabe neuer Aufträge eingestellt. Nunmehr ist die Rede davon, daß im nächsten Jahr wieder ein bis zwei neue Kernkraftwerke bestellt werden sollen.

Bei der hohen Verschuldung der EDF von über 200 Mrd. Franc bei *einem Umsatz von 123 Mrd.* Franc wirft das einige Probleme auf. Auch droht die EDF durch die restriktive Tarifpolitik wieder tiefer in die roten Zahlen zu geraten. Schon nach dem bisherigen Voranschlag war für 1984 mit einem Defizit von 1,5 Mrd. Franc gerechnet worden.

Im bisherigen Verlauf dieses Jahres wurden die französischen Stromtarife entsprechend dem Preisanstieg um fünf Prozent angehoben. Trotzdem hat sich der Stromverbrauch über die Erwartungen hinaus erhöht. Für 1984 rechnet die EDF mit einem Verbrauchszuwachs von mindestens sieben Prozent gegenüber fünf Prozent 1983 und einer Stagnation 1982.

Bis 1990 wird bei einer realen Verbilligung der Stromtarife mit einer Verdoppelung des Stromverbrauchs im 10-Jahres-Rhythmus gerechnet, wie dies vor dem ersten Ölpreisschock der Fall gewesen war. Der Kernstromanteil an diesem Verbrauch soll dabei auf 75 Prozent steigen. Damit könnte die Elektrizität insgesamt 40 bis 45 Prozent des gesamten Energiebedarfs decken, gegenüber gegenwärtig 33 Prozent.

Im vergangenen Jahr hatte Frankreich 169 Mrd. Franc für seinen Energieimport ausgeben müssen. In diesem Jahr sind mindestens so viel allein für die Einfuhr von Mineralöl aufzuwenden.

Das liegt allerdings nicht nur an der *Dollarhausse*. Auch der Ölproduktenverbrauch, insbesondere der Benzinverbrauch, zeigt neuerdings wieder steigende Tendenz.

HANSESTADT BREMEN / Streit zwischen dem Senat und der Bundesregierung

Gleichstellung mit der Saar abgelehnt

W. WESSENDORF, Bremen

Die Wellen im Streit zwischen dem Senat der *Freien Hansestadt* Bremen und der Bundesregierung um die Gleichstellung des kleinsten Bundeslandes mit dem Saarland schlagen hoch. Es geht um die Zuwendung von Finanzmitteln des Bundes für „besonders bedeutsame Investitionen zur Stärkung der Wirtschaftskraft", die Bremen für sich beansprucht.

Die Bundesregierung hat nun erklärt, daß der Weserstaat finanzkräftiger sei als das Saarland. Vor der Bundespressekonferenz sagte Regierungssprecher Peter Boenisch, im Gegensatz zum Saarland habe Bremen als Hanse- und Hafenstadt einen festen traditionellen Platz im Wirtschaftsgefüge der Bundesrepublik.

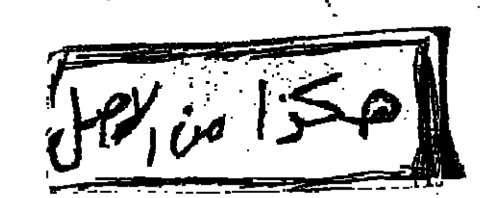
Die Bremer Landesregierung fühlt sich mit ihren großen finanziellen Schwierigkeiten von der Bundesregierung allein gelassen. Bürgermeister Hans Koschnick will nun den Anspruch vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen. Das wäre der zweite Gang vors höchste Gericht; dort läuft ein Normenkontrollverfahren auf Zuteilung von Bundesergänzungszuweisungen. Das Saarland kassiert zwischen 1985 und 1987 insgesamt *300 Millionen Mark*. Grundlage für solche Hilfen des Bundes ist Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes. Entscheidende Ursache für die ungünstige Wirtschaftslage des Saarlandes ist, wie der Regierungssprecher sagte, der „mehrfache Wechsel des Staats- und Wirtschaftsverbundes und vor allem der Zeitpunkt der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik".

Die Wirtschaftsstruktur an der Saar sei durch eine Monostruktur von Kohle und Stahl geprägt, meinte der Regierungssprecher. In beiden Bereichen gebe es lang anhaltende Branchenkrisen. Zu Bremen sagte Boenisch: „Bremen hat zwar auch einige Sorgenkinder, ein Stahlwerk und den Hafen, aber die diversifizierte Wirtschaft Bremens hat auch viele gut dastehende Bereiche wie Handel und Luftfahrt." Das Bruttoinlandsprodukt liege in Bremen mit 35 092 Mark pro Kopf viel höher als im Saarland mit 24 188 Mark (für 1983).

Der Bremer Senat begründete die beantragte Bundeshilfe mit der im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet sich beständig verschärfenden nachhaltigen Schwäche der bremischen Wirtschaft. Ursache für die ungünstige Wirtschaftslage sei die einmalige Zusammenballung von Problembranchen, wie Schiffbau, Eisen- und Stahlgewinnung, Fischwirtschaft sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Finanzsenator Moritz Thape: „Die gewaltigen Anstrengungen Bremens, hauptsächlich durch Kürzungen auf der Ausgabenseite, reichen selbst zusammen mit dem Länderfinanzausgleich nicht aus, um die Lücken im Haushalt zu schließen." Die vorliegenden Haushaltsentwürfe für 1985 weisen beispielsweise einen Ausgabenüberhang von 77,5 Millionen DM im 4,6-Milliarden-Etat aus.

– Aus diesen Gründen, so meint der Finanzsenator, sei die hohe Verschuldung Bremens zu erklären. Bremen verzeichnet gegenüber den übrigen Bundesländern die höchsten Schulden je Einwohner (12 [illegible] DM), die höchste Zinslastquote (14,[illegible] Prozent), gleichzeitig aber die geringste Investitionsquote (12,6 Prozent).



BRAUNSCHWEIGER ZUCKER / Neue Probleme

Ertrag unbefriedigend

DOMINIK SCHMIDT, Wierthe

Die Braunschweiger Zucker-AG, Wierthe, die Anfang 1985 mit der Zuckerfabrik Uelzen-AG fusionieren wird, rechnet im laufenden Jahr nur mit einer durchschnittlichen Rübenernte. Dies, so erklärte der Vorstand vor der Hauptversammlung, zeichne sich nach den Proberodungen ab. Als unbefriedigend werden die Ertragsaussichten für das Geschäftsjahr 1984/85 bezeichnet. Der Abbau des deutschen Währungsausgleichs und die damit verbundene Senkung des Zucker-Interventionspreises um 5,15 Prozent oder rund 7 DM je Dezitonne (dt) Zucker sowie gestiegene Energie- und Personalkosten werde die Branche vor bisher nicht gekannte Probleme stellen.

Bereits bei der Begründung des Zusammenschlusses zwischen Uelzen und Braunschweig Anfang 1984 habe der Vorstand auf die agrarpolitische Entwicklung innerhalb der EG und deren negativen Einfluß auch auf die Zuckerindustrie hingewiesen. Der Beschluß zur Verschmelzung der beiden Unternehmen sei so gesehen „noch zum rechten Zeitpunkt erfolgt". Die neue Gesellschaft verfüge über genügend wirtschaftliche Kraft, um den schlechten Zukunftsaussichten standhalten zu können.

Im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3.) gingen die Rübenanlieferungen um 36,2 Prozent zurück. Verarbeitet wurden fünf (7,9) Mill. dt Rüben. Die Zuckererzeugung verringerte sich auf 0,76 (1,24) Mill. dt. Gleichzeitig sanken die Umsatzerlöse um 15,3 Prozent auf 147 (173) Mill. DM. Nach Vornahme von Abschreibungen bei Sachanlagen in Höhe von 14,9 (9,7) Mill. DM ergibt sich ein Jahresüberschuß von 2,45 (3,03) Mill. DM. Die Aktionäre erhalten eine unveränderte Dividende von sechs Prozent. Der freien Rücklage wurden insgesamt 1,8 Mill. DM zugewiesen.

BASLER-VERSICHERUNGEN / Hohes Wachstum

Stärker im Privatgeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei der deutschen Direktion der Basler Versicherungsgesellschaft, Bad Homburg v. d. H., haben Prämienwachstum und Ertragsentwicklung 1983 voll den Erwartungen entsprochen. Die Beitragseinnahmen stiegen um 6,2 (4,3) Prozent auf (brutto) 205 Mill. DM, im Gleichklang wuchs auch das selbstabgeschlossene Geschäft um 6,1 (4,2) Prozent auf 300 Mill. DM. Dieses Wachstum geht überwiegend auf das Privatkunden-Geschäft zurück, was nicht ohne Wirkung auf den Selbstbehalt von 82,5 (80,7) Prozent blieb, da hier geringerer Rückversicherungsbedarf besteht als bei kommerziellen Risiken.

Freilich ließen die Erfolge im Privatkundengeschäft über höhere Abschlußkosten damit auch die Verwaltungskostenquote auf 29,6 (28,8) Prozent der Bruttobeiträge steigen. Einige Großbrände verursachten einen Anstieg der Schadenbelastung auf brutto 77 (64,9) Prozent. Netto fiel sie mit 63,7 (68,7) Prozent günstiger aus. Am Prämienaufkommen sind Transport (42 Mill. DM), Kraftfahrt (36), Feuer (30), Unfall (21) und Technische Versicherung mit 20 Mill. DM beteiligt. Versicherungstechnisch blieb ein Überschuß, höhere Erträge aus Kapitalanlagen brachten „ein insgesamt zufriedenstellendes Betriebsergebnis".

Bei der Basler Lebensversicherungs-Gesellschaft in Deutschland war die Zunahme im Neugeschäft 1983 mit 300 Mill. DM (plus 14,8 Prozent) etwas höher als im Jahr zuvor. Der Bestand erreichte 2,52 (2,44) Mrd. DM) Versicherungssumme. Am Neugeschäft haben Einzel-Kapitalversicherungen mit 88 Prozent den größten Anteil.

Aus 657 Mill. DM Kapitalanlagen (plus 9,3 Prozent) gingen die Erträge mit 55 Mill. DM um 11,5 Prozent über das Vorjahr hinaus. Der Rohüberschuß von 36 Mill. DM (plus 12 Prozent) ging mit 36,1 Mill. DM in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

Die Basler Gruppe weist für 1983 ein Prämienvolumen von 1,85 (1,72) Mrd. sfr bei 23,7 (22,4) Mill. sfr Reingewinn aus. Der Kompositversicherer erzielte erstmals über 1 Mrd. sfr Prämienaufkommen, die Lebensversicherung wuchs um 13 Prozent auf 740 Mill. sfr. Bei 3,9 (3,3) Mrd. sfr Neugeschäft wurde ein Bestand von knapp 18 (16,8) Mrd. sfr erreicht.

SEL / Noch ein bedeutendes Investitions-Potential in der Rationalisierung

Bürokommunikation wächst kräftig

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für das Gebiet der Bürokommunikation wird der bundesdeutsche Markt (ohne Groß-EDV-Anlagen) auf gegenwärtig 8 bis 10 Mrd. DM Jahresvolumen geschätzt. Bei geschätzten 8 Mill. Büro-„Arbeitern" in der Bundesrepublik ergibt sich somit ein Investitionsaufwand von etwa 1000 DM pro Arbeitsplatz und Jahr. Hermann Chlupka, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, der den Gruppenbereich Private Kommunikationssysteme leitet, sieht auf jenem Felde ein noch schlummerndes erhebliches Produktivitätspotential. Denn im Vergleich zur Fertigung in den Fabriken ist der Automatisierungsgrad der Büroarbeit noch recht gering.

Bei SEL rechnet man damit, daß sich die Investitionen pro Arbeitsplatz in allen drei Bereichen der BÜ*rokommunikation (Sprache, Text,* Daten) bis 1993 mehr als verdoppeln. Der Geschäftsumfang der SEL auf diesem Gebiet soll sich in etwa fünf Jahren verdoppelt haben, was heißt, daß jährliche Zuwachsraten von rund 15 Prozent angestrebt werden.

Im Geschäftsjahr 1983 hatte SEL in der Sparte der *Privaten Kommunikationssysteme* den Umsatz um fast 15 Prozent auf 916 Mill. DM gesteigert und auch schwarze Zahlen geschrieben. 1982 war noch mit Verlust gearbeitet worden. Der Auslandsanteil am Umsatz lag bei 20 Prozent. In der ersten Jahreshälfte 1984 belief sich das Wachstum im Auftragseingang aus dem Inland auf über 12 Prozent, aus dem Ausland kamen 7 Prozent mehr *Aufträge. Zur Zeit fährt das* Unternehmen vor allem im Werk Gunzenhausen (600 Beschäftigte), wo Nebenstellenanlagen hergestellt werden, ein „Aufholprogramm", um arbeitskampfbedingte Produktionsausfälle wieder hereinzuholen. Das ganze Jahr werde für den Gruppenbereich erneut einen Umsatzzuwachs bringen. Insgesamt beschäftigt SEL in dieser Sparte 6000 Mitarbeiter.

Am Markt, auf dem nunmehr die Vernetzung bereits installierter Anlagen, sowie die Grundausstattung kleiner und mittlerer Betriebe anstehen, will SEL stärker in die Rolle eines „Gesamtanbieters" hineinwachsen. In diesem Zusammenhang ist auch die beabsichtigte Beteiligung (*angepeilt werden 39 Prozent*) an der *im* Bereich der Mittleren Datentechnik tätigen und zur Diehl-Gruppe gehörenden Firma Computertechnik Müller GmbH (CTM), Konstanz, zu sehen. Die Beteiligungsverhandlungen wolle man noch in diesem Monat erfolgreich abschließen.

Bei Telefon-Nebenstellenanlagen liegt SEL in der Spitzengruppe der Branche, in der Textkommunikation auf Platz zwei. In der „gehobenen Textverarbeitung" wurde in Kooperation mit Wang der Markteintritt erst unlängst vollzogen. Bei Mikrocomputern (ITT 3030) beträgt der Marktanteil 7 Prozent.

Schwerpunkte des weiteren Ausbaus sind neue Produkte (Bildschirmsystem-Familie ITT 9000, ein neuer Personalcomputer), Verbreite*rung der Aktivitäten bei der Softwa*re, sowie fertigungs- und vertriebspolitische Maßnahmen. Dazu zählt auch die Übernahme der Produktion des Bildschirmsystems ITT 3187 für den europäischen Markt von den USA in das Berliner SEL-Werk.

DRALLE / Mitarbeiterbeteiligung wird ausgebaut

Ryf-Gruppe übernommen

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Der Hamburger Haarpflegespezialist Dralle hat die Schweizer Firmengruppe Ryf übernommen. Die Gruppe besteht aus drei Firmen: Die Ryf AG, Zürich, mit 13 Frisiersalons in der Schweiz, die Ryf GmbH, Zürich, die hochwertige Haarpflegemittel (preislich oberhalb des von Dralle besetzten Konsumbereichs) herstellt und vertreibt, sowie die Ryf GmbH, Lörrach, die in Deutschland Ryf-Er*zeugnisse sowie in Lizenz die* Parfüm-Linien „Pierre Cardin" und „Grey Flannel" sowie die Kosmetik-Linie „Jeanne Gatineau" vertreibt.

Die Übernahme der Gruppe (100 Mitarbeiter, Jahresumsatz etwa 10 Mill. DM) wurde von einer Schweizer Großbank finanziert. Die Ryf-Inhaber haben bereits seit zwei Jahren mit Dralle kooperiert. Dabei gelang es ihnen, die von ihnen 1980 übernom*mene Gruppe aus den roten Zahlen* herauszuführen. Die bisherigen Inhaber erhielten langfristige Geschäftsführerverträge. Ryf soll als selbständige Unternehmenseinheit neben Dralle weitergeführt werden, um alle Marktchancen zu nutzen.

Wie Frank G. Breckwoldt, der zusammen mit zwei Brüdern das 1852 gegründete Familienunternehmen in vierter Generation leitet, gestern sagte, rechnet Dralle für 1984 mit einem Umsatzwachstum von 8 bis 12 Prozent. 1983 waren etwa 110 Mill. DM umgesetzt worden, davon 40 Prozent im Ausland, zum Großteil mit Lizenznehmern. In den ersten Monaten dieses Jahres betrug das Umsatzwachstum im Inland nominal wie real 5,3 Prozent, im Ausland mehr als 20 Prozent. Dabei setzte sich besonders die positive Tendenz bei der hundertprozentigen Tochtergesellschaft in Japan fort. Wie im Vorjahr rechnet die Unternehmensgruppe mit einem zufriedenstellenden Ergebnis.

Im nächsten Jahr will Dralle die 1983 eingeführte Mitarbeiterbeteiligung (bisher 0,8 Mill. DM in Form von stillen Beteiligungen) ausbauen. Im *ersten Beteiligungsjahr wurde an 120* (von insgesamt 350) Mitarbeiter die erzielbare Höchstverzinsung von 15 Prozent auf ihre Einlage bar ausgezahlt. Für Forschung und Entwicklung wendet Dralle 4 bis 6 Prozent des Inlandsumsatzes auf.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

VDM schließt Werk

Frankfurt (dpa/VWD). - Die Vereinigte Deutsche Metallwerke AG (VDM), Frankfurt, wird ihr Rohrwerk in Duisburg schließen. Einem großen Teil der betroffenen Arbeitnehmer, derzeit sind in Duisburg rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, können voraussichtlich Arbeitsplätze im Raum Duisburg angeboten werden. VDM beabsichtige, wesentliche Teile des Produktionsprogramms des Rohrwerks Duisburg an die Mannesmann-Röhren-Werke abzugeben. Das VDM-Rohrwerk in Duisburg werde im laufenden Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) einen Umsatz von 120 Mill. DM erreichen. Dabei wird ein Verlust von über 20 Mill. DM erwartet.

Wolfgang Krauss wird 60

Düsseldorf (DW.) - Am 20. September wird Flugkapitän Wolfgang Krauss, seit Februar 1958 als Flugzeugführer bei LTU und seit 1960 Mitgeschäftsführer, 60 Jahre alt. Der Flugbetrieb und technische Bereich wurde entscheidend durch ihn beeinflußt. Besonders in der Flottenpolitik setzte er neue Naßstäbe. So verfügte LTU 1969 als erstes deutsches Charterflugunternehmen über eine reine fabrikneue Düsenflotte. Nach dem völlig unerwarteten Tod seines



Freundes und LTU-Gründers Ernst-Jürgen Ahrens im Dezember 1980 wurde Wolfgang Krauss zum geschäftsführenden Gesellschafter der LTU berufen. Seinen letzten großen Erfolg durfte er am 7. Juni 1984 feiern: Die Inbetriebnahme der neuen Fluggesellschaft LTS – Lufttransport Süd AG & Co. Fluggesellschaft in München. Vorstand der AG ist Wolfgang Krauss.

Brose im Vergleich

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Brose Werkzeugmaschinen GmbH & Co. *KG, Püttlingen, hat Vergleich* beantragt. Wie der Stuttgarter Rechtsanwalt Volker Grub als vorläufiger Vergleichsverwalter mitteilte, wurde der Antrag notwendig, nachdem sich die Mehrheitsgesellschafter Christine Volkmann und Michael Stoschek aus dem Unternehmen zurückgezogen haben. Beide sind Inhaber der Firma Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG, Coburg, und hatten im Jahr 1981 die Firma Werkzeugmaschinenfabrik Haaf GmbH & Co. KG erworben, die Anfang 1982 in Brose Werkzeugmaschinen GmbH & Co. KG umbenannt wurde. Zur Zeit beschäftigt das Unternehmen 370 Mitarbeiter und erzielte 1983 einen Jahresumsatz von 40 Mill. DM.

MD-Papier weiter optimistisch

dpa/VWD, München

Die MD Papierfabriken gehen optimistisch ins zweite Halbjahr 1984. Das teilte Karl Heinz Nicolaus, der geschäftsführende Gesellschafter der MD Verwaltungsgesellschaft Nicolaus GmbH + Co. KG, München, mit. Insgesamt hoffe die Gruppe, 1984 weltweit einen Umsatz von rund 1 (0,75) Mrd. DM zu erzielen. Auch für 1985 werde mit einer positiven Entwicklung gerechnet. 1983 ist nach Angaben von Nicolaus der Umsatz der Gruppe weltweit um 5,6 Prozent gestiegen, während die deutschen Gesellschaften sogar eine Umsatzsteigerung von 9,5 Prozent erzielten. Der Absatz im Konzern wuchs um 12,9 Prozent auf 441 400 Tonnen Papier.

Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern fiel 1983 von 2049 auf 1707 Beschäftigte. Das Jahresergebnis der deutschen MD-Gesellschaften reduzierte sich von 15 auf 8,3 Mill. DM. Die Investitionen sanken von 88 auf 10,7 Mill. DM. Die Verwaltungsgesellschaft gehört zu 72 Prozent der Familie Nicolaus, den Rest hält der Verlag Burda GmbH, Offenburg.

Spielwaren im „leichten Aufwind"

dpa/VWD, Nürnberg

Von einem „leichten Aufwind" berichtet die Vereinigung der Spielwaren-Fachgeschäfte eG – Vedes –, Nürnberg, der über 500 Spielwarengeschäfte in der Bundesrepublik, Holland, der Schweiz und Österreich angeschlossen sind. Als positiv wird dabei gewertet, daß diese Entwicklung eingetreten sei, obwohl Bevölkerung und Realeinkommen stagnierten. Insgesamt betrug das Plus bis Ende August 1984 rund drei Prozent. „Immerhin ein deutliches Zeichen für die Umkehr der Entwicklung 1983", betonte der Vorstand. Das Ergebnis wurde weitgehend mit dem traditionellen Sortiment erzielt: Puppen und Zubehör, Gesellschaftsspiele, Bücher, Spielfiguren und Eisenbahnen mit Zubehör. Bedauert wurde vom Verband, daß sich der Spielwarenhandel nicht in größerem Umfang am Heimcomputergeschäft beteiligt habe. Für 1983 wird der Gruppenumsatz mit 917 Mill. DM (plus ein Prozent) angegeben. Der genossenschaftliche Umsatz betrug 392 (388) Mill. DM.

Mit großer Trauer geben wir Kenntnis vom Tode unseres Seniorchefs, Herrn Dipl.-Ing.

KARL BECKENBACH

der am 12. September 1984 im Alter von 81 Jahren gestorben ist.

Als Gründer und langjähriger geschäftsführender Gesellschafter hat Herr Karl Beckenbach mit unermüdlicher Schaffenskraft unsere Firma zu ihrer heutigen Größe geführt.

Wir werden den von ihm vorgegebenen Weg weitergehen.

In Ehrfurcht und Dankbarkeit haben wir Abschied genommen.

Gesellschafter, Geschäftsführung und Mitarbeiter

WÄRMESTELLE STEINE UND ERDEN GMBH

Düsseldorf

Die Beisetzung hat im Familienkreis stattgefunden.



Familienanzeigen und Nachrufe

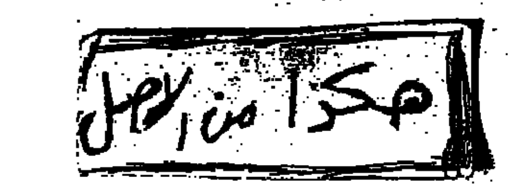
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80, – 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE



STELLENANGEBOTE

Wir sind ein bekanntes Handelshaus mit Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen.

Seit Jahrzehnten kaufen und verkaufen wir im In- und Ausland Stahl, Röhren, Anlagen, Metalle und Rohstoffe. Wir erzielen 10stellige Umsätze und erarbeiten solide Bilanzen.

Wir suchen einen Kaufmann mit technischem Gespür oder einen Techniker mit Freude am Handel in den mehrköpfigen

Vorstand

Er ist zuständig für Marketing und sollte wenigstens eine der vorgenannten Sparten fachlich beherrschen. Die Qualifikation für diese Position muß den Ansprüchen an ein Vorstandsmitglied in jeder Beziehung genügen.

Wir bieten einen Vorstandsvertrag, in welchem die Dotierung entsprechend der Aufgabe großzügig geregelt ist.

Bitte bewerben Sie sich bei folgender Adresse:

Persönlich Herrn Dr. Helmut Brodauf, Notar, Leisewitzstraße 26, 3000 Hannover 1.

Der Notar stellt sicher, daß Ihre Sperrvermerke strikt berücksichtigt werden und jeder Wunsch nach Diskretion respektiert wird.

Wir sind ein Unternehmen der Energiewirtschaft mit Sitz in einer norddeutschen Großstadt. Unser Firmenzweck ist die Planung, Projektierung und der Bau von komplexen Großanlagen.

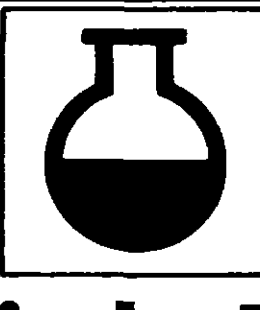
Für unsere Abteilung **Revision**, als deren Zielsetzung wir die Erarbeitung konzeptioneller Empfehlungen im Rahmen der durchgeführten Prüfungen sehen, suchen wir einen jüngeren, berufserfahrenen

Wirtschaftsingenieur

Die weitgehend selbständige Wahrnehmung der Revisionsaufgaben in allen Unternehmensbereichen und in unseren Beteiligungsgesellschaften verlangt neben guten Kenntnissen auf kaufmännischem, technischem und organisatorischem Gebiet ein hohes Maß an objektivem, analytischem Denkvermögen, an Einsatzfreude und die Fähigkeit, im Team zu arbeiten. Kenntnisse in der Verfahrens- und Bautechnik würden Ihre Akzeptanz als Gesprächspartner unserer qualifizierten Ingenieure erleichtern.

Die Dotierung und alle sonstigen Bedingungen entsprechen den Anforderungen und sind attraktiv.

Wenn Sie an einer Mitarbeit in unserem Unternehmen interessiert sind, senden Sie Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen an die von uns beauftragte Agentur MM Media Marketing GmbH, Postfach 51 04 07, 3000 Hannover 51.



Berufs-Chancen in der Pharma-Industrie

... unter diesem Titel erscheint in der WELT am

22. September

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie in diesem Bereich tätig, vielleicht als Produkt-Manager, Pharmareferent, Vertriebsleiter, Mediziner, Klinikreferent o. ä.? Dann sollten Sie diese Ausgabe der WELT unbedingt durchsehen – einerlei, ob Sie konkrete Veränderungsabsichten haben, oder sich einfach nur mal über die Angebote der Pharma-Industrie informieren wollen.



01-143

Für den Vertrieb von Sportlernahrung
freie Handelsvertreter
gesucht. Alternative auch für arbeitslose Sportlehrer.
Tel. 0 22 41 / 33 32 43

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Oberbauleiter

sucht neues Aufgabengebiet bei Generalübernehmer oder Bauträger.
Guter Organisator, *versiert in finanztechnischen Fragen und verkaufsorientiertem Bauen*, dynamisch, stark belastbar, erbittet Ihre Aufforderung zu einem Gespräch unter S 9731 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft Handel

34 J., lange Erfahrung in Ein- und Verkauf, Vertrieb (Food, Nonfood), Personalführung, Planung und Sortimentsgestaltung, flexibler, kostenbewußter Praktiker, sucht neuen Aufgabenbereich in vergleichbarer Position.
Zuschr. u. X 9626 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Assistent

Schwerp. Finanz- u. Rechnungswesen:
- Finanzplanung
- Kostenkontrolle
- Allg. Verwaltung

35 J., verh., erfolgsorientiert und kostenbewußt. Eigeninitiative und Führungsqualitäten sowie allem Neuen zugetan, sucht zum 1. 10. 84 neue Aufg. im nordd. Raum.
Ang. erb. Y 9671 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chauffeur, Diener und Freund

jg. Mann, 39 J., 1,83 m groß, Tag und Nacht dienstbereit m. medizinischen Kenntnissen (Injektion, Massage, Pflege), gastron., Geschäftsführung u. Kontrollen mögl., geringe Sprachkenntn. in Engl., Span., Franz. vorh., su. Stellung. Ausland angenehm. Erbitte freundl. Angebote m. Gehaltsangabe unt. R 9620 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stabsoffizier

45 J., Diplomchemiker, beste Beurteilungen, erfahren in Organisation und Verhandlungsführung, verantwortungs- und entscheidungsfreudig, z. Zt. im Rüstungsbereich tätig, sucht zum 1. 1. 85, oder später Tätigkeit in Wirtschaft oder Industrie.
Angeb. erb. un. F 9656 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Korrespondentin

(25), als Redakteurin kleinerer Objekte tätig, in ungek. Stellung, gute Engl.-Kenntn., Franz.- u. Vertriebskenntn., selbst. arbeitend, su. neues Betätigungsfeld m. Aufstiegmöglichkeiten.
Ang. erb. u. T 9666 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SAUDI-ARABIEN

Ing., Profi mit langjährig. Erfahrung und besten Kontakten vor Ort übernimmt Vertretung erklärungsbedürftiger Produkte u. Anlagen. Angeb. unt. V 9624 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nordirland

Gel. Ind.-Kfm., seit 20 J. in ltd. Pos., als Seehafenspediteur tätig, 47 J., verh., sucht interess. Stellg. in Sped. od Ind., evtl. auch Marketing Sales. Zuschriften erb. unter D 9676 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen.

Exportkaufmann

40 J., flexibel u. diskret, gepfl., frei. f. Sonderaufgaben (auch Kurier/Begleitung etc.).
Zuschr. unter N 9618 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Gewerbelehrer

Mathe/Physik, 54 J. langjährige Erfahrungen in der Ing.- und Technikerausbildung, Mitglied der Freiw. Polizeireserve seit Gründung, PPL mit NVFR-Berechtigung, ehemals MdA, sucht solide Dauerstellung. Zuschr. erb. unt. H 9680 an: WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Im- und Exportkaufmann

54, langjährig als Prokurist und Geschäftsführer in größeren Firmen tätig gewesen, große Erfahrungen in Ein- und Verkauf, Organisation, Finanzierungen/Transitgeschäften, umfangreiche Warenkenntnisse; englische und spanische Sprachkenntnisse, seit 1957 regelmäßige Reisen nach Nahost/Fernost, Afrika, Südamerika; sucht eine Tätigkeit im Export/Import, Industrie, Großhandel.
Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593, -595

Dipl.-Ing. (TH) Hoch- und Tiefbau

35, verh., 1 Kind, Spätaussiedler aus Polen, mit 6jähriger Erfahrung im Industriebau (*Bauleitung und Überwachung*); sucht neuen Wirkungskreis (auch im Ausland).
Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

Vertriebsleiter

38 Jahre, techn. Kfm., verh., 10jährige erfolgreiche Vertriebstätigkeit, derzeit Distriktleiter Nord eines bedeutenden EDV-Herstellers, sucht neue vertriebsorientierte Führungsaufgabe.
Kontaktaufnahme erbeten unter G 9679 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SPANIEN-EXPERTE

Viels. dt. Ind.-Kfm., langj. Spanienerfahrung in führender Position, s. neue ortsungebundene Aufgabe in der BRD o. Spanien, evtl. auch Beteiligung. Permisos residencia y trabajo und beste Referenzen vorhanden. Angebote unt. S 9621 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft Bau

im Bereich Finanz- und Rechnungswesen. Schwerpunkte: Finanz- u. Reo.-, Vertragswesen, kfm. Koord. der techn. Abteilung, Finanzplanung. Engagement und Durchsetzungsvermögen, techn. Verständnis für Baustellenablauf. 35 J., verh., sucht zum 1. 10. 84 neue Aufg.
Angeb. erb. u. V 9668 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachensekretärin

Abitur, Französisch/Spanisch, Englisch perfekt, verantwortungsbewußt, *selbständig, loyal*, einsatzfreudig, flexibel, neuen Technologien gegenüber aufgeschlossen, gute Umgangsformen, z. Zt. tätig als Chefsekretärin in ungekündigter Stellung, sucht Vertrauensposition bei größeren Unternehmen im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. G 9657 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Gesamt-Vertriebsleiter

für Investitionsgüter u. techn. Seriengeräte, 50, profunde Erfahrung in Marketing, Vertrieb, Service, einschl. Reorganis. u. Führung entspr. Bereiche (Schwerpunkt: Export), mit modernen Führungs-, Controlling- und Berichtssystemen vertraut, Konzernerfahrung, erfolgreich im Aufbau neuer Produktlinien, Aufspüren profitabler Marktnischen u. Erschließen neuer Absatzwege, initiativ und belastbar, fließend Englisch, sucht entspr. neue Führungsposition in Marketing, Vertrieb oder Geschäftsleitung.

Zuschriften erbeten unter M 9683 an WELT-Verlag Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer Marketing + Vertrieb KONSUMGÜTER

Dipl.-Kfm., 51 Jahre; Lebensmittel, Genußmittel, Körper-/Haushaltspflege; klassische Marketing- und Vertriebskarriere in Konzern- und Familienunternehmen; In- und Ausland; nachweisbare Umsatz- und Gewinnerfolge; Teamarbeiter; sucht ab 1. April 1985 (evtl. früher) neue fordernde Aufgabe.

Angebote erbeten unter P 9663 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsleitungsmitglied

Beteiligungsverw. – Controlling – Management

Dipl.-Betriebswirt, Steuerberater, Praktiker, 43 Jahre, führungserfahren im Finanz- u. Rechnungswesen u. kfm. Verw., kontaktfreudig, motivationsstark, USA-Erfahrung, sucht neue Aufgabe, bevorzugt im Großraum Düsseldorf.
Zuschr. unter Y 9627 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kiel, Neumünster, Rendsburg, Nordrand Hamburg

Exportkaufmann, Alter 42, sucht nach mehrjährigen stationären Auslandseinsätzen in Saudi-Arabien, Irak, Ägypten, Südamerika und afrikanischen Ländern, verantwortungsvolle und leitende Position in deutscher Industrie.
Projektbezogene Reisen verbunden mit aktiver Akquisition gern gesehen.
Direkte Angebote erbeten unter W 9669 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langjährig erfahrener

Geschäftsführer Vertrieb

aus mittlerem Industriebetrieb, mit guten technischen Kenntnissen,

frei für neue Aufgabe

Gegebenenfalls Kapital für Beteiligung oder Übernahme von seriösem Unternehmen vorhanden.
Angeb. erb. u. R 9664 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Rundfunk-, Fernseh-, Video-Branche

Selbst. Kaufmann, seit 1949 in der Branche, eig. Handelsbetrieb, erfolgreich bis heute, Mitbegründer einer Einkaufscooperation, genaue Kenntnisse der Branche u. ihrer Persönlichkeiten, fühlt sich noch nicht zu alt u. möchte noch aktiv als freier Mitarbeiter tätig sein, um seine vielseitigen Verbindungen zum Handel u. zur Industrie zu nutzen.
Zuschr. u. V 9734 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Pharmareferent

34 J., ohne Berufserfahrung, sehr gute medizinische Vorkenntnisse, su. sicheren, langfristigen Arbeitsbereich in Schleswig-Holstein (Großraum Kiel), ab 1. 10. 84 od. später.
Ang. erb. u. X 9670 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH)

Vertiefungsricht. Fertigung, sucht Anfangsstellung, Fertigung/Materialwirtschaft, Facharbeiterbrief, unternehmerisches Denken und Handeln.
Ang. erb. u. S 9665 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welches Krankenhaus sucht:

MTA?

Tel. 0 30 / 8 54 13 63

Dipl.-Ing. (Uni) Maschinenbau

30 J., led., sucht Anfangsstellung in der Motoren- bzw. Automobilbranche: Bereich Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Versuch. Kenntnisse in Elektronik und EDV.
Zuschriften unter R 9642 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Außenh'kfm.

45 J., verh., fl. Engl., span. Kenntn., ungekündigt, in leitender Position, sucht neuen Wirkungskreis in Norddeutschland.
Angeb. erb. un. H 9658 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebäudereinigermeister

46 J., z. Z. als Geschäftsführer in ungek. Stellung tätig mit langj. Erf. in allen Sparten der mod. Gebäude- u. Industriereinigung, möchte sich zum 1. 1. 85, evtl. auch früher, verändern. Gesucht wird eine gleichwertige leitende Tätigkeit in einer renom. Gebäudereinigung, Industrie oder Verwaltung, Raum NRW bzw. BRD gesucht.
Zuschriften unter S 9643 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kienbaum Veränderungsberatung informiert:

Leitender Schiffs-Ingenieur

47 Jahre, Diplom-Ingenieur (Schiffsbetriebstechnik), langjährige Erfahrungen in Betrieb, Wartung und Instandhaltung von Dieselmotoren, Generatoren, Kompressoren, Kühl- und Klimaanlagen, Ausbildung von techn. Offiziersanwärtern zur Zulassung zum Ingenieurstudium, theoretische und praktische Unterweisung von Auszubildenden für den Deck-Dienst in der Metallverarbeitung, sucht vorzugsweise in Norddeutschland neue Position als

Betriebs-Ingenieur

Stärken liegen in den Kenntnissen der unterschiedlichsten Motoren- und Antriebsanlagen, in der Menschenführung, in der Einsatzbereitschaft und Loyalität. Gute Englischkenntnisse.

Zuschriften erbeten unter der Kennziffer 88 79 43 an Ferdinandstraße 28–30, 2000 Hamburg 1.

Kienbaum Chefberatung

Bankkaufmann / Prakt. Betriebswirt

32 J., 12 J. Krediterfahrung, sucht zum 1. 1. 1985 oder später anspruchsvolles Aufgabengebiet im Kreditbereich einer Bank oder in der freien Wirtschaft mit der Möglichkeit, mittelfristig in eine verantwortungsvolle Position hineinzuwachsen. Bereitschaft zur gezielten Weiterbildung vorhanden. Großraum HH bevorzugt.
Angebote erbeten unter PE 48407 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Exportkaufmann - frankophone - und RGW-Länder

42 J., verh., kaufm./techn. Ausbildung, mehrsprachig, verhandlungssicher, 11 Jahre Auslandserfahrung (mehr). Stationierung in Nordafrika, intensive Reisetätigkeit in RGW-Ländern), z. Z. Büroleiter für deutschen Konzern in Nordafrika, überdurchschnittliche Verkaufserfolge, sucht aus ungek. Position zum 1. 2. 85 verantwortungsv. Aufgabe in der Exportabteilung einer süddeutschen Firma. Bevorzugt Referat – frankophone – oder RGW-Länder. Bereitschaft zu Reisetätigkeit (20–30%) oder auch Stationierung im europ. Ausland. Angebote erb. unt. L 9682 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sie suchen

DEN MANN AUS DER ZWEITEN REIHE

für eine Führungsposition in Ihrem Food Ein-/Verkauf.
Er bietet:
Abitur – eine qualifizierte kaufm. Ausbildung – betriebsw. Kenntnisse – Detailkenntnisse des Lebensmittelhandels durch mehrjährige Tätigkeit im Ein-/Verkauf u. Verantwortung über 100 Mio. DM Umsatz – Belastbarkeit – Arbeitswille – Dynamik – Kreativität – ein gepflegtes Äußeres.
Er ist 30 Jahre alt, verheiratet und ab 1. 7. 1985 verfügbar.
Angeb. bitte unt. E 9743 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft

46 J., Prokurist in ungekündigter Stellung im Sanitär-Großhandel, erfolgreiche Praxis in Geschäftsführung, Ein- und Verkaufsleitung, Personalführung, Personalschulung usw., sucht neue Herausforderung mögl. im nördl. Bereich Hamburg und Umgebung bzw. Raum Lübeck. Angeb. erb. u. E 9677 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Techn. Führungskraft

Dipl.-Chem., Dr.-Ing., kaufm. Ambitionen, Ende 40, leitende ungek. Stellung, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Raum Frankfurt/Hanau. Schwerpunkte: Kunststoffe-Aweta, Entwicklung, Vertrieb, Umweltschutz, Betriebsorganisation, EDV-Rechentechnik.
Zuschr. erbeten unter C 9675 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Eisen-/Stahl-Exp.-Kfm.

49 J., engl. Wort & Schrift, versiert auf allen Gebieten des Stahlhandels wie Stab- u. Formstahl, Röhren, Bleche, Drahterzeugn. + NE-Metalle, su. i. R. HH per 1. 1. 85 neuen verantwortungsv. Wirkungskreis, evtl. auch andere Produktbereiche akzeptabel. Zuschriften unt. P 9619 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirtin

u. ausgeb. Vers.-Kauffrau, 24 J., mit wirtsch.-wissensch. Fachhochschulstud. (Ex.: Febr. 84) mit den Schwerp. Rechn.-Wes. u. Organisat./Datenverarb. (Präd.-Ex.), räuml. ungeb., sucht interess. Anf.-Stellg. im Controlling/Revisionswesen bzw. in der Betriebsorganis. Zuschr. u. W 9625 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Junge Korrespondentin

Engl./Franz./Span. Übersetzerin (Franz.), ungek., sucht z. 1. 1. 85 Stellung in international tätigem Unternehmen, Raum Hamburg. Angebote unt. U 96 23 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz.-Kaufmann

26 J., z. Z. Disponent in ungek. Stellung, sucht neues Betätigungsfeld. Zuschr. erb. u. B 9674 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Langjähriger erfahrener

Sanitär-/Heizung + Armaturen-Reisender

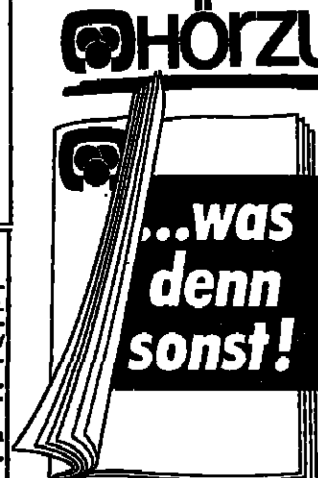
41 J., sucht zum 1. 10. neuen Wirkungskreis *im nordd. Raum, ggf. Übernahme* einer Werksvertretung möglich, unt. T 9622 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

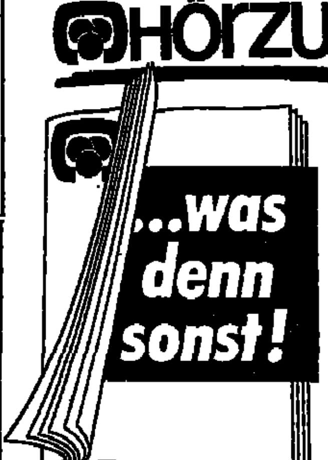
Dipl.-Chemiker

Dr. rer. nat., 35, anorgan. Festkörperchemie, Analytik, EDV-Kenntnisse, Industrieerfahrung, sucht interessanten Aufgabenbereich. Zuschr. erb. u. K 9681 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Volljurist

32 J., flexibel u. belastbar, s. Anfangsstellung bei Unternehmen, Bank, Versicherung od. RA; nordd. Raum bevorzugt.
Ang. erb. u. F 9678 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen





Ausreißer bei den Aktien

Die Anlagebereitschaft nahm schlagartig zu

DW. – In den Börsensälen ist man fest entschlossen, den hohen Dollar als Haussefaktor zu bewerten. Er bringt vor allem den nach USA exportierenden Unternehmen zusätzliche Gewinne. Vor diesem Hintergrund ist die schlagartig erwachte Anlagebereitschaft am Aktienmarkt zu sehen. Sie geht nicht allein auf das Konto der Ausländer. Daneben haben auch inländische institutionelle Investoren ihre Käufe verstärkt. Die in einigen Standardaktien bestehende Marktenge führte zu geradezu sensationellen Sonderbewegungen.

Aufsehen erregte vor allem die Nachfrage nach Daimler-Aktien. Hier wird auf den unverändert hohen Exportanteil in Dollar-Länder verwiesen. Auslandskäufen wird der Kursgewinn bei Schering um rund 20 DM zugeschrieben. Im Elektrobereich legten Siemens relativ bescheiden zu. Als ein weiterer Ausreißer erwies sich die Allianz Versicherung, wo der Kurs zeitweise über 1000 DM hinausschoß. Das Interesse für Maschinenbauwerte hat zugenommen. Im späteren Verlauf wurden auch Bankaktien zu höheren Notierungen gesucht.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 13 DM und Conc. Chemie um 5 DM. Hagen Batterie stockten um 3 DM und Hindrichs Auffermann um 5 DM auf. Kabel + Metal, Leffers und Ravensberger Spinne verbesserten sich um 5 DM. Nachgegeben haben Deutsche Atlanten um 9 DM und Keramag um 4 DM. Kochs Adler verloren 7 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 200 DM und Allianz Vers. um 27 DM.

Frankfurt: Degussa erhöhten um 11,50 DM und Deutsche Texaco um 9 DM. Holtzmann verbesserten sich um 10 DM auf 386 DM und Lahmeyer um 18 DM auf 368 DM. Linde stockten um 11 DM und MAN-Stämme um 5 DM auf. MAN-Vorzüge schlossen um 4 DM fester. Reichelbräu gaben um 14 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf mußten mit 360 DM bezahlt werden. Markt- u. Kühlhallen kamen auf 300 DM. HEW gingen mit 82 bis 83 und NWK-Vz. mit 167 DM aus dem Markt. Unverändert lagen Phoenix Gummi bei 123,50 DM. Vereins- und Westbank wurden mit 296 DM bezahlt.

München: Agrob St. gaben um 2 DM, Erlus AG um 7 DM und Hutschenreuther um 2 DM nach. Otto Stumpf verminderten um 1 DM und Flachglas um 1 DM. Erhöht haben Audi NSU um 5 DM, Cassella um 10 DM und Dywidag um 3 DM. Süd Chemie verbesserten sich um 4 DM.

Berlin: Schering zogen um 20 DM an. Dt. Hypobank Berlin wurden um 10 DM höher und Tempelhofer Feld um 6 DM niedriger taxiert. Herlitz St. lagen um 8,60 DM, Herlitz Vz. um 8,50 DM und DUB-Schultheiss um 6 DM fester. Berthold erholten sich um 4,50 DM, Lehmann um 2,50 DM, DeTeWe und Orenstein um je 2 DM. Berliner Kindl gaben um 1,50 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 152,6 (150,0)
WELT-Umsatzindex: 5236 (3115)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inländische Zertifikate

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D – Düsseldorf, F – Frankfurt, H – Hamburg, Hn – Hannover, B – Berlin, Br – Bremen, M – München, S – Stuttgart.

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Paris

Sydney

Singapur

Optionshandel

... nesmann 4-140/2,4, Schering 1-380/9, Kali + Salz 4-220/3, Siemens 10-400/2, 1-390/2, 1-400/5, 4-390/4, 4-400/8, Thyssen 1-80/2,8, VW 1-179/4, 4-170/7, Chrysler 10-90/1,15, 1-85/1,9, 4-85/4,5, 4-90/6,2, 4-95/9,8, General Motors 10-220/4, 1-220/9,5, 4-200/8,8, IBM 10-380/7,4, 4-350/14,3, 4-370/18, 4-380/17,8, 4-390/27,8, 4-400/40, Litton 1-220/11,4, 4-210/10, 4-220/14,2, 4-230/21, Philips 1-50/3,7, 4-45/1,9, Royal Dutch 1-140/1,2, 4-160/11,8, Sperry 4-120/7,9. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11¾	5⅜–5⅝	5 –5½
3 Monate	11½–11⅞	5½–5¾	5 –5½
6 Monate	11⅞–12	5⅞–6⅛	5 –5½
12 Monate	12⅛–12¼	6 –6¼	5 –5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1485,00	1841,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1285,00	1551,50
5 US-Dollar (Liberty)	478,00	655,50
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II.	235,00	290,70
20 belgische Franken	183,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	250,00	312,36
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1058,00	1246,02
Maple Leaf	1058,00	1246,02
Platin Noble Man	1017,00	1199,28

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	255,00	318,06
20 schweiz. Franken „Vreneli"	186,00	235,98
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	979,00	1178,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	462,00	568,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Die Dollar-Hausse nimmt dramatische Dimensionen an, nachdem die erste Kurse vor Handelsbeginn am 18. 9. in Europa um 3,0760 genannt wurden, setzte der Dollar unbeeindruckt von einigen Statements, (so äußerte sich z. B. der deutsche Notenbankpräsident) seinen Höhenflug fort, zur Notiz von 3,0980 gab die Bundesbank zunächst 50 Mio. US-Dollar bestens und erhöhte schließlich auf Total 61,7 Mio. Dollar, nachdem die Basis mehrmals verändert werden mußte. Innerhalb kurzer Zeit wurden im Anschluß daran bis knapp 3,12 bewilligt. Eine Sonderbewegung verzeichnete das Englische Pfund, das um 1,15 Prozent auf 3,789 fiel. Möglicherweise reagierte man verstimmt, als man zu erkennen glaubte, daß die Bank of England nicht wie vermutet bereit war, das Englische Pfund gegen den Dollar zu stützen. Der Japanische Yen kletterte auf das neue Jahreshoch von 1,2580. Auch die Mehrzahl der übrigen Währungen wurden höher gehandelt. US-Dollar in: Amsterdam 3,4970; Brüssel 61,5825; Paris 9,5170; Mailand 1909,00; Wien 21,7450; Zürich 2,5452; Ir. Pfund/DM 3,102; Pfund/Dollar 1,2230; Pfund/DM 3,789.

Ostmarkkurs am 18. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei unveränderten Zinsgegebenheiten am Euromarkt notierten die Abschläge für US-Dollar gegen DM am 18. September auf Vortagesniveau.

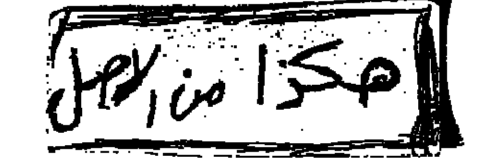
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,69/1,59	4,67/4,57	[illegible]
Pfund/Dollar	0,06/0,09	0,15/0,20	[illegible]
Pfund/DM	2,43/1,73	4,90/3,80	[illegible]
FF/DM	24/8	54/28	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 9.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld [illegible] Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 9.: 10 bis 29 Tage [illegible] 3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–[illegible] Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 18. 9.: [illegible] Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – [illegible] 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,[illegible]) [illegible] 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,[illegible]) – [illegible] (7,16) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71) [illegible] schätze des Bundes (Renditen in Prozent): [illegible] Jahre 6,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,00, [illegible]



Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Mit Abschlägen gingen auch Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	17. 9.	14. 9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	334,50	339,00
Dez.	344,00	349,00
März	351,00	356,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	17. 9.	14. 9.
St. Lawrence 1 CW	238,80	235,80
Amber Durum	254,75	255,75
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	142,50	143,20
Dez.	147,20	148,50
März	153,70	–
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,00	122,50
Dez.	121,70	122,60
März	124,20	124,60
Hafer Chicago (c/bush)	17. 9.	14. 9.
Sept.	173,50	176,00
Dez.	175,00	177,00
März	173,50	176,00
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	309,25	316,50
Dez.	284,25	289,50
März	288,75	292,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	17. 9.	14. 9.
Okt.	128,10	128,70
Dez.	128,00	128,80
März	130,80	131,70

Genußmittel

	17. 9.	14. 9.
Kaffee		
New York (c/lb)	17. 9.	14. 9.
Terminkontr. Sept.	141,25	141,50
Dez.	137,53	138,90
März	135,75	137,00
Kakao		
New York ($/t)	17. 9.	14. 9.
Terminkontr. Sept.	2271	2302
Dez.	2207	2333
März	2200	2225
Umsatz	3006	3075
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	3,79	4,15
Jan.	4,50	4,75
März	5,05	5,41
Mai	5,40	5,75
Juli	5,73	6,05
Umsatz	21 450	15 210
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	17. 9.	14. 9.
	4,04	4,29
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	17. 9.	14. 9.
Kontrakt Sept.	2400–2404	2420–2425
Nov.	2425–2431	2440–2444
Jan.	2358–2360	2370–2371
Umsatz	2616	3532
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2216–2220	2214–2215
Dez.	1930–1932	1940–1941
März	1863–1865	1866–1869
Umsatz	5859	7891
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Okt.	113,80–114,20	122,80–122,80
Dez.	124,20–125,80	133,00–133,80
März	142,60–143,00	150,20–150,40
Umsatz	3908	2244
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	17. 9.	14. 9.
schw. Sarawak spez.	425,00	420,00
weißer Sarawak	685,00	680,00
weißer Muntok	692,50	687,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	17. 9.	14. 9.
Sept.	180,00	179,00
Nov.	173,95	173,60
Jan.	172,65	173,15
März	171,55	172,30
Mai	170,70	171,10
Umsatz	1 200	1 700

Öle, Fette, Tierprodukte

	17. 9.	14. 9.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	39,00	39,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,25	29,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	26,25	28,55
Okt.	25,20	25,60
Dez.	24,20	24,70
Jan.	23,95	24,42
März	23,70	24,28
Mai	23,40	24,00
Juli	23,15	23,85
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	30,50	30,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choice white hog 4% fr. F.	21,50	21,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,24	21,25
fancy	21,00	21,00
bleichfähig	19,25	19,25
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	47,10	47,20
Dez.	48,70	48,50
Febr.	51,10	51,12
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	63,50	63,92
März	62,45	62,85
Mai	63,42	63,90
Rinder		
Chicago (c/lb)	17. 9.	14. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	69,00	69,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	63,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Sept.	589,00	603,50
Nov.	592,00	607,00
Jan.	602,50	619,00
März	615,00	632,50
Mai	624,50	641,00
Juli	629,00	647,00
Aug.	628,00	644,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Sept.	145,70	148,00
Okt.	147,20	150,00
Dez.	153,20	156,00
Jan.	156,30	159,00
März	160,20	163,00
Mai	165,00	168,50
Juli	168,50	172,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	17. 9.	14. 9.
Okt.	347,20	349,00
Dez.	356,00	357,50
März	368,20	370,10
Kokosöl		
New York (c/lb)	17. 9.	14. 9.
Westküste fob Werk	58,00	58,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	18. 9.	17. 9.
jegl. Herk. cif	935,00	945,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	830,00	840,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	625,00	615,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	237,00	242,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1370,00	1345,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	280,00	282,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	17. 9.	14. 9.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	17. 9.	14. 9.
Okt.	63,50	63,65
Dez.	64,50	64,95
März	66,43	66,80
Mai	67,61	68,00
Juli	68,75	69,05
Okt.	69,65	69,60
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS –1:	46,50	46,50
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	17. 9.	14. 9.
Okt.	502–506	500–506
Dez.	517–519	510–516
Jan.	519–520	515–517
Umsatz	96	178
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	17. 9.	14. 9.
Okt.	51,60	51,60
Dez.	51,40	51,40
März	52,90	52,80
Mai	53,20	53,10
Umsatz	1	0
		Tendenz: nominell
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype	17. 9.	14. 9.
Okt.	560,0–561,0	561,0
Dez.	566,0–568,0	576,0–580,0
Umsatz	14	12
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	17. 9.	14. 9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	17. 9.	14. 9.
Sept.	unerh.	13 544
Okt.	unerh.	12 948
Kautschuk		
London (p/kg)	17. 9.	14. 9.
Nr. 1 RSS loco	62,50–64,50	61,00–63,00
Okt.	61,00–64,00	59,00–62,00
Nov.	62,00–65,00	61,50–62,50
Dez.	63,00–66,00	62,50–63,50
		Tendenz: stetig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	17. 9.	14. 9.
Okt.	219,25–220,00	219,00–219,50
Nov.	220,50–221,00	219,50–220,00
Nr. 2 RSS Okt.	208,50–209,50	208,00–209,00
Nr. 3 RSS Okt.	205,00–206,00	204,50–205,50
Nr. 4 RSS Okt.	198,00–199,00	197,50–198,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	17. 9.	14. 9.
BWC	710,00	710,00
BWD	695,00	696,00
BTC	710,00	710,00
BTD	695,00	695,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–). BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	18. 9.	17. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	118,63–118,81	115,78–115,97
drittfolg. Monat	122,04–122,23	119,04–119,23
Zink: Basis London		
laufend. Monat	239,15–239,53	227,71–228,10
drittfolg. Monat	236,68–236,87	227,52–227,71
Produz.-Preis	291,59	288,21
Reinzinn 99,9%	4108–4148	4114–4155

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 9.	17. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	393,27–395,16	393,60–395,52
Blei in Kabeln	123,25–125,25	123,50–124,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	18. 9.	17. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	382–385	382–385
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–432	425–432
MS 63	415–420	415–420

Zinn-Preis Penang

	17. 9.	14. 9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 9.	17. 9.
Leg. 225	355–373	355–373
Leg. 226	357–375	357–375
Leg. 231	387–405	387–405
Leg. 233	397–415	397–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 9.	17. 9.
Platin (DM je g)	34,50	34,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkdpr.	33 900	33 750
Rücknahmepr.	33 150	33 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkdpr.	34 190	34 000
Rücknahmepr.	33 340	31 150
verarbeitet	35 860	35 660
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 570	33 380
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkdpr.	713,40	717,50
Rücknahmepr.	692,50	696,40
verarbeitet	744,80	749,00

Internationale Edelmetalle

	18. 9.	17. 9.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	336,50	338,00
15.00	336,75	335,25
Zürich mittags	334,80–335,30	337,25–337,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 250	102 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	572,30	567,40
3 Monate	585,90	582,20
6 Monate	604,05	597,20
12 Monate	636,15	628,25
Platin (£-Feinunze)	17. 9.	14. 9.
London fr. Markt	258,75	260,55
Palladium (£-Feinunze)		
London l. Händlerpr.	109,45	109,05

New Yorker Preise	17. 9.	14. 9.
Gold H & H Ankauf	335,25	[illegible]
Silber H & H Ankauf	702,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	324,00–329,50	327,00–329,[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	136,50–137,50	138,00–1[illegible]
Produz.-Preis	150,00	150,[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	702,00	[illegible]
Okt.	704,50	[illegible]
Nov.	711,50	[illegible]
Dez.	719,00	[illegible]
Jan.	725,40	[illegible]
März	738,00	[illegible]
Mai	775,00	[illegible]
Umsatz	25 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	17. 9.	14. 9.
Sept.	54,95	[illegible]
Okt.	55,15	[illegible]
Dez.	55,80	[illegible]
Jan.	56,40	[illegible]
März	57,05	[illegible]
Mai	58,20	[illegible]
Juli	59,35	[illegible]
Umsatz	12 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	18. 9.	15. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	811,00–812,00	808,00–[illegible]
3 Monate	835,00–835,50	831,00–83[illegible]
Blei (£/t) Kasse	312,50–313,00	300,50–301,[illegible]
3 Monate	321,50–322,00	310,00–310,[illegible]
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1023,0–1024,0	1012,0–1013,[illegible]
3 Monate	1044,5–1045,0	1032,5–1033,[illegible]
abends Kasse	–	1013,0–1014,[illegible]
3 Monate	–	1033,5–1034,[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1022,0–1023,0	1012,0–1015,[illegible]
3 Monate	1040,0–1042,0	1030,0–1032,[illegible]
Zink (£/t) Kasse	630,00–631,00	606,00–608,[illegible]
3 Monate	623,50–624,00	600,50–604,[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9675–9690	9755–97[illegible]
3 Monate	9780–9785	9675–96[illegible]
Quecksilber		
$/Fl.)	–	300–3[illegible]
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	82–[illegible]

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Renten geben teilweise nach

Der hohe Dollarkurs hat bei den Ausländern keine zusätzliche Anlagebereitschaft im Bereich der deutschen öffentlichen Anleihen ausgelöst. Die Kurse der öffentlichen Papiere bröckelten teilweise um mehr als 0,30 Prozentpunkte ab. Augenscheinlich sind einige Kreditinstitute dazu übergegangen, Kursgewinne zu realisieren, um ihre außerordentliche Rechnung aufzubessern. Knapp behauptete Notierungen auch bei den DM-Auslandsanleihen. Der Pfandbriefmarkt wurde ebenfalls von der schwächeren Tendenz erfaßt, bei sehr ruhigem Geschäft bröckelten die Kurse leicht ab.

	18. 9.	17. 9.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	94,75G	94,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	98G	98G
7 dgl. Pf 3	97,5bG	97,5bG
6½ dgl. KS 14	99G	99G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G
5½ dgl. Pf 11	129,25G	129,25G
6 dgl. Pf 34	77,5G	77,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G

	18. 9.	17. 9.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92,6bG	92,6bG
6 dgl. 47	80,5G	80,5G
F 5 Helaba Pf 8	110,5	110,5
6 dgl. Pf 60	96,95G	96,95G
6 dgl. Pf 73	102,05G	102,05G
4 dgl. KO 5	100G	100G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 95	83,7	84,25G
6½ dgl. Pf 80	92,20	92,28

	18. 9.
M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G
7 dgl. Pf 100	100,6G
D 8 WestLB Pf 350	101,05G
6¾ dgl. Pf 403	99,25G
9½ dgl. Pf 1007	107,55G
8 dgl. Pf 1015	101,85G
7 dgl. KO 556	100,25G
6¾ dgl. KS 420	97,9G
9¾ dgl. KO 1301	106,65G

	18. 9.	17. 9.
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	100G	100G
6¼ dgl. Pf 60	97,65G	97,65
6¼ dgl. Pf 74	99,6G	99,6G
6½ dgl. Pf 76	98,75G	98,75G
6½ dgl. Pf 77	96,1G	96,1G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Ff. Hypobk. Pf 66	71,5G	71,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 130	94,45G	94,45G
6½ dgl. Pf 133	88,5G	88,5G

	18. 9.	17. 9.
M 6 Südboden Pf 41	91,5G	91,2G
5½ dgl. Pf 57	78,75G	78,75bG
6½ dgl. Pf 143	98G	96,75G
7 dgl. Pf 87	98G	96bG
7½ dgl. Pf 104	98G	98G
7 dgl. KS 48	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	100,25G	100,25G
8½ dgl. KS 132	100,6G	100,6G
9 dgl. KS 185	103,75G	103,75G
9½ dgl. KS 171	105,75G	105,75G

	18. 9.	17. 9.
6 Hoesch 64	99,7G	99,7G
7½ dgl. 71	100T	99,8G
7½ Karstadt 71	99,85G	99,85G
7½ Kaufhof 71	99,85G	99,85G
7½ dgl. 71	100,1T	100,1G
7½ dgl. 78	100	100
7½ Klöckner W. 71	99,4G	99,5
8 dgl. 72	100,25G	100,35
6 NWK 61	–Zhg	–Zhg
6 dgl. 62	97,5G	97,25G
6 ObDon. Krw. 64	95,5G	95,25G
6 Rh. Braw. 63	96,25	96,25G
6 dgl. 65	96G	96G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM

	18. 9.	17. 9.
F Elf Aquitaine	75,5	75,1
F Emhart	100G	98
D Ericsson	127T	127
D Exxon	136	138
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St	2,9bB	5,57
D dgl. Vz.	2,45eB	5,47
F Fluor	10,56G	C,06G
D Ford	8,77	8,77
M Fluor	55,3	54,5
D Ford	142	137,5
F Fujitsu	17,65	17,6

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Schilda in Bonn

L. S. M. – In Schilda versuchte man bekanntlich einst, das Licht mit Säcken ins Rathaus zu tragen. In Bonn hat man seit Jahren Ähnliches mit der Kultur vor. Rund 70 Prozent der Kosten „hauptstädtischer Kulturaufgaben" trägt der Bund. Da läßt sich's gut wirtschaften, da lassen sich vor allem leicht große Töne spucken.

Was aber, wenn schon die Esel, die die Säcke schleppen sollen, lahm an Haupt und Gliedern sind? Der Kulturausschuß des Bonner Stadtrates und die Spitzen der Kulturverwaltung (in Gestalt des Kulturdezernenten und des Generalmusikdirektors) haben soeben mal wieder unter Beweis gestellt, daß dies die Gretchenfrage der geistigen Wirklichkeit Bonns ist.

Im Alleingang teilten GMD Kuhn und Dezernent von Uslar dem renommierten französischen Komponisten Olivier Messiaen mit, daß ihm die Stadt Bonn den Beethovenpreis zu verleihen gedenke. Der solchermaßen Geehrte bedankte sich artig, und bedeutende Orchester aus aller Welt wurden gebeten, zum nächsten Beethovenfest Werke des Meisters in der Bundeshauptstadt aufzuführen. Danach erst wurde der Kulturausschuß informiert und aufgefordert zuzustimmen.

Der aber dachte gar nicht daran. Er reagierte, wie das eben kleinkarierte Spießer tun, wenn sie sich übergangen fühlen: beleidigt wie Rumpelstilzchen. Man schrieb einfach einen Nachwuchspreis aus, für den der 70jährige Messiaen leider zu alt ist. Da man das Geld für einen Hauptpreis durchaus im Säckel hatte, beschloß man, den verstörten Franzosen noch ein wenig mehr zu beleidigen: Wenigstens arbeiten sollte er für sein Geld, weswegen man ihm einen Kompositionsauftrag erteilte. Ein Preis jedoch sollte es partout nicht sein.

Nein, meine Suppe eß' ich nicht. Statt GMD und Kulturdezernent für ihr Fehlverhalten nur mit einer kräftigen internen Ohrfeige zu strafen, nahm man lieber einen öffentlichen Skandal in Kauf. Bonn ist ja so groß. Bonn kann sich das leisten. Meint man in Bonn.

Die Angelsachsen ausgestochen: Ein neues deutsches Handbuch des Islam

Ist Khadhafi ein Ketzer?

Dieser Tage, bei einem Gespräch mit einem gläubigen Muslim aus Arabien: Es herrsche große Verwirrung in der Welt des Islams, sagt der Araber. Er zitiert ein Wort des Propheten der Muslims, Mohammed, von Drangsalen, die über die Gläubigen des Islams kommen würden, von Tagen, in denen es nur noch wenige wahrhaft Gläubige geben werde. Für den Gast aus Arabien ist dies ein prophetischer Vorausblick Mohammeds auf unsere Zeit.

Aber ist es nicht, wenigstens aus westlicher Sicht, heutzutage gerade umgekehrt? Spricht man nicht in Europa von einem Wiederaufstieg des Islams, von seinem Siegeszug in Afrika und in Asien, der auch vor den ehemals nur von Christen bewohnten Ländern Europas längst nicht mehr halt macht? Die Verwirrung der Begriffe ist groß. Um welche Muslims, welche Staaten, welche theologischen Strömungen geht es, wenn in Europa von einem begrenzten Wiederaufstieg des Islams die Rede ist? Welches sind die wichtigsten Strömungen im modernen Islam? Wo sind die Rechtgläubigen und wo sind die Ketzer?

Auf solche Fragen gibt das soeben im Münchner Verlag C. H. Beck erschienene Handbuch „Der Islam in der Gegenwart" ausführlich Auskunft. Und was gerade in der Flut neuer Bücher über den Islam eine Seltenheit ist: Die wichtigsten Aussagen werden auch die Zustimmung kritischer westlicher Beobachter finden, die Besorgnis über die heute in Europa gängige Beweihräucherung radikaler Muslims empfinden. Die Herausgeber des gewichtigen Handbuchs, Werner Ende und Udo Steinbach, haben nicht nur hervorragend sachkundige Mitarbeiter gewonnen. Sie haben es auch verstanden, diese Mitarbeiter dort im Zaume zu halten, wo persönliche Leidenschaft sonst vielleicht das Urteil getrübt hätten.

Die in vergangenen Jahrzehnten nicht unbegründete Klage, wichtige Bücher über den Islam würden heute fast nur noch in der angelsächsischen Welt auf Englisch geschrieben, wird durch das Handbuch von Ende und Steinbach widerlegt. Hier sind auf 774 Seiten Informationen zusammengetragen, die man auch in angelsächsischen Veröffentlichungen bisher nicht antreffen konnte.

Einige Kostproben: In dem Kapitel über Libyen und Saudi-Arabien wird aufgrund arabischer Quellen erläutert, warum der Islam des Diktators Khadhafi von strenggläubigen traditionellen Muslims als „Ketzerei" eingestuft wird. Zum Anspruch des saudiarabischen Staats, dort könne der Glaube der Muslims noch in der gleichen Strenge wie zur Zeit der frühen Kalifen ausgeübt werden, bemerkt abschließend der Referent, die Entwicklungstendenzen des Landes zeigten, „daß dies gerade *nicht* der Fall ist". Mit anderen Worten: Inmitten von all dem technischen Fortschritt, den die Erdölwirtschaft ins Land gebracht hat, läßt sich die Rückkehr zu mittelalterlichen Formen islamischer Frömmigkeit auch von einem absolutistischen Staat nicht erzwingen.

Besonders hilfreich ist die Übersicht über das heutige islamische Recht. Hier erfährt man exakt, was auch Orientalisten sonst nur allzu oft bloßem Hörensagen entnehmen. Zu den vom Islam für Ehebruch geforderten Strafen wird beispielsweise der Leser präzise belehrt: „Täter, die einmal in legaler Ehe Geschlechtsverkehr hatten, sind nach der Tradition (sunna) wie im Judentum mit Steinigung zu bestrafen. Täter, die niemals verheiratet waren, haben nach koranischer Weisung nur hundert Geiselhiebe verwirkt."

Über den Islam in Europa und Amerika berichtet der deutsche Muslim Duran Khalid, der noch vor wenigen Jahren unter dem Namen Detlev Khalid schrieb, unter dem Stichwort: „Der Islam als Modeerscheinung – das Sufitum im Verhältnis zu den ‚Jugendreligionen'". Duran Khalid, den man (falls es so etwas überhaupt gibt) wohl am ehesten als „progressiven Muslim" einstufen kann, wundert sich mit Recht darüber, daß bei den Diskussionen über die Jugendreligionen „der islamische Aspekt bisher fast gar nicht mit einbezogen" wurde.

„Dabei dürfte der Islam letztlich sogar der Hauptgewinntragende dieser Loslösung vom Christentum sein", bemerkt Khalid. Denn zu den Konvertiten zum Islam geselle sich „eine fast doppelt so hohe Zahl von ‚Sufis' (Anhänger islamischer Mystik), die zwar nicht offiziell konvertiert sind, aber immerhin einen entscheidenden Schritt hin zum Islam unternommen haben".

Khalid weist auf den in England gegründeten „Beshara Trust" hin, der in „intensiver esoterischer Erziehung" eine Einführung in die Lehren des arabischen Mystikers Ibn Arabi biete. Noch aktiver sei das nach einer nordafrikanischen mystischen Bruderschaft benannte Darqawi-Institut mit seiner „Diwan Press" in England. Als einflußreiche Vorbilder innerhalb dieser Bewegung nennt Khalid die „großen europäischen Sufi-Meister" René Guénon, Frithjof Schuon und Titus Burckhardt.

Der islamische Sufismus ist mindestens ein ebensolches Problem wie die christlich oder buddhistisch getönten Sekten. Wohl mancher der mystischen Orientromantik hingegebene Schöngeist – vor allem Damen dürften hierfür anfällig sein – ahnt zunächst nicht, worauf er sich einläßt, wenn er sich unter dem Einfluß der Darqawi-Anhänger oder von Schriften des Franzosen Guénon und des jüngst verstorbenen Titus Burckhardt in den heißen, verzehrenden Schatten eines mystisch interpretierten Islam begibt.

In unserer Zeit ist der Glaube der Muslims nicht nur geographisch eine ungeheuer vielfältige Welt. Solide Darstellungen seiner Hauptströmungen sind rar. Ende und Steinbach haben vor allem Islam-Forscher der jungen Generation um sich versammelt. Ihr Werk bietet nicht nur der Fachwissenschaft einen wertvollen Dienst. Auch Politiker, Erzieher und Männer der katholischen und protestantischen Kirche, die für die Beziehungen zu den Nicht-Christen verantwortlich sind, finden hier ausführliche und – jedenfalls in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle – sachliche Informationen. Es ist gut, daß es dieses Handbuch über den heutigen Islam gibt. Es sollte in keiner zuständigen Bibliothek fehlen.

HARALD VOCKE

Werner Ende / Udo Steinbach (Hrsg.): „Der Islam in der Gegenwart", Verlag C. H. Beck, München, 774 S. mit 8 Abb. und 2 Karten, 138 Mark.



Magie des Alltags: „Sitzender Mann" (1947) FOTO: KATALOG

Der Maler Jean Hélion in München und Berlin

Slalom durch die Stile

Er war immer ein Wanderer zwischen den Stilen, zwischen den Welten. Deshalb wurde er vom deutschen Kunstmarkt lange Zeit recht stiefmütterlich behandelt. Nun aber hat die Städtische Galerie im Lenbachhaus Jean Hélion mit 200 Werken eine umfassende Retrospektive eingerichtet, assistiert von der Berliner Galerie Poll, die derzeit ebenfalls Bilder und Zeichnungen des französischen Malers anbietet.

Die Münchner Werkauswahl stellt erstmals das Schaffen Hélions auf breiter Basis vor: Die Geschichte der Kunst des 20. Jahrhunderts gespiegelt durch Hélion passiert Revue. Denn der Maler hat sich von vielen beeinflussen lassen, von Torres Garcia über Mondrian und Léger bis zu Calder. *Es sind Bilder der Anlehnung* und versuchter neuer Wege, Abbilder von Zeitströmungen. Allerdings werden in München nicht alle Perioden in gleicher Weise berücksichtigt; das Schwergewicht liegt auf der Zeit bis 1953 und den Jahren seit 1975.

Hélions künstlerischer Slalom beginnt in den 30er Jahren, als er in Frankreich zu den Bahnbrechern einer strengen Abstraktion zählte. Damals hatte er sich ganz dem Denken und den Bildsystemen von Doesburg und Mondrian zugewandt. Bald aber kehrte er jeder Orthodoxie den Rükken und wurde Mitbegründer der Gruppe „abstraction/création". Seine *farbigen Abstraktionen, den* Gebrauch von Kreisen, Flächen, Balken und Linien hält Hélion eigenwillig bis zur „Gefallenen Figur" von 1939 durch, die zum Abgesang aufs Abstrakte-Konstruktive wird.

Am Ende dieses Jahrzehnts bricht er dann erneut zu anderen Ufern auf. „Ich konnte", so schreibt er in seinem Tagebuch von 1940, „ganz einfach nicht mehr widerstehen, die Wirlichkeit mit ihren neuen Rhythmen, Sequenzen und Qualitäten versuchsweise zu entschlüsseln. An der Kreuzung zwischen Malerei, eigener Erfahrung und Vorstellungsvermögen stehe ich und staune." Das Ergebnis dieser Überlegungen sind freischwebende Formen und Figuren aus dem Alltag, bunt, laut, bewegt, die sehr optimistisch wirken. Es sind vor allem Männer, mit Hüten, Treppen *hinaufsteigend, mit Regenschirm* bewaffnet, mit roten Hosen oder weißen Schuhen.

1946 verfällt dieser Künstler der „Magie" der Dingwelt, kreist seine Umwelt in banalen Szenen ein: Straßenbilder, Volksfeste, Zeitungsleser, Liebespaare und Stilleben entstehen. Léger steht dabei als Pate im Hintergrund. Diese Abkehr von der Abstraktion trägt Jean Hélion den Ruf des Verrats ein.

In den 50er Jahren macht er dann erneut eine Volte über die ganze Moderne hinweg. Er wird nun realistischer und detailverliebter. Auffällig auch das Bestreben, ein räumliches Kontinuum zu gewinnen, Figur und Objekte einem Gesamteindruck zu unterwerfen. Der formale, schablonenhafte Stil ist nun völlig aus den Werken verschwunden. Eine ärmliche, triste Atmosphäre bestimmt fortan Hélions Bilder.

Eine weitere Wandlung verrät das riesige, bläulich verfremdete „Triptychon du Dragon" von 1976, in dem der Künstler die Summe seiner bisherigen stilistischen Entwicklung und motivischen Intentionen ausbreitet. Ein Werk, das fatal an sozialistische Wandmalereien erinnert. Und schließlich mündet die gewaltige Münchner Ausstellung in seltsam figurierte Dunkelmalerei: „Kippende Stühle", „Wiederaufstehen", „Wiedersehen" lauten die Titel der Werke. Es sind die Motive, die Hélion ein Künstlerleben lang fasziniert haben: Straßenarbeiter, Modelle, Liegende und immer wieder Kürbisse.

Es ist eine verquere, chaotische Welt, die sich nun darbietet. Denn wie wäre sonst „Der Augenblick danach" (1983) zu deuten, ein kopfloser Maler, der weitermalt, obwohl Stuhl und Staffelei umgekippt sind und nur noch das Modell sich wollüstig am Boden räkelt? (München bis 21. Oktober; Katalog 32 Mark; Berlin bis 13. Oktober)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Weiterer Streit um den Film „Paris, Texas"

AFP Berlin

Der Münchner Filmverlag der Autoren beabsichtigt die Verleihrechte an dem Wim-Wenders-Film „Paris, Texas" zu verkaufen. Entsprechende Verhandlungen wurden von dem Hauptgesellschafter des Filmverlages, dem „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein, und dem Geschäftsführer des Verleihs, Hansjörg Kopp, beschlossen. Die Verkaufssumme soll zwischen 300 000 und 800 000 Mark liegen. Damit will der Verleih noch vor Beendigung der gerichtlichen Auseinandersetzung am 27. September über die Aufkündigung des Verleihvertrages durch Wenders offenbar vollendete Tatsachen schaffen. Wenders hatte sich zu der Klage entschlossen, weil der Filmverlag seiner Meinung nach den Film, der in Cannes eine „Goldene Palme" gewann, in Deutschland nicht ausreichend verbreitet.

„Förderungswerk für Spitzenbegabte"

dpa Stuttgart

Ein „Förderungswerk für Spitzenbegabte" ist auf Initiative des Christlichen Jugendorfwerkes in Stuttgart gegründet worden. Es will besonders talentierten Kindern und Jugendlichen zu einer ihrer Begabung entsprechenden Ausbildung verhelfen.

Internationale Balzan-Preise

dpa Mailand

Der niederländische Astrophysiker Jan Oort, der amerikanische Genetiker Sewall Wright und der Schweizer Literaturkritiker Jean Starobinski werden mit dem Balzan-Preis 1984 ausgezeichnet. Er ist mit jeweils 250 000 sfr. dotiert und wird für Arbeiten verliehen, die „Menschlichkeit, Frieden und Brüderlichkeit unter den Völkern" fördern helfen.

Kolloquium über Denis Diderot

DW. Duisburg

Mit der Tagung „Présence de Diderot" vom 3. bis 5. Oktober will die Universität Dortmund auf die Aktualität des bedeutenden französischen Schriftstellers und Enzyklopädisten aufmerksam machen. Die einzelnen Vorträge beschäftigen sich mit der „Encyclopédie" wie mit den philosophischen, literarischen und kunstkritischen Werken Diderots. Anlaß ist der 200. Geburtstag Diderots.

Das Haus der französischen „Enzyclopaedia Universalis" stiftet zu diesem Datum einen Diderot-Preis von 50 000 Francs (etwa 16 000 Mark). Er soll für ein beispielhaftes Werk – Buch, Film oder Fernsehserie – im Bereich der „Verbreitung von Kultur" verliehen werden.

Hugo-Häring-Preis für elf Bauwerke

sch. Karlsruhe

Elf Arbeiten werden mit dem Hugo-Häring-Preis für Architektur vom Bund Deutscher Architekten in Karlsruhe ausgezeichnet. Der Preis geht an Bauherrn und Architekten für ihr gemeinsames Werk. In diesem Jahr wird er für ein Einfamilienhaus in Rheinfelden, den Ausbau von Lagerhäusern und Büros zu Wohnhäusern in Heidelberg-Wieblingen, ein Wohn- und Geschäftshaus in Rheinfelden, die Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes in Stuttgart, das katholische Gemeindehaus in Konstanz-Litzelstetten, den Umbau der Zehntscheuer in Darmsheim, das Limes-Museum in Aalen, die Hauptschule auf dem Schäfersfeld in Lorch, die Schickhardt-Sporthalle Stuttgart-Heslach, das Gartenhallenbad Faulerbad in Freiburg und das Sportpferde-Forschungszentrum in Iffezheim vergeben.

Tagung der Deutschen Dante-Gesellschaft

DW. Marburg

Dantes Bildung, seine Sprache und sein Nachleben in Italien und Spanien sind die Themen der Jahrestagung der Deutschen Dante-Gesellschaft. Sie findet vom 12. bis 14. Oktober in der Aula der alten Universität in Marburg statt.

Lateinfestival „Ludi latini"

DW. Augsburg

Das internationale Lateinfestival Ludi latini findet im kommenden Jahr als Teil der 2000-Jahr-Feier der Römerstadt Augsburg (Augusta Vindelicorum) statt. Ziel dieses Festivals, das 1983 zum ersten Mal in Ellwangen/Jagst veranstaltet wurde, ist die Pflege des Lateins als lebendig gesprochene und gesungene Sprache. Latein ist darum die offizielle Sprache der Ludi latini. Man rechnet mit etwa 200 bis 300 Teilnehmern aus aller Welt. Das Programm enthält mehrere Konzerte, Theater-, Film- und Pantomimenaufführungen. Ein lateinischer Talentschuppen gibt allen Teilnehmern die Möglichkeit, sich öffentlich vorzustellen.

„Le Comte Ory" beim Rossini-Festival in Pesaro

Das Fräulein in der Kelter

Das konnte nur Rossini gelingen. Aus den Badegästen des Kurortes Plombières, die zur Krönung nach *Reims reisen wollen (vgl. die WELT v.* 29. 8.), werden unversehens Kastellane, Vasallen und schmucke Burgfräuleins des frühen Mittelalters in der Touraine. Aus der aufgeputzten Festkantate, die Rossini als Kompositeur seiner Majestät und Generalinspektor der königlichen Theater in Paris seinem Landesherrn schuldig war, rettete er flugs das Gros der Musik für eines der unwiderstehlichsten Zeugnisse einer für ihn neuen Gattung, für die Opéra-Comique „Le Comte Ory", der nach der Uraufführung 1828 in Paris auch ein Meister dieser Form wie Auber seine Achtung nicht versagen konnte.

Leider hat sich bis heute außerhalb Frankreichs bewahrheitet, was 1830 ein italienischer Kritiker orakelte: Was den Franzosen gefalle, lasse man den Franzosen gern, denn „die Italie*ner bevorzugen einen kräftigeren Ge*schmack". Das soll heißen: Der sublime, charmant schmiegsame Ton des „Grafen Ory" wurde außerhalb Frankreichs seit jeher von der kraftvolleren Verve des „Barbier" oder der „Italienerin in Algier" zurückgedrängt.

Der Vergleich zwischen der üppig dekorierten Festtorte, als welche „Die Reise nach Reims" beim fünften Rossini-Festival in Pesaro präsentiert wurde, und dem nun gut zwei Wochen später vorgestellten „Graf Ory" fällt überraschenderweise zugunsten der drei Jahre jüngeren Opéra-Comique aus. Man kann gegen den Text des Libretto-Großlieferanten Scribe, der eine bekannte Legende erst in einem Vaudeville verwertete und später ein zweiaktige Oper daraus fertigte, einwenden, was man will – Rossini *hat eine blendende Farce daraus* gemacht, hat Kategorien eines abstrakten, universellen Humors hinzuerobert.

In dem Verführer Ory mit seinem falsettierenden Gebalze – Rockwell Blake macht das ausgezeichnet und sehr gekonnt –, dessen unversiegbare Liebesmühen nie von Erfolg gekrönt werden, kann man ein Pendant zum Don Giovanni sehen. Hinter der Dreistigkeit verbirgt sich Impotenz. Und, nebenbei, in der Leere, die durch die Schelmereien kaschiert werden soll, wird – gewagte Hypothese – heute oft eine autobiographische Anspielung auf Gioachino Rossini selbst gesehen.

Pier Luigi Pizzi konnte wieder einmal seiner Versuchung, das Scribesche Märchenmittelalter in Rossinis Gegenwart zu verlegen, nicht widerstehen, auch wenn das hölzerne Einheitsbild ebenfalls Assoziationen an Shakespeare hervorruft. Das lockende, erotische Knistern, das Gerangel um das Keuschheitsgelübde der Gräfin, in dem sich schon das Geklapper von Feydeaus Schlafzimmertüren ankündigt, erreicht seinen Höhepunkt während des Verwechslungsspiels im Bett der Gräfin.

Pizzi erzeugt einen Strudel witziger, wirklich komischer, nie klamaukiger Ideen und läßt das Gezapple in eine hinreißend frech-brillante Revue einmünden. Da tanzen die Fräuleins röckchenhebend auf der Kelter, und die Mannen des Ory legen, als Nonnen verkleidet, einen Can-Can hin, bei dem bereits Offenbach um die Ecke schielt.

Alle sind so ungezähmt komisch, so skurril und überdreht. Eine Figur von Herzmanovsky-Orlando ist der schlaksige, spinnenhafte Gouverneur, den Gregory Reinhardt mit schwarzen, kernigen Baßkoloraturen singt. Cecilia Gasdia macht sich einen Spaß aus ihrer ersten komischen Rolle, Magali Damonte ist eine Haushälterin mit mütterlich pastosen Tiefen. Zartere Farben besitzt Zahava Gals *lockerer Page Isolier. Alessandro Cor*belli, Orys Lehrmeister, ist die einzige Figur aus dem Buffoarsenal. David Athertons London Sinfonietta, ansonsten der modernen Musik hörig, reagiert höchst kundig auf Donato Renzettis nie aufdringliche Geste.

ROLF FATH



Ein Giovanni ohne Erfolg: Rockwell Blake als Graf Ory und Cecilia Gasdia als Gräfin Adele in Rossinis „Le Comte Ory" in Pesaro FOTO: ANGELOTTI ROBERTO

Das Schostakowitsch-Festival begann in Duisburg

Ein Lächeln für Irina

Mit viel Prominenz wurde in der Mercator-Halle in Duisburg das imposante und umstrittene Schostakowitsch-Festival eröffnet. Mißstimmung gab es schon im Vorfeld, als bekannt wurde, daß die Witwe des Komponisten, Irina, nicht kommen durfte. Sie hatte das Projekt einer umfassenden Schostakowitsch-Darstellung von Anfang an aktiv unterstützt. Aber damals hatten ihr Sohn, der Dirigent Maxim Schostakowitsch, und ihr Enkel, der Pianist Dimitri Schostakowitsch, noch nicht der Sowjetunion den Rücken gekehrt.

Enttäuschung löste auch die Tatsache aus, daß keiner der im Westen anerkannten sowjetischen Komponisten bei der feierlichen Eröffnung anwesend sein sollte. Nicht Edisen Denisow (von Schostakowitsch nachhaltig gefördert), nicht Sofia Gubaidulina (mit bald 53 Jahren noch nie im Westen gewesen) und auch nicht Alfred Schnittke (noch wenige Tage zuvor in Berlin), der sich in deutscher Sprache über Schostakowitsch hätte äußern können. Schostakowitsch ist noch immer ein Stein des politischen Anstoßnehmens. Darüber konnte auch die Demonstration guten Einvernehmens zwischen dem Duisburger Oberbürgermeister Krings und dem stellvertretenden sowjetischen Kulturministers Iwanow nicht hinwegtäuschen.

Der Komponist Wolfgang Rihm vermied es in seinem Eröffnungsvortrag über Schostakowitsch, auf dessen unbequeme und in der Sowjetunion durch Schönfärberei verfälschte Biographie einzugehen. Er begnügte sich mit dem Versuch, sich dem kreativen Prozeß von Schostakowitsch zu nähern, was ihm meisterlich gelang. Besonders für das Spätwerk von Schostakowitsch fand Wolfgang Rihm Worte, die den Unterschied von Lobeshymnen und fundierter Wertschätzung deutlich machen. Er hob das 15. Streichquartett mit seinen sechs Adagios hervor, die Vertonung der Gedichte von Michelangelo und die Bratschensonate, die das letzte Werk von Schostakowitsch mit Opus-Bezeichnung ist. Diese Kompositionen werden neben einer großen Anzahl anderer Werke von Schostakowitsch in den nächsten vier Monaten in vielen Städten Nordrhein-Westfalens zu hören sein.

Glanzpunkt der abendlichen Veranstaltung in der Mercator-Halle war die Aufführung der 5. Sinfonie von Schostakowitsch durch die Leningrader Sinfonie unter Jewgeni Mrawinski, „der machtvollen Galionsfigur der sowjetischen Musikkultur, ja dem letzten Verbliebenen aus der großen, heroischen Phase", wie es im Programmheft heißt. Was sich darbot, war ein betagter, hagerer Mann, der durch sein bescheidenes Auftreten eindrucksvoll wirkte.

In die Partitur vertieft, mit spärlicher Zeichensprache auskommend, schien er mit den erlesenen Musikern seines Orchesters magisch verbunden. Man weiß, daß Mrawinski Schostakowitsch auch in Zeiten der Bedrängnis nie im Stich ließ, als es nach der ersten Verteufelung unter Stalin nicht nur um die Karriere, sondern um das Leben des Komponisten ging. Fast fünfzig Jahre danach zeigte sich das Publikum in Duisburg von diesem Werk sichtlich ergriffen und brachte dem greisen Dirigenten und seinen exquisiten Musikern stehend Ovationen dar.

Am Nachmittag waren in Duisburg zwei Ausstellungen „Dmitri Schostakowitsch und seine Zeit" eröffnet worden. Die eine im Wilhelm-Lehmbruck-Museum zeigt vor allem Werke der Bildenden Kunst, die andere im Niederrheinischen Museum der photographischen Dokumentation. Beide Ausstellungen bestechen mit der Qualität ihrer Exponate und der geglückten Präsentation. Man sieht Bilder von Chagall, Kandinsky und Tatlin so, als seien sie jedem Sowjetbürger jederzeit zugänglich.

Auch die Photodokumentation präsentiert nur edle Menschen – allen voran die Dichterin Achmatova –, so daß der Eindruck entsteht, es habe sich unter Stalin um eine Zeit geistiger Blüte, um einen Idealzustand und nicht um ein Martyrium – das Schostakowitsch im Gegensatz zu vielen anderen überlebte – gehandelt. Es ist gewiß kein Zufall, daß man Schostakowitsch nur auf einem einzigen Photo glücklich lächeln sieht: Es ist das Foto, auf dem er auf seine junge Frau Irina blickt.

FRANCESCO TANZER

KULTURNOTIZEN

Das 1. Marionettentheater-Festival mit Puppenbühnen aus Italien, Frankreich und der Bundesrepublik findet vom 4. bis 7. Oktober in Saarbrücken statt.

„Die wiedergefundene Metropole" heißt eine Ausstellung, die elf Künstler des neuen „figurativen Expressionismus" aus Berlin in Brüssel im Palais des Beaux-Arts bis zum 4. November zeigt.

Historische Kochbücher und Inkunabeln des 15. bis 19. Jahrhunderts sollen zum nächsten Karneval in Venedig ausgestellt werden.

„Der abenteuerliche Simplizissimus Teutsch" erschien jetzt in der Übersetzung von Julius Hay im Budapester Europa Verlag.

Das 6. Berlioz-Festival wurde in Lyon eröffnet. Es dauert bis zum 23. September.

Andersen auf amerikanisch: Der Film „Splash"

Meerjungfrau mit Beinen

Die Rührung war groß. Papiertaschentücher raschelten, Tränen wurden getrocknet. Ähnliches hatte es zuletzt wohl nur bei Steven Spielbergs „E. T." gegeben. Aber erinnert das Schicksal der tapferen kleinen Meerjungfrau Madison in Ron Howards Film „Splash – Jungfrau am Haken" *nicht auch wirklich an die* Abenteuer des kleinen E. T.?

Auch Madison stammt nicht von dieser Welt. Sie ist ein Fabelwesen, im tiefen Meer beheimatet, das ein sonderbares Geschick an die kalten Ufer der Großstadt New York geworfen hat. Und wie dem wackeren E. T. wird auch der kleinen Meermaid die brutale Wirklichkeit menschlicher Neugierde fast zum Verhängnis. Aber nur fast. Denn schließlich will Howards Film ja eine Komödie sein.

Wie so oft in guten Komödien, liegen in „Splash" Lachen und Weinen dicht beieinander. Komisch ist es etwa, wenn der Held der Geschichte, ein junger Geschäftsmann, Allen Bauer (Tom Hanks), der furchtbar wasserscheu ist, sich ausgerechnet in eine Meermaid verliebt. Und komisch ist es, wenn das *Meerfräulein* (mit zwei richtigen Beinen!) über die Fifth Avenue wandelt und wenn dann ein Wasserstrahl sie trifft, so daß sie augenblicklich wieder ihren Schwanz hat. Damit beginnt dann der traurigere Teil dieser Romanze zwischen Allen und Madison (Darly Hannah).

Der *Film erinnert in groben Zügen* an Hans Christian Andersens wehmütiges Märchen von der kleinen Meerjungfrau, die aus Liebe zu einem Sterblichen ihr eigenes Element, das Meer, verläßt. Der Preis für zwei Beine ist im Märchen bekanntlich ihre wunderschöne Stimme. Als stumme Schöne taucht sie am Hof des Prinzen auf und tanzt für ihn. Schließlich opfert sie sich für den Geliebten, der eine andere heiratet, und erringt zwar nicht irdisches Glück, aber eine unsterbliche Seele.

Howards Seejungfrau ist weniger zart besaitet. Mit viel Energie setzt *Madison alles daran, ihren „Prinzen"* zu gewinnen – für sich alleine. Da sie bei ihrem ersten Landgang nur eine einzige Sprache beherrscht, die der Delphine nämlich, lernt sie sogar Englisch – mit Hilfe der Fernsehapparate im Kaufhaus Bloomingdale.

Doch schon jagen Wissenschaftler hinter der Frau her, die aus dem Wasser kam, und sperren sie zu Forschungszwecken in einen Wassertank. Allen Bauer hat viel zu tun, um die Sache doch noch zum glücklichen Ende zu führen. Doch er schafft's. Man geht erleichtert nach Haus.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Gaetas letzter Häftling reißt alte Wunden auf

Zwiespältiges Echo in Rom auf Reders mögliche Entlassung

KLAUS RÜHLE, Rom

Italien beherbergt immer noch einen deutschen Kriegsgefangenen: Walter Reder, 1989 70 Jahre alt, Österreicher, Major der deutschen Wehrmacht. Seit mehr als 35 Jahren sitzt er auf der Festung Gaeta bei Formia (Süditalien).

Reder wurde vom italienischen Militärtribunal wegen des Massakers von Marzabotto zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Auf seinen Befehl hin waren dort als Antwort auf Partisanenangriffe am 5. Oktober 1944 1836 Männer, Frauen und Kinder zusammengeschossen worden. Auf höhere Weisung, wie er zu seiner Verteidigung angab. Marzabotto ist seither in Italien zum Inbegriff unmenschlicher Kriegsführung geworden.

Reder, der einen Arm im Krieg verloren hat, ist heute schwer krank. Er leidet unter galoppierender Arterienverkalkung. Zwei Drittel seines Magens ist ihm entfernt werden.

Die Bemühungen der österreichischen Regierung eine Begnadigung zu erwirken, schlugen fehl. Bisher konnten sich die vier zuständigen Ministerien in Rom, Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Justizministerium, nie einig werden; darüberhinaus fehlte stets die notwendige Zustimmung des Regierungschefs, des stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie des italienischen Staatsoberhaupts.

Was die Annahme des Gnadengesuchs bis heute verhindert hat, ist im wesentlichen aber die Weigerung der Einwohner von Marzabotto. Dort, in einem rund 40 Kilometer von Bologna entfernten Apennindorf, hat man Reder das Gemetzel nie verziehen.

Freilich ist die lebenslängliche Kerkerhaft durch einen Beschluß des Militärgerichts in Bari vom 4. Juli 1980 in eine „bedingte Freilassung" umgewandelt worden. Das Tribunal verfügte jedoch zugleich, daß Reder aus Sicherheitsgründen in eigenem Interesse für weitere fünf Jahre auf der Festung Gaeta interniert bleiben müsse, da er keinen Wohnort in Italien besitze. Im Juli kommenden Jahres soll er nun endlich in seine österreichische Heimat abgeschoben werden. Das wurde jetzt bekannt.

Aber vielleicht wird die Heimkehr *doch früher erfolgen.* Reders Rechtsanwalt ist der Meinung, daß die Genfer Konvention vom 12.8.49 endlich auch auf seinen Mandanten Anwendung finden sollte. Danach müssen Kriegsgefangene, sofern sie schwere Verletzungen erlitten haben, in ihre Heimat entlassen werden. Ausgenommen sind freilich Straftäter wie Reder. Das gilt selbst dann, wenn wie hier die Haftstrafe durch den Gerichtsbeschluß von 1980 praktisch als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Viele Italiener sind inzwischen aber doch der Meinung, daß die Affäre Reder endlich – wie im übrigen auch der Fall Heß – einen Schlußstrich verdiente. Doch da prallen die Meinungen unversöhnlich aufeinander. Andere Teile der öffentlichen Meinung Italiens sehen in dem Namen Marzabotto weiterhin ein finsteres unvergeßliches Symbol der Unmenschlichkeit.

Was die Freilassung Reders noch erschwert,ist der Präzedenzfall des inzwischen verstorbenen Herbert Kappler. Der hohe SS-Offizier, wegen ähnlicher Vergeltungsaktion in Rom gleichfalls zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, war jahrelang Reders Zellennachbar auf der Festung. Als Kappler wegen seines schlechten Gesundheitszustands in das römische Militärkrankenhaus überführt wurde, befreite ihn seine Frau in einer nächtlichen Aktion. Kappler verschwand auf Nimmerwiedersehen. Die ganze Welt lachte damals über Italien. Kappler ist inzwischen in Deutschland gestorben.

Wie Rudolf Heß ist Walter Reder der einzige Gefangene, für den ein ganzes Gefängnis mit dem dazugehörigen Personal in Schuß gehalten werden muß. Sobald dieser Zweck entfällt, soll die Festung in ein Museum umgewandelt werden.



Herbert Kappler und Walter Reder (rechts) auf der Festung von Gaeta. FOTO: DPA

Herbsthimmel FOTO: FERN MEHRING

Bonn pocht in Bern auf einen Vertrag von 1928

Autobahnmaut: Keine Ausnahme für deutsche Autofahrer

WALTER H. RUEB, Bern/Bonn

In der Schweiz wurden jetzt die endgültigen Verordnungen über die Schwerverkehrsabgabe und die Autobahn-Vignette vorgestellt. Der eidgenössische Finanzminister Otto Stich sagte gestern in Bern: „Wir haben alles getan, damit die in der Volksabstimmung vom Februar 1984 beschlossenen Verkehrsabgaben vom 1. Januar 1985 an ohne großen administrativen Aufwand erhoben werden können."

Je nach Gewicht der Lastwagen beträgt die Schwerverkehrsabgabe zwischen 500 und 3000 Franken, für Busse 500 Franken und die blaue Vignette, die zur Benützung des eidgenössischen Autobahnnetzes berechtigt, kostet pro Jahr 30 Franken. Minister Stich: „Wer nach dem 1. Januar 1985 *auf Autobahnen unseres Landes* ohne Vignette fährt, muß mit einer Geldbuße von 100 Franken rechnen."

Eine Ausnahemeregelung für deutsche Kraftfahrer wird es nach Auskunft von Sprechern der Finanz- und Verkehrsiministerien beider Länder vorerst nicht geben. In Bonn aber pocht man nach wie vor auf einen mittlerweile 56 Jahre alten Vertrag. Der Bonner Verkehrsminister Werner Dollinger verwies bereits im April 1984 in einem Brief an seinen Schweizer Amtskollegen Leon Schlumpf auf die „Vereinbarung zwischen der Schweiz und Deutschland zur Beseitigung von Schwierigkeiten *steuerlicher und verkehrsrechtlicher* Art auf dem Gebiete des Kraftfahrzeug-Verkehrs" vom 20. Juni 1928. Dort heißt es im Protokoll zur Vereinbarung unter Punkt 2: „Es wird davon ausgegangen, daß irgendwelche weiteren Erschwerungen für die von den deutschen Behörden zugelassenen Kraftfahrzeuge in der Schweiz nicht eingeführt werden. Als Erschwerung gilt die Erhebung irgendwelcher Gebühren vor Ablauf einer Frist von einem Monat seit dem jeweiligen Eintritt des deutschen Kraft*fahrzeuges in die Schweiz.*"

Ein Sprecher des Verkehrsministeriums in Bern sagte gegenüber der WELT: „Zwischen den beiden Verkehrsministern fanden Briefwechsel und Gespräche statt und jetzt wurde bei einem Treffen von Bundesfinanzminister Stoltenberg mit Bundesrat Stich vereinbart, die Angelegenheit nicht zu dramatisieren und die Gespräche fortzusetzen. Bonn will sich mit einer diplomatischen Note an die Regierung in Bern wenden und an die Vereinbarung von 1928 erinnern. Diese ist übrigens auch nach unserer Ansicht noch in Kraft, nur ist sie nach Schweizer Meinung nicht auf die heutigen Tatbestände anwendbar. Im übrigen steht die Vereinbarung lediglich in einem sogenannten Unterzeichner-Protokoll."

In Bonn ist man nach wie vor zuversichtlich. Ein Sprecher des Verkehrsministeriums sagte: „Wir glauben, daß die Gespräche schließlich zu einer vernünftigen und gerechten Regelung für die deutschen Kraftfahrer führen."

Nach dem augenblicklichen Stand der Angelegenheit ist die eidgenössische Zollverwaltung für die Erhebung der Autobahngebühren im Ausland zuständig. Sie verhandelte unter anderem mit den schweizerischen Verkehrszentralen sowie den deutschen Autobomobilverbänden über die Abgabe der Vignetten in deren Büros und Verkaufsstellen. An angeblich zu hohen Provisionsforderungen der kontaktierten Organisationen seien die Verhandlungen schließlich festgefahren.

Deutsche tranken und rauchten wie nie zuvor

AP, Hamm

Die Deutschen haben im vergangenen Jahr rund 68 Milliarden Mark für alkoholische Getränke und Tabakwaren ausgegeben. Wie die Deutsche Hauptstelle für Suchtgefahren in Hamm gestern mitteilte, lagen diese Ausgaben damit höher als die Aufwendungen, die im laufenden Jahr für den Etat des Verteidigungs- und des Familienministeriums zusammen vorgesehen sind. Nach Angaben der Hauptstelle verbrauchte jeder Deutsche statistisch 12,41 Liter reinen Alkohols, 1,4 Prozent mehr als 1982 und doppelt soviel wie 1957. Bei den einzelnen alkoholischen Getränken habe sich ein uneinheitliches Bild ergeben. Während der Bierkonsum in etwa gleich geblieben sei, stieg der Absatz bei Wein um sechs Prozent. Der Zigarettenverbrauch sei gegenüber 1982 (1816 Stück je Einwohner) um 6,3 Prozent auf 1930 Stück gestiegen. *Damit habe sich der Markt* für Zigaretten nach dem Rückgang von 1982 wieder auf höherem Niveau eingependelt.

Mitleidlos und intolerant

dpa, Krefeld

Die 68jährige Hausfrau Maria Velten aus Kempen, die gestanden hat, drei ihrer Männer sowie ihren Vater und ihre Tante mit Gift getötet zu haben, ist vor Gericht als mitleidlos und strafrechtlich voll verantwortlich beschrieben worden. Der Neurologe Martin Albrecht erklärte gestern, die Angeklagte habe sich angemaßt, „selbst über das Wohl und Wehe" ihrer Lebenspartner zu entscheiden und dabei praktisch „Todesurteile" gefällt.

Frauen: wie sind besser

AP, Hamburg

Die meisten Frauen sind davon überzeugt, daß sie vernünftiger Auto fahren als Männer. In einer Umfrage der Frauenzeitschrift „Brigitte" und dem Zentralverband des Kraftfahrzeuggewerbes, räumte das weibliche Geschlecht außerdem mit dem Vorurteil auf, es verhalte sich im Straßenverkehr ungeschickt und ängstlich. Jede zweite Frau der 10 000 befragten Frauen fühlt sich vom männlichen Beifahrer gekränkt, genervt oder kontrolliert und ärgert sich über seine Besserwisserei. Trotzdem geben die allermeisten Frauen das Steuer aber nicht aus der Hand: Nur jede vierte setzt sich bei gemeinsamen Fahrten automatisch auf den Beifahrersitz.

Diebische Professorin?

pol. Wien

Die Linzer Kunstprofessorin Lydia R. (64) wird beschuldigt, aus dem Hause des Schauspielers Paul Dahlke (80) Schmuck im Werte von 150 000 Mark gestohlen zu haben. Die Frau hat schon ein Teilgeständnis abgelegt, das sie allerdings gestern widerrufen hat. Sie will von der Polizei „unter Druck gesetzt worden sein." Bei einer Durchsuchung ihrer Linzer Wohnung fand die Polizei Schmuck im Wert von 65 000 Mark. Lydia R. ging bei den Dahlkes aus und ein.

Weltmeister der Uneigennützigkeit

dpa, Bonn

Als „Weltmeister in Dritter-Welt-Hilfe" haben sich sieben 13- bis 16jährige Jugendliche des Kindermissionswerks stellvertretend für ihre mehr als eine Million Altersgenossen auf der ersten Kinder-Pressekonferenz in Bonn zum internationalen Tag des Kindes, der morgen begangen wird, vorgestellt. Ungeachtet zahlreicher Kameras erzählten die jungen Leute von ihren Aktionen, die 1983 allein 23 Millionen Mark für die Hilfe in der Dritten Welt einbrachten – so viel, wie die übrigen 89 Kindermissionswerke zusammentrugen. 600 Projekte wurden mit diesen Spenden weltweit finanziert.

Weltweit leben 600 „Retortenbabies"

rtr, Frankfurt

Weltweit sind seit 1978 rund 600 Kinder geboren worden, die ihr Leben *einer Befruchtung außerhalb* des Körpers der Mutter mit einem anschließenden Embryotransfer verdanken. Einer der führenden deutschen Wissenschaftler auf diesem Gebiet, Professor Dieter Krebs von der Universitätsklinik Bonn, teilte gestern weiter mit, in Deutschland seien in den vergangenen vier Jahren 50 „Retortenbabys" zu Welt gekommen.

Am Vortag der 45. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe sagte Krebs, diese Methode der Sterilitätsbehandlung gewinne an Bedeutung. Bei der „extracorporalen Befruchtung mit anschließendem Embryotransfer" werden der Frau nach einer hormonellen Vorbehandlung zur exakten Bestimmung des Eisprungs Eizellen entnommen. Diese Zellen werden anschließend im Reagenzglas mit Samenzellen zusammengebracht. Der nach zwei Teilungen entstandene Vierzeller wird der Frau anschließend eingepflanzt.

Nach Angaben von Krebs war in 78 Prozent der Fälle eine „tubare Sterilität", also ein Verschluß der Eileiter, der Anlaß für eine extracorporale Befruchtung. Insgesamt habe es mehr als 10 000 Versuche mit dieser Methode gegeben, bei denen in 11,1 Prozent eine Schwangerschaft habe erzielt werden können. Von insgesamt 1084 Schwangerschaften seien 324 durch einen Abbruch vorzeitig beendet worden. Mit neun Fällen liege der Prozentsatz der angeborenen Mißbildungen unter dem Normbereich.

Nach Krebs spielen das Alter der Frau und die Qualität des Spermas die entscheidende Rolle. Er sei davon überzeugt, daß bei der richtigen Auswahl der Patienten die Erfolgsquote auf 20 Prozent verdoppelt werden könne.

Zur moralischen Frage erklärte der Gynäkologe, er halte die Befruchtung im Reagenzglas zur Behandlung einer Sterilität bei Ehepaaren für ethisch vertretbar. Für juristisch bedenklich halten deutsche Experten dagegen etwaige Befruchtungen mit fremdem Sperma, da das Kind Anspruch darauf habe, den Namen des leiblichen Vaters zu erfahren.

WETTER: Zeitweise Regen

Wetterlage: Ein Hochkeil erstreckt sich von Finnland nach Norddeutschland. Ein Tief liegt über dem westlichen Mittelmeer.

Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden nach Auflösung von Frühdunstfeldern wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Höchsttemperaturen um 17 Grad, Tiefstwerte in der Nacht um 8 Grad. Im übrigen Bundesgebiet gelegentlich auflockernde, meist aber starke Bewölkung und nur vereinzelt etwas Regen. Höchsttemperaturen 14 bis 17 Grad. Nachts Abkühlung auf 13 bis 10 Grad.

Weitere Aussichten:

Zeitweise Regen, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	15°	Kairo	27°
Bonn	16°	Kopenh.	14°
Dresden	13°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	15°	Madrid	21°
Hamburg	15°	Mailand	16°
List/Sylt	15°	Mallorca	24°
München	13°	Moskau	12°
Stuttgart	15°	Nizza	18°
Algier	27°	Oslo	12°
Amsterdam	16°	Paris	13°
Athen	29°	Prag	13°
Barcelona	20°	Rom	19°
Brüssel	14°	Stockholm	11°
Budapest	18°	Tel Aviv	25°
Bukarest	22°	Tunis	26°
Helsinki	9°	Wien	15°
Istanbul	23°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.05 Uhr, Untergang: 19.25 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr, Untergang: 17.40 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Schnellschreiber plädiert für die Kurzschrift

60 Jahre wird die Kurzschrift morgen alt. 1924 wurde sie als Deutsche Einheitskurzschrift eingeführt. 1936 und 1968 wurde sie weiter *rationalisiert. Zwar sind die Zeiten* vorbei, da ein Millionen-Heer von Stenotypistinnen von ihr lebte – Diktiergeräte und Computer haben Steno weitgehend verdrängt –, gleichwohl steht die schnelle Schrift nach Expertenmeinung vor einer neuen Blüte. Hans Treschwig, Parlamentsstenograph im Deutschen Bundestag, hält ein Plädoyer für ihre „Unsterblichkeit".

Steno wird überleben – auch in der herkömmlichen Form, wenn naturgemäß auch in verringertem Umfang. Nicht jeder „Boß" ist willens und in der Lage, seine Formulierung in „Zusammenarbeit" mit einem seelenlosen Diktiergerät zu entwickeln. Er *wird die Steno-Sekretärin also immer* brauchen. Aber ein Arbeitsstil wie dieser wird mehr und mehr zur Ausnahme. Ihren neuen Boom wird die blitzschnelle intelligente Schriftsprache in veränderter Anwendungsform als Memo und kurze Mitteilung haben.

Steno – das ist nämlich nicht nur das Kurzschriftanwendungsgebiet, die Stenotypie, so gewichtig es auch einmal war. Die übrigen Anwendungsgebiete – die hingeworfene Notiz, das Konzipieren – werden sich statt dessen in den Vordergrund *schieben. Im Gegensatz zur Steno*typie sind diese Gebiete einer Technisierung nicht unterworfen. Aber als Notiz- und Konzept- beziehungsweise Entwurfsschrift wird Steno die Zukunft gehören.

Schon die Verkehrsschrift ist dreimal schneller als die Langschrift, die Eilschrift fünf- bis sechsmal, die Redeschrift bis zu zwölfmal. Die deutschen Kurzschriftmeister schreiben sogar bis zu 15mal schneller und übertreffen dabei die durchschnittliche Sprechgeschwindigkeit um das 2,2fache.

Auch Mitteilungen in Kurzschrift werden an Bedeutung gewinnen. Überall *und ohne* Voraussetzungen eignet sich Steno zur schnellen Fixierung von Notizen, Ideen oder Anweisungen auf kleinstem Raum. Je größer der Anteil der Stenografen, desto mehr Bedeutung entwickelt die Kurzschrift auch für die unmittelbare schriftliche Kommunikation.

Man darf der Kurzschrift also voraussagen, daß sich ihrer in Zukunft völlig andere Berufsschichten bedienen: nicht mehr die Stenotypistinnen, Sekretärinnen und mittleren Bürokräfte, sondern auch und gerade Schüler, Studenten, Sachbearbeiter, Abteilungsleiter, *leitende* Angestellte, Beamte aller Dienstgrade, Vorgesetzte und Führungskräfte, Lehrer, Wissenschaftler, Journalisten, Rechtsanwälte, Politiker und Schriftsteller. Noch vollzieht sich dieser Wandel langsam, hemmt eine psychologische Barriere: Was vor kurzem noch als Zeichen mittlerer Büroangestellter galt, wird nicht von heute auf morgen als Statussymbol der Führungskräfte akzeptiert.

Eine besondere Stellung nehmen dabei die Oberschüler ein, würden sie die Steno-Bedeutung nur erst erkennen. Gerade Oberschüler weigern sich aber am beharrlichsten, die Schriftsprache zu lernen. Das belegt ihr snobistisches Vorurteil: „Ich und Stenografieren, wo ich doch später einmal diktieren will."

Dabei sollten Schüler und Studenten den Nutzen der Kurzschrift nicht etwa darin sehen, alles nur stur mitzuschreiben; der Wert liegt ja nicht in der Ausführlichkeit der Niederschrift. Nicht auf die Quantität des Mitgeschriebenen kommt es an, sondern auf das Wichtige, das man eben dank Steno „schwarz auf weiß besitzt" und – zitieren kann.

Kurzschrift sollte demnach nicht auf die berufsbildenden Schulen beschränkt bleiben, sondern in allen Schulen zum Lehrplan gehören. Pädagogen, die die ohnehin oft überforderten Schüler nicht noch zusätzlich mit der Kurzschrift „belasten" wollen, übersehen, daß Steno nur in der verhältnismäßig kurzen Lernzeit eine zusätzliche Belastung, danach aber eine gewaltige – lebenslange – Entlastung bringt.

Die Einbeziehung der Kurzschrift in die allgemeinen Lehrpläne als Pflicht- oder Wahlfach würde sich revolutionär auswirken: Steno steigert sowohl die Bildungsökonomie als auch die Arbeitsproduktivität spürbar.

Wann sollte die Schrift gelernt werden? Möglichst früh. Experten halten die Schüler der 7. Klasse für besonders geeignet. Nach der Quarta schlägt die Qualität des Lernens um. Der Schüler ist nicht länger nur der passiv Aufnehmende, er wird zum aktiven Mitgestalter. Von da ab aber benötigt er die Kurzschrift.

ZU GUTER LETZT

„Du verstehst mich nicht, ich versteh Dich nicht, wie haben viel gemein." Gloria Grahame zu Filmpartner in „Naked Alibi". Gezeigt in NDR III am 17. 9.